

## 9 Dringlichkeitsanträge

***Beginn Dringlichkeitsanträge: 17.09 Uhr.***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sind jetzt bei den Dringlichen Anträgen und ich darf bitten, die Kollegin Gemeinderätin Uli Taberhofer, um ihren Dringlichen Antrag.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.10 Uhr)***

### 9.1 Maßnahmen gegen Segregation an Grazer Volksschulen

**(Berichterstatte<sup>rin</sup>: GR<sup>in</sup> Taberhofer, KPÖ)**

Gemeinderätin **Taberhofer**:

Sehr geehrte Stadtre<sup>g</sup>ierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dringlicher betrifft eben Maßnahmen gegen Segregation an Grazer Volksschulen. Kinder die eine andere Erstsprache als Deutsch haben, sind an manchen Volksschulen unter sich, fast unter sich. Das trifft eben besonders auf Volksschulen in den Bezirken Gries und Lend zu. Auf der anderen Seite gibt es Schulklassen und ganze Volksschulen, in denen ausschließlich oder fast nur Kinder mit deutscher Muttersprache sind. Und diese unterschiedlichen Entwicklungen bei den Volksschulen führen dazu, dass Schüler und Schülerinnen ungleich auf Schulen und Klassen verteilt sind. Dadurch zeigt sich ein deutliches, starkes Ausmaß an sozialer, ethnisch-kultureller Segregation. Ein wesentlicher Teil ist auch mit Wohnsegregation, beziehungsweise mit sozialer Segregation in Verbindung zu bringen. Die Folgen sind ungleiche Lern- und Unterrichtsbedingungen für Kinder, Eltern und Lehrkräfte.

Ich habe extra dann nachgeschaut und das Bundeskanzleramt hat eine Homepage. Und auf der steht dann, die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist allerdings

besonders wichtig, da sie im Schulsystem greifbar sind und hier leichter eine Unterstützung stattfinden kann. Zudem wirkt sich ihre Förderung nicht nur positiv auf den eigenen Lebensweg aus, sondern kann auch einen Multiplikator:innen-Effekt auf die Eltern haben, da diese unter Umständen weniger in die Mehrheitsgesellschaft eingebunden sind. Es gibt vor allem also eben diesbezüglich einen konkreten Handlungsbedarf, denn die Form der bestehenden Segregation, die sich durch die ungleiche Zusammensetzung der Schüler und Schülerinnen schafft in Volksschulen und Klassen verdeutlicht, widerspricht dem Anspruch nach Chancengerechtigkeit und hat Folgen für die betroffenen Schüler und Schülerinnen, da sie ihre Entwicklung und ihre Leistungen beeinflusst. Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlicher Herkunft und sozialer Hintergründe kann und soll dazu beitragen, soziale und sprachliche Hürden zu überwinden und helfen, dass Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern voneinander lernen und gleichberechtigt an unserer Gesellschaft und am Leben in unserer Stadt teilhaben können.

Und deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Gemeinderat beauftragt den zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und die Abteilung für Bildung und Integration bis zum Oktober Maßnahmen zu erarbeiten, die für das Schuljahr 2025-2026 sicherstellen, dass es über das Grazer Stadtgebiet zu einer besseren Aufteilung zwischen Schülerinnen und Schülern kommt, die Deutsch als Muttersprache haben und jenen mit anderer Erstsprache. Und das Ziel sollte sein, dass der Anteil von Kindern mit anderer Erstsprache an Grazer Volksschulen zwei Drittel nicht übersteigt. Ich hoffe dann um Annahme.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

***Antrag zur dringlichen Behandlung***

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

*Der Gemeinderat beauftragt den zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und die Abteilung für Bildung und Integration, bis zum Oktober Maßnahmen zu erarbeiten, die für das Schuljahr 2025/26 sicherstellen, dass es über das Grazer Stadtgebiet zu einer besseren Aufteilung zwischen Schülerinnen und Schülern kommt, die Deutsch als Muttersprache haben und jenen mit anderer Erstsprache. Das Ziel sollte sein, dass der Anteil von Kindern mit anderer Erstsprache an Grazer Volksschulen zwei Drittel nicht übersteigt*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke, der Berichterstatterin. Ich sollte bitte durchgeben, dass Gemeinderatstücke, die sich vielleicht noch irgendwo auf den Plätzen befinden, abzugeben beim Herrn Polz sind. Hat jemand etwas, was noch abzugeben ist? Vielleicht kommt jemand drauf noch. Da kommt ja schon jemand. So langsam kommen alle drauf. Gibt es Wortmeldungen? Bitte.

Gemeinderätin **Vogel:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Liebe Uli, danke für den Antrag, das ist ein sehr wichtiges Thema. Die Segregation an Schulen ist definitiv eine große Herausforderung, über die gesprochen werden muss. Es ist auch ein Thema, das sehr vielschichtig ist und sehr komplex in seinen Ursachen. Es gibt dafür keine leichten Lösungen und ich möchte in dem Zusammenhang auf das Projekt "100 Schulen - 1000 Chancen" verweisen, das 2021 mit Unterstützung der Grünen vom Bildungsministerium auf den Weg gebracht worden ist und noch bis 2025 läuft. Im Zuge des Projektes wird zum Beispiel ein Sozialindex erhoben, der auf verschiedenen sozialen und ökonomischen Faktoren beruht, zum Beispiel das Einkommen der Familien, der Anteil an Schüler:innen mit nicht deutscher Muttersprache oder der Bildungsstand der Eltern. Ziel des Projekts ist es, die Bildungsqualität zu erhöhen und Chancengleichheit zu erhöhen. Es wäre wichtig, dass das Projekt weiterhin ausgebaut

und umgesetzt wird und das soll durch Bereitstellung finanzieller Mittel passiert. Was Lehrer:innen nämlich wirklich brauchen an Schulen, ist mehr Unterstützung durch Sozialarbeiter:innen, durch Psycholog:innen, durch muttersprachliche Lehrer:innen und außerdem auch eine bessere Ausstattung und mehr Ressourcen für die Nachmittagsbetreuung.

Die Stadt kann das Problem alleine nicht lösen, aber es ist wichtig, dass wir unseren Teil dazu beitragen. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Unger.

Gemeinderätin **Unger**:

Liebe Antragstellerin, sehr geehrte Damen und Herren, das Problem ist uns bewusst. Das ist in vielen Schulen so. Wir hören das im Moment gerade verstärkt aus Wien, dass das Thema einer entsprechenden Belegung der Klassen natürlich eine große Herausforderung ist. Das ist lange Thema und gerade in Graz hat es auch schon sehr viele Bemühungen gegeben. Ich darf zwei Sachen dazu sagen. Erstens einmal glaube ich, dass die Adressierung an den Bildungs- und Sportstadtrat Kurt Hohensinner nicht die richtige ist. Ich darf auch in Zweifel ziehen, ob der Antrag nicht vielleicht grundsätzlich falsch ist. Wir sind beide schon sehr lange in verschiedensten Integrationsforen, Beiräten und Ähnlichem mehr tätig. Insofern kennen wir beide die Szenen. Ich möchte gerne erklären, warum.

Das erste ist, es ist schon erwähnt worden, Segregation ist nicht ausschließlich ein Schulthema. Das ist ein soziales Thema, das ist ein Wohnthema. Das heißt, wir müssen eigentlich sagen, es ist ein Integrationsthema und der zuständige Stadtrat für Integration, Robert Krotzer, ist Kollege in der Fraktion.

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Unger:**

Insofern wäre die Adressierung an ihn für dieses Thema in der ganzen Umfassung des Ganzen, wenn man das Thema als eines, so wie ich gerade ausgeführt habe, um diese Unterbrechung kurz zu kommentieren, als ein Umfassendes sieht, was auch zu einer entsprechenden Erleichterung beitragen würde, dann ist es ein Integrationsthema und ich werde auch dazu sagen, warum das Schulthema in Graz ein bisschen genauer angeschaut werden muss.

Ich darf auch erinnern, dass ich vor einiger Zeit einen Dringlichen Antrag gestellt habe zur Frage der Residenzpflicht, also auch einer Art von Aufteilung, und darf daran erinnern, dass das damals natürlich abgelehnt worden ist und ich unter anderem auch des Rassismus und der Xenophobie beziehen wurde. Wird sich die Kollegin Aygan-Romaner sicher daran erinnern.

Zweite Vorbemerkung, Sprachkenntnisse: Wir reden hier nur von Leuten, die Deutsch als Muttersprache haben oder als Erstsprache. Wir müssen auch berücksichtigen, wie viele Kinder und Jugendliche sich auch entsprechende Sprachkenntnisse erworben haben. Das ist auch anzuerkennen, ist für viele schwierig, aber gerade diese Leistungen und der Kompetenzerwerb ist auch anzuerkennen erstens und zweitens, deswegen glaube ich auch in dieser Antragstellung ein bisschen differenzierter auf die Sprachkenntnisse hinzuweisen.

Dritter Punkt, ich darf darauf hinweisen, dass es seit dem Bosnienkrieg, seit der Auseinandersetzung am Balkan ein großes Bewusstsein für dieses Thema schon gegeben hat und auch entsprechende Maßnahmen. Wir beide können uns sicher noch gut an die Brigitte Köksal erinnern, die uns, glaube ich, in sehr guter Erinnerung ist, als sehr engagierte Mitarbeiterin der Stadt Graz, die sich hier sehr eingesetzt hat und unter anderem das Welcome-Haus gegründet hat als Integrationsmaßnahme. Zweiter Punkt, auch, dass man Schulen wie zum Beispiel in der Muchargasse mit entsprechenden Sprachschwerpunkten ausgestattet hat, um hier Angebote zu machen, ist entsprechend wichtig. Geplant ist auch in Smart City eine internationale Schule, die von einer finanziellen Bedeckung abhängen wird, aber es werden sehr viele

Dinge gemacht. Das alles quasi vor dem Hintergrund, dass prognostiziert wurde oder angesagt wurde, dass es mehrere Millionen, nämlich viel weniger im Bildungsbudget geben wird, obwohl eigentlich das Budget aus anderen Mitteln und Gebietskörperschaften um über 18 Millionen anwachsen wird. Also dieser Umstand ist auf alle Fälle zu berücksichtigen.

Vierter Punkt, jetzt komme ich auf den Einwurf vom Herrn Integrationsstadtrat: Graz ist Schulerhalter und ein Schulsprengel, das heißt, alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, wissen, dass man in der Auswahl für die Schulen der Kinder einen wohnortnahen Schulstandort aussuchen muss und zwei andere angeben kann. Wir werden nicht sozusagen vorschreiben, wo Eltern ihre Kinder in die Schule geben müssen, sondern da muss man entsprechende Tätigkeiten in Form von Informationen weitergeben. Stadtteilzentren würden sich sehr anbieten, dass man zum Beispiel diese Informationen weitergibt, was Eltern im Sinne ihrer Kinder entsprechend für Möglichkeiten haben. Was wir nicht wollen, ist zwangsweise lange Wege zu verordnen, die ja immer vice versa funktionieren für die Kinder mit entsprechenden Förderbedarfen und für die, die woanders auch schon wohnen. Und was wir auch nicht wollen, ist einen Aspekt zu vergessen: Die Volksschule ist ein Lernort, aber das ist auch etwas, was über das Schulgebäude hinausgeht. Da geht es auch um eine entsprechende Verwurzelung in Freundeskreisen, im Wohnviertel und so weiter. Und das alles ist extrem wichtig.

Deswegen, der Antrag insinuiert also entweder die Unkenntnis über diese Rahmenbedingungen, die ich gerade ausgeführt habe, oder versucht sozusagen die Probleme ein bisschen weiterzugeben. Aus unserer Sicht sind sie einerseits beim Thema Wohnen angesiedelt, da ist unsere Frau Bürgermeisterin zuständig. Gemeindewohnungen sind heute vermehrt schon wieder Thema gewesen, da kann man auch entsprechende Schwerpunkte setzen. Wir wissen, dass auch die Zuweisungsmöglichkeiten oder die Eintrittsmöglichkeiten in Gemeindewohnungen in den letzten Jahren entsprechend geöffnet worden sind, das sind viele Möglichkeiten. Und der zweite Punkt ist, dass der Integrationsstadtrat auch zuständige Punkte vielleicht hier abarbeiten könnte. Ich glaube, das wäre mehr im Sinne der Kinder und

würde dementsprechend auch zu einem Ergebnis führen, das im Sinne der Antragstellerin ist. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Frau Gemeinderätin Schleicher hat sich als nächstes zu Wort gemeldet.

Gemeinderätin **Schleicher**:

Hoher Gemeinderat werte Zuseher. Ich arbeite beruflich auch mit meinen Tieren mit Kindern, auch mit Kindern mit Migrationshintergrund und ich liebe alle Kinder und die Freude beim Arbeiten habe ich natürlich mit allen Kindern, das möchte ich nur vorwegschicken. Die Forderung in diesem Antrag finde ich richtig verantwortungslos, und zwar für alle Kinder. Wir sind im Moment bei einem Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache über die Volksschulen verteilt von 54 %. An den Grazer Mittelschulen liegen wir schon bei 66 %. Nur dass man sich das einmal durchdenkt, was das in Zukunft für Herausforderungen für uns bedeutet. Die hohe Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund ist ja auch nicht so, dass das alles Kinder mit dem gleichen sprachlichen Hintergrund sind, sondern ist es total eine heterogene Gruppe. Das ist ja eines der Hauptprobleme und das beginnt schon im Kindergarten. Ich habe in den letzten Jahren sehr viele Gespräche, weil ich mit dem Thema seit zwölf Jahren beschäftigt bin, mit Kindergartenpädagog:innen gesprochen, mit Leiter:innen von Kindergärten, die alle einfach mit der Thematik überfordert sind, weil die Kinder logischerweise unterschiedliche Migrationshintergründe und sprachliche Gründe haben und sie im Kindergarten durch die zu großen Gruppengrößen, durch zu wenig Unterstützung, die betroffenen Kinder gehen oft nur ein Jahr in den Kindergarten, da oft nur halbtags. Das heißt, sie haben gar nicht die Möglichkeit, hier die deutsche Sprache so zu lernen, dass sie mit guten Sprachkenntnissen in die Volksschule kommen. Das ist eins der Hauptprobleme, das mir von Betroffenen geschildert wurde. Dass da jetzt der Lösungsansatz sein soll, dass wir die Kinder mit nicht deutscher

Muttersprache auf alle Schulen verteilen und dann auch noch in einem Ausmaß von zwei Drittel.

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Schleicher:**

Ja, nicht übersteigen, das habe ich schon richtig verstanden, aber das ist ja schon eine Größe, wo man einfach das Bildungsniveau in allen Schulen, in allen Grazer Volksschulen dadurch runter setzt. Die Volksschulkinder haben...

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Schleicher:**

Ja, das habe ich richtig verstanden, eben nur ein Drittel.

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Schleicher:**

Ja, genau, und es kann nicht die Lösung sein, ich habe es richtig verstanden, es kann nicht die Lösung sein, dass wir diese Kinder jetzt auf alle Schulen aufteilen, damit das Niveau an allen Grazer Volksschulen sinkt, weil die Volksschüler haben jetzt schon das Problem, wenn sie in ein Grazer Gymnasium gehen wollen, dass der Druck enorm ist für die Kinder und wenn wir das Niveau generell senken, das Sprachliche, und das ist einfach ein Faktum, dann werden wir den Kindern mit deutscher Sprache als Muttersprache keinen Gefallen damit tun, und da sind wir absolut dagegen.

Weil auch vorhin wieder das Wort Integration gesagt wurde: Integration hängt von der Anzahl der Kinder ab. Ich kann in eine Klasse, wo 20 Kinder mit deutscher Muttersprache sind, zwei Kinder mit nicht deutscher Muttersprache geben. Die integrieren sich von selbst, das ist überhaupt kein Problem. Aber wenn es einmal umgekehrt ist oder die zwei Drittel, die jetzt angestrebt werden oder auch wenn es die

Hälfte ist, dann kann man nicht mehr von Integration sprechen. Und diese Probleme, und das werde ich nicht müde zu sagen, das ist, die kommen ja, das hat sich ja über Jahrzehnte entwickelt, weil auf der Bundesebene einfach immer nicht weitsichtig und regiert wurde. Und da dürfen wir uns immer wieder bei Schwarz-Rot bedanken, das werde ich nicht müde zu sagen, weil unsere Kinder und die nächste Generation vor Herausforderungen stehen, die einfach ein Wahnsinn sind. Also finde ich unverantwortlich und auch den Lösungsansatz von der KPÖ finde ich unverantwortlich, und zwar nicht nur für die Kinder mit österreichischer oder deutscher Muttersprache, sondern für alle Kinder.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Gjergji.

Gemeinderat **Gjergji**:

Liebe Antragstellerin, liebe alle. Es ist ein sehr treffendes Thema, ich habe das selber auch erlebt und der zuständige Stadtrat Hohensinner weiß das auch. Eigentlich muss man noch viel früher anfangen, nämlich nicht jetzt von der Segregation zwischen den Schulen überhaupt zu diskutieren, sondern es passiert ja sehr oft in den Schulen intern nicht, das ist leider so. Und der Herr Stadtrat weiß das und das auch hier für die Runde zur Info, nämlich diese Zuteilung, wer in welche Klasse kommt in den Volksschulen, das obliegt nur den Direktorinnen und Direktoren. Auch hier wäre etwas zu tun. Das habe ich nämlich selber hautnah erlebt in einer Volksschule in Graz bei meinem Kind, wo es gar nicht um die sprachliche Barriere geht. Und da bin ich schon bei der Kollegin Schleicher, die das anders sieht, wobei das habe ich jetzt nicht verstanden, warum, weil von Prozentzahl her würde das, also wenn wir überhaupt vom Niveau reden, also bei den Kindern in der Volksschule, das ist schon einmal ein Fehler. Man kann der SPÖ und der ÖVP alles vorwerfen, aber ich glaube, das ist gerade wichtig, um das Niveau zu heben für alle Kinder, für unsere Kinder, und das ist wichtig für unsere Stadt. Da

möchte ich nur sagen, es ist extrem wichtig, daran zu arbeiten, auch uns mit diesem Antrag zu beschäftigen, weil es geht um die Kinder, es geht um die Zukunft und diese Trennung so früh, dort, wo es möglich ist. Natürlich bin ich auch bei der Kollegin Unger, die komplett berechtigt sagt: „Naja, wir wollen die Kinder nicht zwingen, dass sie durch die Stadt von einem Bezirk ins andere müssen, das wollen wir nicht“, aber dort, wo der Wille da ist, dort wo Möglichkeiten sind und vor allem, was mir ganz wichtig ist, weil ich das erlebt habe, dass das innerhalb einer Schule nicht passiert, ich glaube, das wäre schon wichtig, dass wir uns damit beschäftigen. Danke für den Antrag.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dann stimmen wir ab über die Dringlichkeit ab. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrags? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe, gegen die Stimmen von ÖVP, KFG, FPÖ.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).***

Wir kommen zum Antrag selbst, bitte Herr Kollege.

Stadtrat **Hohensinner**:

Weil ich direkt angesprochen wurde, möchte ich auch gerne kurz etwas dazu sagen. Dieser Antrag kommt in gewissen Abständen immer wieder hier in den Gemeinderat. Die die schon ein bisschen länger dabei sind, wissen von dieser Situation bescheid und ja, eine bessere Aufteilung sollte das Ziel sein, nur mit Zwang geht es nicht, also ein Beispiel, wenn ich jetzt so eine Aufteilung möchte, müssten wir jetzt, wenn wir wollen, dass einige Schüler aus dem Bezirk Gries in Mariatrost in die Schule gehen, müssten wir einigen Familien in Mariatrost sagen, dass sie keinen Platz in der Mariatroster

Schule bekommen, also der Zwang geht nicht. Die Claudia Unger hat das schon ausgeführt. Graz ist ein Schulsprenkel, also das wird so nicht möglich sein, was die Aufteilung innerhalb der Schule in den Klassen betrifft. Was du angesprochen hast, dass die Bildungsdirektion quasi verantwortlich ist, das weißt du wahrscheinlich nicht, wir versuchen schon auf die Bildung in den Schulen Einfluss zu nehmen, aber das können wir nur mit runden Tischen machen, weil für die Bildungspolitik in den Schulen ist die Bildungsdirektion zuständig. Wir sind für die Schulgebäude, für den Schulausbau, wir sind Schulerhalter, für diese Themen sind wir zuständig. Die Herausforderung ist aber groß, also das darf man jetzt nicht kleinreden. Wenn man jetzt viel in den Schulen unterwegs ist, da haben ganz viele Kinder einen Sprachförderbedarf. Aber wenn man erst in der Schule ansetzt, ist es wahrscheinlich schon zu spät. Unser Ziel muss es immer sein, bereits in der Kindergruppe, im Kindergarten anzusetzen mit der Zielsetzung, dass die Kinder, wenn sie in die Schule eintreten, dem Unterricht folgen können. Deswegen haben wir in meiner Zeit hier einen massiven Schwerpunkt gesetzt in der Sprachförderung. Wir haben die Sprachfördermittel in meiner Zeit verdreifacht, also da haben wir ordentlich investiert und wahrscheinlich ist das noch zu wenig.

Ich habe aber auch, weil dieses Thema immer wieder hier im Gemeinderat diskutiert wird, mit der Uni Graz im Jahr 2020 wissenschaftlich erforschen lassen, welche Möglichkeiten wir haben, mit Anreizen, die Kinder im gesamten Stadtgebiet besser aufzuteilen, und zwar unter der Leitung von Herrn Prof. Christoph Hofstätter hat das stattgefunden. Es hat hier auch die AK und die WK unterstützt. Ich könnte diesen Bericht oder ich werde diesen Bericht allen Klubs zukommen lassen. Der Bericht hat geheißen „Eine Chance für jedes Kind“ und da sind drei Maßnahmen empfohlen worden. Also, diese Forschungsgruppe hat sich wirklich weltweit Best-Practice-Modelle angeschaut und ist eben zum Schluss gekommen, zum einen kann man Elterngruppen bilden, in Schulen im Bezirk Gries, Lend, dort, wo der Anteil sehr hoch ist, dass man jene Kinder, die Deutsch als Muttersprache haben, nicht auch noch irgendwo anders hin verlieren. Also, da kann man Elterngruppen bilden, das versuchen wir.

Ein zweiter Punkt ist die von der Claudia Unger angesprochene Wohnpolitik. Also, das werden wir mit Gemeindewohnungen nicht allein schaffen. Also, da müssen wir auch mit den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften reden. Einige Städte haben sogar ein Modell, wo man höhere Dichten zulässt, wenn auf die Durchmischung geschaut wird. Aber gerade höhere Dichten, da haben wir, glaube ich, in den letzten Jahren sowieso schlechte Erfahrungen gemacht, leider auch jetzt mit dem STEK. Aber da könnte man ansetzen.

Und dann der dritte Punkt, der aus meiner Sicht der effizienteste Punkt ist, das man magnet schools macht. „100 Schulen – 1000 Chancen“, das ist so ein Punkt, wo man einfach mehr Ressourcen an diese Schulen gibt. In Graz versuchen wir das auch mit der Internationalen Schule, die heute schon angesprochen worden ist. Wir versuchen auch jetzt allen Mittelschulen in Graz einen Schwerpunkt zu geben. Also, wir glauben, wenn ich den Arsim anspreche, du bist ja Sportler, wenn wir wirklich im Westen den Sportschwerpunkt setzen, dass das einige Familien dazu bewegen wird, dass sie ihre Kinder dort, zum Beispiel in die Volksschule, geben. Diese Schwerpunktsetzungen kosten allerdings Geld. Also, wir brauchen jetzt nicht immer hier im Gemeinderat Sachen fordern und dann sagen: „Ja, zahlen soll es wer anderer“. Sicher, die anderen können einen Zuschuss geben, aber wir sind selbst in der Verantwortung. Und da möchte ich jetzt noch einmal auch anknüpfen beim Budget.

In der Verhandlungsrunde vor einer Woche mit Manfred Eber wurde gesagt, für die Kinderbetreuung bekomme ich € 1,6 Millionen mehr. Aber dann fährt die quasi minus 10 % Eisenbahn darüber, sprich für den Bildungsbereich. Wenn es jetzt wirklich so kommt, wie mir vorgestellt, dann haben wir im kommenden Jahr wirklich € 4 Millionen weniger für den Bildungsbereich als in diesem Jahr. Deswegen sind diese Forderungen für mich immer inhaltlich total berechtigt. Aber wenn die Koalition dann nicht bereit ist, die notwendigen Mittel bereitzustellen, dann ist das aus meiner Sicht nicht schlüssig. Also ich bin gerne bereit, dass wir bei dem Thema weiterarbeiten. Wie gesagt, diesen wissenschaftlichen Bericht werde ich allen Klubs zukommen lassen. Aber bitte, wenn so etwas gefordert wird, dann müssen wir oder dürfen wir nicht nur A sagen, sondern müssen auch B sagen. Dann müssen wir die notwendigen finanziellen

Mittel bereitstellen, und das nicht nur für magnet schools, sondern auch für die frühkindliche Sprachförderung bereits in den Kindergärten und Kinderkrippen. Da brauchen wir noch mehr Geld, dass wir da in eine gute Richtung gehen. Aber das Thema ist wichtig, nur das Thema ist nicht so einfach wie oft dargestellt. Also dieses Thema kommt wirklich alle drei Jahre genauso mit der leichten Lösung. Das ist kompliziert, das braucht Ressourcen. Ich glaube, dass alle Fraktionen, bis jetzt FPÖ, weiß ich nicht, die letzte Wortmeldung habe ich nicht ganz nachvollziehen können oder einen Teil deiner Wortmeldung. Aber ich glaube, dass wir alle der gleichen Meinung sind, dass wir eine bessere Durchmischung zusammenbringen sollten.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin, also man muss wirklich sagen, durchaus ein, nennen wir es einmal, erstaunlicher Antrag. Erstaunlich aufgrund der Tatsache, weil eine bekennende Linkspartei, nämlich die KPÖ, bei diesem Thema erstmals nicht den Kopf in den Sand steckt, sondern durchaus zumindest versucht, die Realität zu erkennen. Und wie wird eigentlich das Ganze formuliert auf Ihrer Seite? Maßnahmen gegen die Segregation in Grazer Volksschulen. Und jeder, der mich kennt, weiß, ich bin ein großer Anhänger von sehr klaren Worten und diese klaren Worte sollte man auch bei einem Dringlichen Antrag, wurscht von welcher Partei er eingereicht wird, finden können. Und übersetzen wir das Wort Segregation eigentlich, es ist nichts anderes als das Eingeständnis einer gescheiterten Integration, es ist nichts anderes als das Bekenntnis und das Eingeständnis einer uferlosen Überfremdung in vielen Schulen, wie sie gegenwärtig existiert. Als nichts anderes kann man es bezeichnen. Wenn Sie selbst schreiben, dass in gewissen Volksschulen Kinder mit deutscher Sprache de facto nicht mehr existent sind. Ich bin bei Ihnen, wenn Sie

einen konkreten Handlungsbedarf sehen, ich bin bei Ihnen, wenn Sie nicht nur in den Schulen diese Segregation, diese gescheiterte Integration sehen, sie ist auch im sozialen Bereich, sie ist im ethno-kulturellen Bereich, wie Sie schreiben, und sie ist natürlich auch im Wohnbereich gegeben. Und die Kollegin Schleicher hat völlig recht, es ist eine über Jahrzehnte absolut verfehlte Einwanderungspolitik, die von Bundesseite her gestaltet worden ist, die uns diese Verhältnisse auch eingebracht hat, wo das Wort Leitkultur nichts anderes als eine hohle Phrase gewesen ist. Wie sollen sich Einwanderer überhaupt integrieren, wenn eine Leitkultur nicht existent ist. Und das Problem werden wir in Graz mit Sicherheit nicht lösen. Wir können eine Ergebnis-Kosmetik betreiben, wir können sagen, wir können Austauschvarianten zwischen den Volksschulen versuchen. Unserer Meinung nach ist das keine gute Variante, aber ich sehe diesen Antrag durchaus als Aufforderung oder vielleicht als Motivation für alle Parteien, dass wir wirklich eine ergebnisoffene Diskussion führen. Wie wir auf allen Ebenen, Gemeinden, Land, Bund und in erster Linie Bund, hier Lösungen präsentieren, die auch wirklich Sinn ergeben. Und wenn man solche Zahlen vor sich hat, dann muss man natürlich auch das böse R-Wort in den Mund nehmen. Das böse R-Wort nämlich Remigration. Wir haben viele in unser Land gelassen, die wir nicht in unser Land lassen hätten sollen. Wir haben viele von den Falschen in unser Land gelassen und das Wort Remigration wird auch offen diskutiert werden müssen, weil es ein gangbarer Weg ist, um eine Lösung herbeizuführen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Krotzer.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Werte Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, ich komme wieder nach Graz und beginne mit einer Feststellung, was aus meiner Sicht das Allerwichtigste ist

für Grazer Kinder, nämlich, dass sie Grazer Kinder sind, und zwar ganz egal, wo sie herkommen. Sie leben hier, sie bilden diese Stadt ab, und wir haben als Grazer Stadtpolitik eine Aufgabe, dass wir uns um alle Menschen in unserer Stadt kümmern. Das gilt auch in der Bildungspolitik, und insbesondere in der Bildungspolitik. Deswegen ist das ein sehr guter und sehr wichtiger Antrag, der aus meiner Sicht, entgegen dem, was der Kurt Hohensinner gesagt hat, nicht so oft wiederkehrend ist. Es ist vielmehr ein neuer Vorschlag, aber das Thema ist schon länger sozusagen auf der Hand liegend. Du hast völlig recht in der Frage oder sozusagen in der Aussage, dass es nicht einfach ist, da Antworten zu finden. Da bin ich völlig bei dir. Aber da muss ich jetzt schon auch sagen, auch auf die Claudia Unger bezogen, wir sollten die Diskussion nicht damit beginnen, was alles nicht geht und warum etwas nicht geht, sondern wir haben die Tatsache, dass wir sozusagen sehr große Unterschiede haben zwischen den Grazer Volksschulen. Das Modell ist eh kurz erklärt worden. Die Eltern haben die Möglichkeit, drei Schulen zu nennen. Aber wir haben dann die Tatsache, dass wir in Graz Volksschulen haben, wo wir einen Anteil haben von 100 oder annähernd 100 % Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und wir haben umgekehrt Volksschulen, wo wir einen Anteil haben von Kindern, oder sozusagen von 100 % Kindern mit deutscher Muttersprache. Und da bin ich schon der Meinung, dass wir genauer hinschauen sollten. Wieso ist das so, was können wir tun, damit wir hier, weil ich kann es mir ehrlich gesagt nicht ganz vorstellen, dass in diesen Schulen, wo 0 % Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sind, dass es dort auch 0 % Anmeldungen gibt von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, sondern dass man sich das einmal anschaut und das sozusagen soll und muss Teil dieses Analyseprozesses sein und über den wir dann einfach diskutieren müssen. Da sind wir noch nicht beim zusätzlichen Geld, da sind wir jetzt einmal dabei, dass wir uns anschauen, die Anmeldungen zu den Grazer Volksschulen, die Aufteilung zu den Grazer Volksschulen, und da reden wir einmal noch nicht über zusätzliches Geld, sondern über das, wie kann das künftig ausschauen, und ich glaube, dass es durchaus wichtig ist, dass wir da alle gemeinsam einen Blick darauf hinwerfen. Insofern freue ich mich sehr, dass es diesen Antrag gibt, und ich bin gespannt, was dann im Oktober vorgelegt wird und präsentiert wird,

welche Maßnahmen wir finden können, dass wir hier zu einer besseren Verteilung hinkommen und das ist mir insofern auch ein großes Anliegen, entgegen dem, was der Gemeinderat Winter gesagt hat. Ich habe selber unterrichten dürfen, ich habe Schülerinnen und Schüler unterrichtet in Klassen, wo etwa 50 % Kinder mit deutscher Muttersprache und nicht-deutscher Muttersprache gewesen sind. Ich kann das, ich habe das in dem Rahmen schon einmal gesagt, sagen: Ich habe Deutschschularbeiten vor mir gehabt, wenn ich nicht auf den Namen geschaut habe, hätte ich nicht sagen können, wer deutsche Muttersprache hat oder nicht, weil sie das erfreulicherweise bei ganz, ganz vielen ausgleicht und das überhaupt keine Rolle spielt, was die Erstsprache ist, welche Nationalität die Eltern haben oder gehabt haben. Insofern ist das nicht das große Thema, aber was schon ein ganz wichtiger und wesentlicher Punkt ist, wenn wir über Segregation reden, dass wir auch reden müssen über Bildungsprivilegien, über Netzwerkprivilegien und auch ganz viel informelles Wissen, das weitergegeben wird über Familie, über Freundschaften. Von daher halte ich das für sehr, sehr wichtig, dass wir sozusagen eine gute breite Streuung haben, dass Kinder in unseren Volksschulen, Kinder aus anderen Lebensbereichen, mit anderen Herkünften etc. kennenlernen und sozusagen auch von diesen Kindern und deren Eltern und deren Familien lernen können und wir so einen Beitrag dazu leisten, dass wir als Gesellschaft insgesamt zusammenrücken, wo es ganz egal ist, wo wir herkommen, sondern das zu mehr Gemeinschaftlichkeit führt. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Tatsächliche Berichtigung? Gut, dann als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderätin Potzinger.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Antragstellerin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zuerst möchte ich einmal sagen, wir sind sicher

nicht die Jammerer, die sagen, was nicht geht. Ich erinnere an die Wortmeldung von Kollegin Unger, die aufgezählt hat, was schon alles funktioniert, vor allem auch im Kindergartenbereich mit der Frühförderung, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, wirklich diese offensiven Sprachkurse. Aber es ist Integration ein Thema, das die ganze Regierungsbank betrifft, das Wohnen, das Soziale, natürlich die Finanzen. Und Herr Integrationsstadtrat, natürlich ist es auch deine Aufgabe, du machst ja auch schon einiges, aber ich möchte einmal präzisieren: Wir sprechen davon, dass in Graz 54 % der Volksschulkinder nicht Deutsch als Erstsprache haben. Wenn ich mir aber anschau, wir haben 20 % außerordentliche Schüler, das heißt, die nicht positiv beurteilt werden können, das sind nur 20 %. Das heißt, gut oder fast zwei Drittel der Kinder mit nicht Deutsch...

*Zwischenruf*

**Gemeinderätin Potzinger:**

Ja, sind außerordentliche Schüler. 20% der Volksschulkinder sind außerordentliche Schüler. Ich habe die Zahlen vom ABI, aber 54% haben nicht Deutsch als Muttersprache. Das heißt, dass fast zwei Drittel der Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, sehr wohl dem Unterricht folgen können und auch positive Erfolge erzielen. Aber es gibt ja noch viel mehr Möglichkeiten. Es wurde kurz angesprochen, eben über Familie und Freunde, was man da auch weitergeben kann an Wissen und welche Integrationsmaßnahmen da auch wirken. Das sollte man intensivieren. Ich denke mir eben, ob es jetzt kulturell ist, ob die Kinder miteinander singen, tanzen, Theater spielen oder Sport betreiben. Heute haben wir so schön gehört von diesem Gruabn-Fußballverein, wo Kinder unterschiedlicher Ethnien miteinander Sport betreiben, sich auch inkludiert fühlen in die Gesellschaft. Das ist ganz, ganz wichtig. Aber vor allem, das Allerwesentliche, was die Schulerfolge betrifft, sind die ausreichenden Deutschkenntnisse, um dem Unterricht folgen zu können. Und da brauchen wir wirklich massiv zusätzliche Mittel. Lieber Herr Finanzstadtrat, du weißt, das habe ich jetzt einmal den Medien entnommen, dass der Herr Landeshauptmann

Drexler gesagt hat und der Herr Bildungslandesrat Amon, dass die Mittel, die Bundesmittel für die Frühförderung verdoppelt werden. Das heißt, es werden in unser Grazer Budget jeweils € 9.000.000,00, und zwar jährlich, nicht einmal, aus dem Land und aus dem Bund kommen. Das sind € 18.000.000,00 und bitte, jeder Euro und jeder Cent davon, bitte Herr Stadtrat Eber, muss in die frühkindliche Bildung fließen. Und einen großen Schwerpunkt hat da sicher die intensive Sprachförderung für die Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, und ein Appell auch an die Eltern. Wenn ihr Bekannte habt, die Familien kennen mit Migrationshintergrund, ein einfacher Tipp: Bitte schaltet deutschsprachige Kinderprogramme ein für die Kinder. Sie lernen auch beim Fernsehen die deutsche Sprache. Es ist toll, wenn sie auch türkisches SAT-Fernsehen empfangen können, aber auch das Fernsehen ist ein guter Sprachvermittler. Ich habe selbst Sprachwissenschaften studiert. Wir haben festgestellt, dass in Ländern, wo viele Fernsehprogramme in englischer Sprache gebracht werden und nur mit deutschen, slowenischen oder kroatischen Untertiteln versehen sind, auch in den nordischen Ländern wie Finnisch und Schwedisch, die Menschen sehr gut Englisch können und auch eine gute Aussprache haben, weil sie die Filme in englischer Originalsprache sehen. Warum nicht auch die Familien mit nicht deutscher Muttersprache motivieren, gemeinsam deutschsprachige Filme anzuschauen, von der Biene Maja bis zu Universum? Vielleicht auch einen Appell richten an den ORF. Früher einmal gab es französische, spanische und alles mögliche als Fremdsprachenkurse im ORF und das ist öffentlich-rechtliches Fernsehen mit einem Bildungsauftrag. Vielleicht könnten wir auch dort einmal einen Appell schicken an den ORF, auch hier, an die Familien, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, entsprechende sprachfördernde Programme anzubieten. Das wäre eine Idee. Vielleicht können wir da einmal eine Petition an den ORF richten. Aber wie gesagt, das Wichtigste ohne Geld keine Musik. Das Geld, das vom Bund und vom Land kommt, für die Frühpädagogik, für die Elementarpädagogik, bitte jeden Cent davon in unsere Kindergärten investieren. Das ist die allerbeste Zukunftsinvestition und dann erleben wir Inklusion in unserer wunderschönen, familienfreundlichen Stadt. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Herr Stadtrat Hohensinner wünscht eine tatsächliche Berichtigung der Wortmeldung von Kollegen Krotzer.

Stadtrat **Hohensinner**:

Genau, lieber Robert, du hast gesagt, so quasi, ich sage nur alles, was nicht geht in dieser Frage, das stimmt so nicht. Ich habe aufgezeigt, dass die Uni Graz uns sogar drei Faktoren mitgeteilt hat über einen wissenschaftlichen Bericht. Also der ist wirklich umfangreich und ich sage da klar und deutlich: Es wird dir den Auftrag heute an mich geben, ich werde auch etwas bis Oktober ausarbeiten, aber es wird Ressourcen brauchen. Und warum ich eingangs gesagt habe, warum was nicht funktioniert, das ist wichtig, weil die Sozialromantik, die ihr teilweise da von euch gebt, das funktioniert nicht, das ist realitätsfern.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Tatsächliche Berichtigung und keine weitere Wortmeldung, danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, möchtest du ein Schlusswort? Bitte.

Gemeinderätin **Taberhofer**:

Ich greife gleich auf, was der Herr Stadtrat Hohensinner länger zurückliegend quasi, schon gesagt hat, und zwar eine bessere Durchmischung ist wichtig und das sehe ich im Prinzip auch. Es ist keine Sozialromantik, wenn man da von Ausgrenzung spricht und wenn soziale und kulturell-ethnische Aspekte und Wohnsegregation, wenn das sich manchmal wieder trifft, weil da ist der Anteil dann besonders hoch. Aber was ich nicht nachvollziehen kann, ist zu glauben, dass wenn Kinder separiert Deutsch lernen unter sich, Kinder mit Migrationshintergrund und nicht mit Deutsch als Erstsprache,

dass die dann schneller oder besser Deutsch lernen, ist ein Irrglaube. Es ist sogar viel, viel besser, wenn Kinder mit deutscher Muttersprache gemeinsam mit Kindern mit Migrationshintergrund...

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Taberhofer:**

Das kann ich aus fachspezifischer Sicht irgendwie auch sagen. Generell, ich gehe jetzt im Prinzip auf das ein, was vorher irgendwie von Seiten vom Herrn Kollegen Winter und von der Kollegin Schleicher gekommen ist, weil ich das ganz, ganz wichtig halte, dass einfach Kinder mit und ohne Deutsch als Muttersprache, zusammen lernen, spielen und auch miteinander gut umgehen können. Die Volksschule ist ein Lernort, hat die Kollegin Unger auch irgendwie gesagt, und genau darum geht es im Prinzip auch, dass man einfach bessere Möglichkeiten findet und eben diese zwei Drittel eben nicht übersteigt und dass das Zusammen-Miteinander-Lernen einfach irgendwie eine verbesserte Situation, Lernsituation irgendwie auch herstellt. Also deshalb halte ich das für ganz, ganz wichtig, dass man in diese Richtungen Überlegungen anstellt und Maßnahmen trifft. Ja, ich halte nichts von der Bezeichnung, dass Segregation eine gescheiterte Integration ist. Segregation ist einfach eine Ausgrenzung und eine Trennung. Ich kann im fachspezifischen Bereich so nicht wirklich auch irgendwie gut Deutsch lernen, das ist ein Irrglaube, glaube ich. Und ich hoffe, dass dem Antrag zugestimmt wird und dass Maßnahmen überlegt werden. Im Herbst kann man dann einfach erste Schritte in diese Richtung vielleicht auch setzen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist für den Antrag? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, KFG und Gemeinderat Eustacchio und NEOS.

***Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS; FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag und es gibt die Bitte, oder den Vorschlag, die beiden Anträge Smartes Parkleitsystem für Graz von der ÖVP gemeinsam zu diskutieren mit dem Kooperationsmodell der Grazer Wirtschaft von der SPÖ, weil es inhaltliche Überschneidungen gibt. Das wäre der Vorschlag. Wenn es da Gegenstimmen gibt, dann würde ich darüber abstimmen lassen, ob wir das gemeinsam diskutieren oder nicht. Gibt es da einen Einwand dagegen, merke ich. Es geht zweimal um das Parkleitsystem und der Vorschlag ist von mehreren Seiten gekommen. Dann bitte ich über den Vorschlag, dass die beiden Dringlichen Anträge gemeinsam zu diskutieren abzustimmen. Wer ist dafür, die Anträge gemeinsam zu diskutieren? Das scheint die Mehrheit zu sein. Wer ist dagegen? Dagegen sind ÖVP, KFG, Gemeinderat Eustacchio, FPÖ. Dann werden die beiden Anträge von der ÖVP zum smarten Parkleitsystem und der von der SPÖ zur Grazer Wirtschaft mit Tiefgaragenbetreiber:innen gemeinsam diskutiert. Bitte, Frau Gemeinderätin, Frau Clubobfrau. Es ist von mehreren Seiten gekommen.

## **9.2 Smartes Parkleitsystem für Graz**

**(Berichterstatterin: CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer, ÖVP)**

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wort bitte noch außerhalb meiner Redezeit. Ich bin schon der Meinung, dass der Kollege von der SPÖ eine Wirtschaftsförderung zum Parken inhaltlich hier zum Besten gibt und wir uns dafür aussprechen, dass wir ein Parkleitsystem, ein dynamisches für

die Innenstadt bekommen. Also ich bin nicht der Meinung, dass das inhaltlich dasselbe ist.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Deswegen habe ich abstimmen lassen.

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Ja, aber ich möchte es auch nur sagen dürfen, so wie du das jetzt sagen durftest, darf ich das sagen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Sicher.

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Ja, freundlich, nichts anderes wollte ich. Wollte einfach nur sagen, dass ich es nicht so sehe, auch wenn es anders abgestimmt worden ist. Danke.

So, dann darf ich jetzt zu meinem Antrag kommen. Wie schon erwähnt, geht es um ein dynamisches Parkleitsystem im Hinblick dessen, Graz, das brauche ich nicht erklären, ist die zweitgrößte Landeshauptstadt in Österreich. Wir sind eine sehr lebenswerte Stadt. Wir haben derzeit an die 300.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Die Statistik rechnet hoch, dass wir bis 2040 weitere 8,4 % an Zuzug erwarten dürfen und daneben arbeiten 200.000 Menschen in der steirischen Landeshauptstadt. Fast die Hälfte davon sind Pendler und 80 % davon wieder kommen mit dem Auto. Die Zahlen zeigen, dass trotz der Bemühungen zur weiteren Verbesserung des Modal-Split weg vom motorisierten Individualverkehr wird die Nutzung vom Auto und damit das Thema Parken weiterhin eine beträchtliche Rolle im Grazer Stadtverkehr spielen. Besonders in

unserer Innenstadt erweist sich, dass das ein ständiges Suchen ist, bis man einen Parkplatz findet, egal jetzt dann, ob das oberhalb oder unterhalb der Erde ist oder auch in diversen Parkhäusern. Und gerade deswegen spreche ich dieses Thema auch an, da wir derzeit sehr, sehr viele Baustellen haben, auch an neuralgischen Punkten, die uns zu Parkhäusern bzw. zu Parkflächen führen, wäre es derzeit ein Leichtes, dieses dynamische Parkleitsystem auch im Zuge der technischen Anforderungen im Baustellenablauf unterzubringen.

Ich habe in diesem Zusammenhang hier im Gemeinderat bereits mehrmals erbeten, dass man das zukünftig bei den zukünftigen Baustellen mitbedenkt, vor allem was gerade unsere neue Brücke betrifft, zum Andreas-Hofer-Platz führend und auch von dort über die Brücke in die Kastner & Öhler-Tiefgarage, hat man mir immer gesagt, dass das technisch nicht möglich ist, die Brücke nachzurüsten für so eine Anzeigentafel, ob es in der Kastner & Öhler-Garage einen verfügbaren Parkplatz gibt. Und jeder von uns, der das schon einmal erlebt hat, in saisonalen Zeiten wie vor Weihnachten oder auch vor Ostern ist es sehr mühsam, wenn die Parkgarage Besetzzeichen hat und man dann den ganzen Murkai wieder zurück in die Grazer Innenstadt fahren muss. Dieser Suchverkehr wäre einzudämmen, würden wir ein dynamisches Parkleitsystem haben. Und dahingehend gibt es in anderen Städten sehr, sehr schöne Praxisbeispiele. Eines würde ich bitte gerne herausnehmen. Abgesehen davon, dass Wien und Linz das bereits haben, hat Amstetten jetzt Ende Mai eine Presseaussendung gegeben, weil auch Amstetten sich ein dynamisches Parkleitsystem leisten wird. Amstetten ist jetzt von der Einwohneranzahl nicht mit Graz vergleichbar, denn dort gibt es derzeit knapp 24.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Aber am Amstettner Hauptplatz, innerhalb von 3 Gehminuten, gibt es in Amstetten bitte 1.550 Parkplätze, die es zu erreichen gibt. Und damit diese Parkplätze auch in der Verfügbarkeit ersichtlich sind, nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch für die Besucherinnen und Besucher, wird es künftig dort ein dynamisches Parkleitsystem geben.

In diesem Sinne würde ich auch hinsichtlich der Umweltbelastung für Graz, wo man ja den bösen Autofahrern immer nachsagt, dass sie über die Hälfte schuld sind, dass wir dahingehend so schlechte Werte haben und man uns in dieser Stadt zwingt, dass man

auf die öffentlichen Mittel umsteigt, auch wenn die gerade nicht vom besten sind vom Angebot her, würde ich bitten, dass man darüber noch einmal nachdenkt. Und der Herr Lenartitsch kann sich dann gerne zu Wort melden, wenn er dran ist, dass man im Zuge der Baustellen bitte ein dynamisches Parkleitsystem für Graz, immerhin die zweitgrößte Landeshauptstadt Österreichs, bitte dennoch miteinplant. Es ist nichts zu spät, es wäre jetzt noch möglich. Und da darf ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs hinsichtlich meines Motiventextes bitten, ein Konzept für ein smartes Parkleitsystem zu erarbeiten, welches Stellplätze in Tiefgaragen, Parkhäusern und sonstigen Parkflächen mitberücksichtigt. Das Konzept wäre schön, wenn wir es in der Novembergemeinderatssitzung präsentiert bekämen. Vielen Dank.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden*

***Dringlichen Antrag:***

*Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird im Sinne des Motiventextes und unter Einbindung der jeweiligen Park-BetreiberInnen beauftragt, ein Konzept für ein smartes Parkleitsystem zu erarbeiten, welches Stellplätze in Tiefgaragen, Parkhäusern und sonstigen Parkflächen mitberücksichtigt. Das Konzept ist dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im November 2024 zu präsentieren.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Bitte um die Vorstellung des zweiten Dringlichen Antrages.

### **9.3 Kooperationsmodell der Grazer Wirtschaft mit Tiefgaragen-Betreiber:innen**

**(Berichterstatter: GR Gjergji, SPÖ)**

Gemeinderat **Gjergji**:

Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, in meinem Antrag geht es um ein Kooperationsmodell der Grazer Wirtschaft mit Tiefgaragenbetreiber:innen.

*Zwischenruf:*

Gemeinderat **Gjergji**:

Ja, aber dann sage ich auch einen Satz dazu. Ich muss ehrlich sagen, das ist jetzt nicht auf meinen Mist gewachsen. Also, wie wir es diskutieren, sage ich ganz ehrlich, wäre mir egal gewesen. Ich finde beide Geschichten sehr sinnvoll. Ich möchte ein paar Infos dazu geben, wie die Situation ist bzw. anfangen möchte ich nämlich mit einem Modell, was schon vorhanden ist. Das ist nämlich für unsere Stadt Graz ein Vorteil. Wir haben die Kastner & Öhler-Garage, die eigentlich von der Auslastung her am besten ist. Hier gibt es nämlich ein dementsprechendes Modell, wo die erste Stunde bei einem Einkauf, also laut Graz Tourismus, eben eine Stunde gratis bei einem Einkauf von € 1,00. Das ist jetzt nur zur Information. Zwei Stunden gratis ab € 30,00 und 3 Stunden gratis ab einem Einkauf von € 120,00, ist laut Graz Tourismus, steht so auf ihrer Homepage drinnen, also nur zur Info. Wir haben ungefähr Preise für unsere Tiefgaragen zwischen € 3,70 und € 4,50 pro Stunde. Das ist nämlich ein Grund, warum ganz viele Menschen, wir haben auch, jetzt um eine weitere Zahl zu nennen, irgendwo 11.000 Abstellplätze in Graz in 103 Abstellplätzen. Und es ist schon in Graz die Situation so, dass die Auslastung dieser Tiefgaragen jetzt nicht entsprechend ist. Wir können hier dazu etwas beitragen.

Wir haben die Situation gehabt in der Innenstadt, wo wir die größte Baustelle in der Grazer Geschichte gehabt haben. Das war nicht einfach. Das war nicht einfach für die

Politik, das war nicht einfach für die betroffenen Menschen, Anrainer:innen, für die Unternehmer:innen in der Innenstadt, wir wissen das alles, aber hier geht es nämlich darum, und ich muss ehrlich sagen, diese Bauarbeiten neigen sich dem Ende zu, ihr wisst es alle, es war die Einladung auch am Tisch. Morgen ist die Neutorviertel Eröffnung und übermorgen, wo wir alle zusammen ein Zeichen setzen. Wo wir das Positive, das Schöne sehen nach einer Baustelle, egal, egal ob eine Baustelle zu Hause oder irgendwo. Das ist halt immer sehr mühsam, sehr schwierig. Es war auch die Kritik berechtigt, natürlich. Es leiden gewisse Menschen, das sehen wir auch alle ein und deswegen geht es hier in meiner Initiative darum, nämlich etwas zu tun, das, was entstanden ist, wo wir Parkplätze verloren haben, weil nämlich wirklich ganz etwas Schönes entsteht, gerade. Das ist wichtig für Graz, aber es ist auch wichtig nämlich zu schauen, was tun wir mit dem Rest. Für die Anrainerinnen und Anrainer haben wir eine Lösung. Können wir noch weiterhin daran arbeiten, es ist sehr gut angekommen. Ich habe mit ganz, ganz vielen dort geredet, nämlich diese Anrainer:innen-Parkplätze, 25%, also die kommen sehr gut an. Ich finde das toll und ich begrüße das. Und jetzt geht es mir darum, etwas für die Unternehmerinnen und Unternehmer zu tun. Und ich glaube, das, was hier vorgeschlagen wird, wo wir das sehr gut unterstützen können, wo wir ein Modell haben, von dem wir Gebrauch machen können, ist eine ganz, ganz wichtige Sache, um auch Unternehmerinnen und Unternehmer mitzunehmen. Es ist denen gegenüber eine Wertschätzung, dass wir sagen, wir lassen euch auch nicht über. Und deswegen freue ich mich auf die Diskussion, aber auch auf die breite Zustimmung. Danke. Ah ja, genau, muss ich ja vorlesen, Entschuldigung.

Deswegen stelle ich namens des Sozialdemokratischen Gemeinderatsclub folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Der für das Wirtschaftsressort zuständige Stadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, unter Einbindung der Wirtschaftskammer die Möglichkeit der Einführung eines Kooperationsmodells zwischen Tiefgaragenbetreiber:innen und Grazer Unternehmer:innen gemäß Motivenbericht prüfen zu lassen, durch das Kund:innen der teilnehmenden Grazer Unternehmen eine teilweise Rückvergütung der Parkgebühren

in Tiefgaragen erhalten. Dem Gemeinderat ist bis Oktober dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.

**Originaltext des Antrages:**

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

**dringlichen Antrag:**

*Der für das Wirtschaftsressort zuständige Stadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, unter Einbindung der Wirtschaftskammer die Möglichkeit der Einführung eines Kooperationsmodells zwischen Tiefgaragenbetreiber:innen und Grazer Unternehmer:innen gemäß Motivenbericht prüfen zu lassen, durch das Kund:innen der teilnehmenden Grazer Unternehmen eine teilweise Rückvergütung der Parkgebühren in den Tiefgaragen erhalten. Dem Gemeinderat ist bis Oktober d.J. ein Bericht vorzulegen.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Stücklschweiger.

Gemeinderat **Stücklschweiger:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Zuallererst möchte ich noch einmal anmerken, dass man gegen den Willen einer Antragstellerin Anträge zusammenlegt, finde ich eine extrem befremdliche Vorsitzführung, muss ich ganz ehrlich sagen, also wir haben ein ganz eindeutiges Nein gehört und da war auch jemand, der gesagt hat, das war nicht seine Idee, also das habe ich nicht ganz nachvollziehen können.

*Zwischenruf*

Gemeinderat **Stücklschweiger:**

Komm, ist ja lächerlich, wenn die Antragstellerinnen und der Antragsteller das nicht wollen, aber ist egal, ist egal, ich wollte nur noch einmal die Vorsitzführung ein bisschen kritisieren, weil ich finde, dass das gerade passend war.

Arsim, das was ich jetzt sage, ist bitte keineswegs eine Kritik an deiner Person, du bist nur nicht allzu lange dabei, ich muss aber sagen, die Art und Weise des Humors, den die SPÖ da mit dem Antrag an den Tag legt, die finde ich wirklich sehr, sehr spannend, weil ihr habt in der Vergangenheit, in den vergangenen eineinhalb, zwei Jahren jeden einzelnen Antrag, den wir als ÖVP eingebracht haben, um die Innenstadtwirtschaft zu beleben, sabotiert. Ihr seid immer mit der Koalition mitgegangen, ihr habt immer gegen alles gestimmt, was wir versucht haben, einzubringen, um die Innenstadtwirtschaft zu beleben. Ihr wart mit dabei, als die Parkplätze gestrichen worden sind. Ihr wart mit dabei, als die Parkgebühren erhöht worden sind. Ihr wart mit dabei, als Tiefgaragen, die geplant waren, dann doch nicht gebaut worden sind, und jetzt geht ihr hierher und stellt einen Antrag, wo es um die, in Wahrheit um die Belegung der Innenstadtwirtschaft gehen soll, über den Umweg quasi der Tiefgaragen. Das kann ich irgendwo nicht ganz nachvollziehen, muss ich ehrlicherweise sagen. Aber ich finde es schön, wir werden der Dringlichkeit natürlich zustimmen, weil wir finden das ja gut. Ich finde es nur lustig, dass ihr das einbringt, aber grundsätzlich auch sehr, sehr gut.

Möchte ich auch an dieser Stelle bitten, dass ihr dann aber nicht vergesst, wenn es im Herbst an die Budgetdiskussionen geht, dass ihr auch dann ein bisschen Opposition in der Koalition spielt und auch dann mutig seid und aufsteht und sagt, aber 10 % Budgetkürzung im Wirtschaftsressort ist nicht möglich, weil mit 10 % Kürzung des Wirtschaftsbudgets werden wir das nicht umsetzen können, was ihr da fordert. Ein digitales System zur Erfassung aller Tiefgaragen, so wie ich das verstanden habe, oder ein System, das du möchtest, das fordert gewissen digitalen Entwicklungsaufwand und der kostet Geld. Was ich mir so sagen habe lassen, ist das nicht unter € 100.000,00 möglich. Das ist mit 10 % Budgetstreichung nur sehr, sehr schwer möglich. Also ich hoffe, ihr seid dann auch im Herbst so mutig in den Budgetdiskussionen. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Gemeinderätin Schlüsselberger. Frau Klubobfrau.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Ich bin ja nicht so eitel wie die Frau Vizebürgermeisterin. Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Antragstellerin, lieber Antragsteller, werter Vorredner. Ich glaube charmanter fällt es mir jetzt schwer. Wir wissen genau, was wir tun, und wenn etwas sinnvoll ist, sind wir auch immer mitgegangen. Die Definition obliegt natürlich jedem selber, aber Belehrungen, was wir zu tun haben und nicht - brauchen wir ehrlich gesagt gar nicht. Ich lasse es einfach weiterhin unkommentiert.

Was ich aber nicht unkommentiert lassen kann, die Antwort auf alles ist mehr Geld, die Antwort auf Ideen: mehr Geld. Die Antwort auf Vorschläge: mehr Geld. Also alles irgendwie mit Geld zu lösen, sehen wir anders, vor allem wenn es nicht immer das städtische Geld sein muss und wer sinnerfassend den Antrag gelesen hat, wird auch erkennen, dass es hier nicht rein um eine städtische Budgetbelastung geht. Es geht um die konzeptionelle Auslegung, dass man sich mit den Wirtschaftstreibenden, mit der Wirtschaftskammer als Interessensvertretung, mit der Stadt zusammensetzt, sich überlegt, was können wir denn machen, wie können wir das gemeinschaftlich stemmen, was kann unser Beitrag sein, was kann euer Beitrag sein. Wie sehen das vielleicht die Parkhausbetreiber, die ein totales Interesse daran haben könnten, dass hier mehr Umsatz generiert wird. Und nicht immer heißt das automatisch, dass die Stadt alles zu zahlen hat. Genau um das geht es, dass man einmal in die Runde fragt, wer könnte Interesse daran haben, wer könnte das gemeindlich zahlen. Ich meine, ich kann das jetzt gerne übernehmen, die Wirtschaftskooperation der Stadt. Kümmere dich einfach bitte darum, Günter, setz dich einfach einmal zusammen, rede einmal mit Unternehmen und Unternehmern, die sagen: „Hey, das ist eine coole Idee, da machen wir mit“.

*Zwischenruf*

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Es ist halt ein bisschen jetzt schwierig, wenn die Unkenrufe von links und rechts kommen, weil das kriegen auch die Leute draußen nicht mit, deswegen würde ich jetzt einfach sagen, machen wir es in den Wortmeldungen, damit auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer auch in den Genuss kommen, die Diskussion verfolgen zu können. Fakt ist, worauf wir rauswollen, ist, dass man das einmal gemeinschaftlich betrachten kann, das Konzept überlegt und nicht alles sofort mit der Keule: "Wir brauchen Geld, gebt uns zwei Millionen und dann ist die Welt in Ordnung", erschlagen wird, sondern einfach einmal ein bisschen kreativ sein. Darum würde ich bitten, Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Bitte Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe alle, liebe Antragstellerin, danke für den Antrag. Ich möchte einfach auf zwei Punkte ganz kurz eingehen, weil das, was immer wieder kommt, ist, dass so ein Parkleitsystem, da steht es drinnen, Lärm- und Luftschadstoffe reduziert. Und ich habe mich da sehr viel damit beschäftigt. Man hat natürlich in der einzelnen Straße vielleicht dann keinen Parkplatz-Suchverkehr, andererseits, wenn ich dann in die App schaue und sehe, dass in der Innenstadt jetzt 50 oder 100 Parkplätze frei sind, ist es gleichzeitig wieder ein Anreiz, dann mit dem Auto reinzufahren, weil sonst weiß ich, ok, vielleicht kriege ich keinen Parkplatz, vielleicht muss ich im Kreis fahren, also das ist dann entsprechend schwieriger. Das heißt, man hat da jetzt diese scheinbare Reduktion nicht überall und unterm Strich wahrscheinlich gar nicht. Deswegen finde ich auch wichtig, das hier an dieser Stelle zu sagen. Man kann andere Maßnahmen setzen, wenn man wirklich den Parkplatz-Suchverkehr reduzieren will, wie wir es jetzt in der Kaiserfeldgasse machen, wie wir es auch beim Landplatz und dem Mariahilfer Viertel gemacht haben. Da gibt es effektive Maßnahmen, die den Suchverkehr

unterbinden, weil dort dann einfach die Durchfahrt vielleicht nicht mehr möglich ist oder es dann keine entsprechenden Parkplätze gibt.

Und eine Frage noch an den Kollegen Stücklschweiger, weil er vorher gemeint hat, eine Tiefgarage war geplant. Also es ist mir neu, dass da in der Periode etwas geplant gewesen wäre. Ich erinnere mich nur an die Bienenstockgarage, die als Idee vom Herrn...

### *Zwischenruf*

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Die war nie geplant. Das war eine Idee, die es gegeben hat, aber den Planungsbeschluss können Sie mir gerne zeigen. Würde mich interessieren, wann der abgehalten wurde, wann der beschlossen wurde im Gemeinderat, ich war da nicht dabei. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Vielleicht eine tatsächliche Berichtigung, das hat die Bundesimmobiliengesellschaft geplant und die Bundesimmobiliengesellschaft mit der Universität abgesagt. Die Bundesimmobiliengesellschaft war dafür zuständig und die Stadt hatte da keinen Einfluss darauf. Das war eine Entscheidung der Universität. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, eine tatsächliche Berichtigung.

Stadtrat **Riegler:**

Also, die tatsächliche Berichtigung muss man natürlich schon sagen. Selbstverständlich wäre es immer eine Frage gewesen, ob die Stadt Graz als Besteller gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft und der Universität auftritt. Und da sich eben durch deine Entscheidung die Stadt Graz dazu entschieden hat, eben keine Parkräume zu kaufen in der Tiefgarage, deswegen gibt es keine Tiefgarage. Aber sie hätte es

selbstverständlich gegeben. Du hattest es in der Hand und du hast bewusst politisch darauf verzichtet, weil du gesagt hast, es gibt eh genügend Parkplätze in der Harrachgasse und der Goethestraße und das werden wir allen Menschen in der Gegend immer wieder deutlich erzählen, dass du das gesagt hast.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Herr Gemeinderat Wagner.

Gemeinderat **Wagner**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller. Herzlichen Dank für diese Dringlichen Anträge. Ich finde es selbst auch sehr schade, dass nicht jeder Antrag extra die Würdigung erfährt, extra diskutiert zu werden, weil ich glaube, das Thema Auto kommt zwar überall vor, oder Parken, aber es ist doch ein Unterschiedliches. Wäre ähnlich, wenn wir den ersten Antrag, wo Volksschulen, den nächsten Antrag der SPÖ wo das Schulausbauprogramm und dann meinen, wo auch Schulen drinstehen, zusammenfassen. Das sind auch drei komplett unterschiedliche, und das ist dem nicht würdig und geht an der Idee vorbei. Aber vielleicht, liebe Daniela, hast du das Glück und es wird auch gemeinsam abgestimmt, und ich nehme an, ihr werdet euch mit der Koalition abgestimmt haben. Das heißt, der Dringlichkeit und deinem Antrag wird dann wahrscheinlich in einem Abwasch mit zugestimmt, ich würde es dir auf jeden Fall wünschen.

Jetzt zu den Anträgen: Parkleitsystem, bin ich natürlich in der Dringlichkeit und im Inhalt mit dabei. Ich glaube, dass es doch sehr wichtig ist, aufzuzeigen, wo ich am schnellsten Weg zu einem passenden Parkplatz komme oder zu einem freien Parkplatz. Das macht absolut Sinn, und das, glaube ich, steht uns gut an, wenn wir uns da einfach vorbereiten. Wohlweislich wie wir wissen, dass alle smarten Lösungen in jeglichen Bereichen immer mehr an Zuspruch gewinnen, dann wird es beim Parken ja wohl nicht anders sein. Auch dem Antrag vom Arsim kann ich natürlich näher treten. Ich finde es

schön, dass wir jetzt auf einmal doch erkennen, dass der Parkplatzmangel, den ihr doch mit unterstützt, das muss man da schon auch ganz deutlich sagen, dass es sich doch negativ auf die Wirtschaft auswirkt. Die Daniela hat auch recht gehabt. Sie sagt, es geht einmal um ein Konzept, das ist richtig, aber sie hat selbst gesagt, auch in einem Beisatz, was könnte unser Beitrag sein. Ja, eben, es wird Geld sein und dementsprechend werden wir dann auch hoffen, dass dann bei den Budgetbeschlüssen auch Bereiche wie der Tourismus, die Wirtschaft oder auch weitergehend der Sport dann in Zukunft ein bisschen besser ausgestattet wird. Sehr interessant finde ich dann das Abstimmungsverhalten auch der Grünen. Denn du sagst, lieber Kollege Kozina-Voit, das Parkleitsystem ist eine Anreizschaffung für Menschen außerhalb von Graz, nach Graz reinzufahren. Also ich würde das ja begrüßen, ich hoffe, dass es so ist. Da stimmst du nicht zu, aber wenn wir beim Parkplatz dazuzahlen, was wahrscheinlich kein Anreiz ist, dort zu parken, da stimmt ihr dann doch mit, geht sich das für mich jetzt nicht ganz aus, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich werde beide Anträge unterstützen, weil sie beide gut sind und dementsprechend auch ausgearbeitet werden sollen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zu Wort hat sich Gemeinderat Hackenberger gemeldet. Zwei pro Fraktion.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, sehr geehrte Zuschauer und Zuhörer. Es ist mir ein Anliegen, auf diesen Vorwurf zu reagieren, weil angesichts dessen, dass die Uni beziehungsweise die Bundesimmobiliengesellschaft das vollkommen eigenständig ohne dazwischenfunken durch die Stadtregierung oder die zuständige Stadträtin erwogen hat, um es nachher wieder auch ohne dazwischenfunken der Stadt Graz aus Gründen abzusagen, die nicht bei uns gelegen ist und vor dem Hintergrund, dass das unverbindliche Angebot, was man uns gemacht

hat, € 50.000,00 pro Tiefgaragenplatz betragen hat, zu behaupten, dass die Grazer, die zuständige Grazer Stadträtin, das versemelt hat und wir ja eine wunderbare Tiefgarage dort hätten, das ist pure Demagogie und auf das sollten wir eigentlich hier in diesem Rahmen verzichten, weil das hat für niemanden einen Wert. Das hilft euch nichts und es gibt keinen Informationswert, was macht man mit sowas? Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir ab, über die beiden Anträge. Zuerst über den zuerst eingebracht von der ÖVP, wer ist für die Dringlichkeit des Antrags? Das ist einstimmig. Gegenprobe, einstimmig angenommen.

***Die Dringlichkeit des ÖVP-Antrages wurde einstimmig angenommen.***

Wir kommen zum zweiten Antrag der SPÖ. Wer ist für die Dringlichkeit des Antrags der SPÖ? Ebenfalls einstimmig. Gegenprobe, einstimmig angenommen. Beide.

***Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.***

Wir kommen zur Diskussion über die Inhalte der Anträge. Gibt es eine Wortmeldung?  
Bitte Herr Kollege.

Stadtrat **Riegler**:

Also, wir haben heute den 04. Juli 2024 und erstmals gibt es offensichtlich ein Bröckeln des kommunistisch-grünen-sozialistischen Linksblocks, denn ganz offensichtlich scheint jetzt die neue Führung der Grazer SPÖ unter der neuen Chefin Doris Kampus und

offenbar auch der Herr Toni Lang, sich durchgesetzt zu haben dahingehend, dass man sagt, ok, im Würgegriff dieser kommunistisch-grünen Regierung, über die Kronen Zeitung schreibt: „Grüne Politik mit Brechstange“, war gestern in der Zeitung, also dass das wahrscheinlich für die SPÖ nicht gesund ist auf Dauer, das ist ja natürlich klar und so gesehen, sehen wir jetzt am 04. Juli 2024 erstmals, dass das sozusagen der Steigbügelhalter, wie es die Frau Kampus in der Zeitung genannt hat, dass der Steigbügelhalter offenbar eigene Wege gehen möchte.

Interessanterweise sagt also die Frau Schlüsselberger, wir müssen also einen Zahler finden, also es soll nicht der Grundstückseigentümer zahlen, es soll nicht der Parkplatznutzer bezahlen, sondern es soll offenbar irgendeinen Dritten finden und es soll nicht der Steuerzahler sein, also irgendwer muss das zahlen. Das Interessante ist, und das würde ich übrigens auch ganz wichtig finden, das ist für die Menschen draußen sehr wichtig, was der Herr Hackenberger gesagt hat. Wir haben es jetzt erstmals auch auf Band, nämlich die BIG, ARE hat der Stadt Graz angeboten um € 50.000,00 pro Stück bauen wir euch Parkplätze. Die Stadt Graz hätte also die Möglichkeit gehabt, in der Gestalt dieser Koalitionsregierung den Menschen in der Harrachgasse, in der Goethestraße, in der Attemsgasse um € 50.000,00 pro Stück einen Stellplatz hinzustellen. Das wäre natürlich wesentlich teurer als die Oberflächenparkplätze, aber ihr wollt ja die Oberflächenparkplätze weg haben. Ihr habt ja damit geworben, dass das gewissermaßen euer politisches Anliegen ist und insbesondere deines, Judith, dass du eben möglichst viel Platz für Menschen schaffen möchtest und möglichst viele Autos von der Oberfläche wegtun möchtest. Ja, die Oberfläche neu verhandeln. Das heißt, das, was wir heute dank Herrn Hackenberger und dank der sonstigen Äußerungen zu diesem Thema erfahren haben, ist: Ok, es hätte die Möglichkeit gegeben, um € 50.000,00 pro Stück eben Stellplätze für das Viertel zu kaufen und die Frau Vizebürgermeisterin hat sich ganz dezidiert dagegen entschieden. Sie hat gesagt, nein, diese € 50.000,00 möchte ich nicht zahlen. Also dann bitte, Judith, dann verstecke dich jetzt nicht hinter der Uni oder hinter dem Herrn Rektor Riedler oder hinter der ARE oder der BIG, sondern sag einfach geradeheraus, jawohl, das ist mein politisches Ziel, das ist mein politisches Anliegen, ich möchte gar keine Parkplätze

finanzieren. Das wäre ehrlicher, als wenn du einfach sagst, die BIG und die ARE sind schuld.

Jetzt zum eigentlichen Thema: Ja, Herr Gjergji, ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie das aussprechen, was tatsächlich die Wahrheit ist. Die Unternehmen klagen darüber, der Knilli, dessen Niedergang wir jetzt miterlebt haben, das war ein Niedergang mit Ansage. Vor zwei Jahren saß ich noch mit der Geschäftsführerin von Knilli bei einer Pressekonferenz, wo sie gesagt hat, das wird ganz schwierig werden, wenn zwei Jahre lang der Joanneumring quasi zu ist, wenn dort nur mehr Staukolonnen stehen und wenn man links nicht einmal mehr parken kann. Das ist jetzt geschehen, das habt ihr mitzuverantworten, da hat es eben an der Bereitschaft gefehlt zu helfen. Wir haben als Fraktion zweimal Dringliche Anträge gestellt für Innenstadtpakete, ihr habt es abgelehnt und jetzt darf ich dir noch etwas vorrechnen, lieber Arsim. Ich habe mir das heute Vormittag zusammengerechnet. Es gibt in der Innenstadt 2.641 Stellplätze in den diversen Tiefgaragen. Nehmen wir einmal an, dass nur 10 % davon tatsächlich für solche Kaufbesuche gebraucht werden und dass jede Parkeinheit für einen Kauf, sagen wir einmal, drei Stunden dauert, dann brauchen wir ca. 800 Stunden pro Tag. Wenn wir jetzt nur 2,- Euro dazuzahlen wollen als Steuerzahler aus dem Steuerbudget zu dieser Parkgebühr von 3 Stunden mal 4,50 Euro, dann kommen ca. € 1.600,00 pro Tag zustande. Das tun wir natürlich jetzt nicht durch 365 nehmen, sondern nur einmal 200 Werktagen. Dann kommen wir plus-minus auf einen Betrag von circa € 320.000,00. Und da würde ich jetzt wirklich dann bitten, dass die SPÖ, die ja in der Koalition gemeinsam dann zu entscheiden haben wird, ob sie tatsächlich dem Doppelbudget zustimmt, ob sie bereit sein wird, dann im Herbst, wenn es tatsächlich um die Wurst, ums Budget geht, € 320.000 bis € 400.000 zu dotieren, zusätzliche Mittel für eine Förderung nach dem Modell Arsim Gjergji und SPÖ. Bitte um Ihre Zustimmung, dass wir dieses Budget bekommen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Liebe Damen und Herren, liebe Regierung. Zuerst die tatsächliche Berichtigung: Wenn man Zeitung liest, es hat nicht die Doris Kampus das hineingebracht, sondern der Herr Anton Lang, und nicht irgendwelche anderen Sachen bitte da erzählen, also wenn man schon eine Zeitung liest, dann bitte dann ordentlich und dann auch bitte so wiedergeben. Meine Frage geht, vielleicht kann es der Herr Wirtschaftsstadtrat beantworten, die Firma Kastner und Öhler, wie es ausgeführt wurde, bietet eine Tiefgarage an und wenn ich dort einkaufe, bekomme ich so quasi einen Gutschein für die Parkdauer von bis. Zahlt die Stadt hier etwas dazu? Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Das fällt mir wirklich schwer, geschätzter Herr Stadtrat Riegler, werte Kolleginnen und Kollegen, ganz ehrlich, diese Polemik, die du an den Tag legst und du bist eine wirtschafts- und finanzaffine Person, wenn du erstens vermischt, dass die BIG ARE ihre eigene Etage für ihren eigenen universitären Forschungsbetrieb von sich aus abgesagt hat, vermischt du mit der Absage der Stadt an ein Projekt, wo der einzelne Stellenplatz € 50.000,00 wertgesichert auf die übliche Abschreibungsphase von 20 oder 25 Jahren, das kann man dann noch ausmachen, sollen mehr oder weniger sein, wenn wir das nicht nehmen. Warum haben wir es nicht genommen? Weil, wenn wir das umlegen auf die Anwohnerin, auf den Anwohner, der vielleicht diesen Parkplatz interessieren halber sich angeschaut hätte und mieten hätte wollen, dann hätte der plus minus 200 Euro, ebenfalls wertgesichert, pro Monat zu bezahlen gehabt. Es war niemals gedacht als Zuschuss- und Geschenksmodell durch die Stadt Graz. Das kann man nicht darstellen, auch wenn ihr manchmal so tut, als ob es so wäre, aber angeblich seid ihr die Wirtschaftspartei.

Des Weiteren ist es ja schon dargestellt, Arsim Gjergji verfolgt ja nicht das Ziel, dass die Stadt hier diese Bonussystematik übernimmt, sondern dass der Herr Wirtschaftsstadtrat, Dr. Günter Riegler, sich dementsprechend befasst und Betriebe, Unternehmen gewinnt, Filialisten gewinnt, die bei diesem Bonussystem mitmachen und dazu auch mit den Park- und Garagenbetreibern spricht. Ebenso, und deswegen stehe ich eigentlich da, würde ich meinen, dass ein Parkleitsystem auf Basis der Garagen- und Parkplatzanbieter:innen auch etwas ist, und auch andere Städte belegen und beweisen das, dass eigentlich von Wirtschaftsresort aus mit den Wirtschaftsunternehmen, die diese Parkgaragen, diese Stellplätze betreiben, die gehören uns ja nicht, mit diesen ausverhandeln, auch unter Zuhilfenahme und Unterstützung, Vermittlung der entsprechenden Fachgruppe aus der Wirtschaftskammer beziehungsweise der Wirtschaftskammer Graz selbst. Das wäre zumindest das Ziel, zumindest auf dieser Ebene webbasiert, ein Informationssystem zum Beispiel anzubieten, damit Menschen, die keine andere oder subjektiv zumindest keine andere Möglichkeit sehen, als so in die Stadt zu kommen, wissen, wo, in welcher Garage ein freier Platz ist. Wir haben bis dato keinen Zugriff auf die Auslastungsdaten der Garagenbetreiber. Ich denke, wenn Wirtschaftskammer, Fachgruppe miteinander diskutieren und du dich da bitte einbringst, dass das vielleicht funktionieren könnte, und dann hätten wir alle einen Vorteil daraus, deswegen der

### **Abänderungsantrag**

zum Dringlichen der lieben Clubobfrau Gmeinbauer, dass du, lieber Herr Wirtschaftsstadtrat, ersucht wirst, mit Unternehmen Gesprächen aufzunehmen, die in der Stadt Graz und insbesondere im Nahebereich der Grazer Innenstadt private Kfz-Stellplätze, Parkgaragen, Parkhäusern usw. zu entgeltlichen Nutzung anbieten. Dabei sollen nach Wegen und Lösungen gesucht werden, wie den PKW-Lenkern mittels einer allgemein zugänglichen Internetapplikation etwa, die Anzahl freier Stellenplätze in privaten Garagen- und Parkplatzanlagen in Echtzeit zur Verfügung gestellt werden kann. Das Konzept soll, wie von Gmeinbauer vorgeschlagen, im November im Gemeinderat präsentiert werden. Danke.

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Der Dringliche Antrag soll wie folgt abgeändert werden: Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit Unternehmen Gespräche aufzunehmen, die in der Stadt Graz und insbesondere im Nahbereich der Grazer Innenstadt private Kfz-Stellplätze in Parkgaragen und Parkhäusern zur allgemeinen entgeltlichen Nutzung anbieten. Dabei soll nach Wege und Lösungen gesucht werden, wie den PKW-Lenker:innen mittels einer allgemein zugänglichen Internet-Applikation die Anzahl freier Stellplätze in privat betriebenen Garagen- oder Parkplatzanlagen in Echtzeit zur Verfügung gestellt werden kann. Das Konzept ist dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im November 2024 zu präsentieren.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Wagner.

Gemeinderat **Wagner:**

Lieber Herr Lenartitsch, du hast mich doch noch zu einer kurzen Wortmeldung hingerissen, nachdem du die Fragestunde noch einmal ausgerufen hast und Herrn Stadtrat Riedler befragt hast, dann eine Frage auch an dich: Dem Beispiel Kastner und Öhler folgend, ist es den Betrieben in der Innenstadt jetzt verboten, Parkplätze ihrer Kunden zu bezuschussen oder zu bezahlen? Ist das nicht erlaubt momentan, wenn ein Unternehmer heute hergeht und freiwillig das Parken bezuschussen oder bezahlen will für seinen Kunden? Das ist wahrscheinlich erlaubt. Also, ich kenne das aus meiner eigenen Situation. Ich komme aus dem KFZ-Bereich. In Stoßzeiten habe ich das Problem genauso gehabt. Und wenn der Kastner und Öhler das freiwillig macht, dann ist das eine sehr schöne Sache, hat aber mit dem Gesamtkonzept sehr wenig zu tun. Und das kann man somit nicht vergleichen. Denn freiwillig kann es jetzt ja auch jeder. Dann würden wir ja dem Antrag nicht zustimmen oder nicht brauchen, weil den brauchen wir sehr wohl und da brauchen wir ein ganzes Konzept.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Stücklschweiger.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Lieber Manuel, ich möchte noch einmal auf deine Wortmeldungen eingehen, weil du gesagt hast der Kastner und die Tiefgarage und dass der Kastner das bezuschusst. Das kannst du überhaupt nicht vergleichen mit der Idee, die der Arsim eingebracht hat. Der Kastner profitiert von jedem, der dort parkt und der dort einkaufen geht. Und dann ist das ja wohl nachvollziehbar. Es ist aber schon ein Unterschied, ob ich jetzt 20 unterschiedliche Unternehmen brauche, mit denen ich mich abstimmen muss, und mit denen ich dann irgendwo ein Abrechnungssystem finden muss, das irgendwo gut funktioniert. Wie soll das funktionieren, wenn ich im Unternehmen A € 100,00 ausbebe, im Unternehmen B € 50,00 ausbebe, im Unternehmen C nur € 10,00 ausbebe? Das Abrechnungsmodell, und das habe ich vorher gemeint, dafür sind finanzielle Mittel von Nöten. Dieses Abrechnungssystem muss entwickelt werden, dafür braucht man ein digitales System. Das steht doch außer Frage, da kann man nicht mit Gutscheine und mit Zetteln herumlaufen, sondern dafür braucht es eine digitale Plattform, damit das auch für alle Unternehmen und Unternehmerinnen fair vonstattengehen kann. Und dann kommt noch dazu, dafür wird man Geld brauchen. Jeder, der schon einmal eine digitale Applikation entwickelt hat, weiß, dass das nicht unter Sechstellig möglich ist. Dann auf der anderen Seite weiß ich jetzt auch nicht, ob jeder Tiefgaragenbetreiber so erfreut sein wird, wenn er sich überhaupt mit solchen Themen auseinandersetzen muss. Die möchten einfach nur volle Tiefgaragen haben.

*Zwischenruf*

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Ja, warum nicht? Warum nicht, weil ihr es zugesperrt habt. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich muss nur noch zu Protokoll geben: Die Gemeinderätin Hannah Vogel musste nach Hause gehen aus Krankheitsgründen.

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Kollege Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Danke zunächst, ein Punkt, den wir außer Streit stellen können, Karl, das ist durchaus richtig, wenn du das umrechnest, was ein Kaufstellplatz auf Monatsmiete umgerechnet bedeutet, ja, das ist genau der Punkt. Du zahlst für einen Oberflächenstellplatz, wenn du zum Beispiel in der blauen Zone, etwa in der Alberstraße, wo jetzt dann wieder 20 Parkplätze vernichtet werden, wenn du dort zum Beispiel an der Oberfläche parkst, zahlst du ca. € 200,00 in zwei Jahren für eine Erlaubnis, einen Oberflächenparkplatz zu benutzen. Für dieselbe Möglichkeit zahlst du € 200,00 pro Monat. Ja, du hast vollkommen recht, Karl, das ist leider sehr teuer. Deswegen muss man, glaube ich, den Leuten ganz, ganz ehrlich sagen und du hast das mit einer unglaublichen Ehrlichkeit gesagt: Ja, die Grünen in Graz wollen haben, dass du statt eines 200,- Euro Oberflächenparkplatzes, der dir halt nur € 200,00 in zwei Jahren kostet, dass du € 200,00 pro Monat zahlen sollst, wenn du gerne mit einem Auto in der Innenstadt leben möchtest. Das muss man halt einfach sagen, da bitte, seid ihr dann so ehrlich. Aber ich stimme dir zu, ja, und jede weitere Maßnahme, die die Frau Schwentner macht in unserem Leonhard-Viertel, führt dazu, dass der Wert der Parkplätze immer noch und noch steigt, weil klarerweise, Verknappung des Angebots führt zu Preissteigerungen.

Herr Lenartitsch, Sie haben da jetzt einen rhetorischen Kniff, so wie bei manchen amerikanischen Gerichtssaalfilmen, gespielt: „Ja, jetzt frage ich Sie etwas“. Es ist richtig, dass man beim Kastner und Öhler dann nichts zahlt, wenn man beim Kastner und Öhler einkauft. Aber alle anderen Innenstadtbetriebe haben ja keine eigene Garage. Das heißt, wenn Sie jetzt beim Schullin oder bei irgendwem anderen etwas einkaufen wollen, dann haben Sie aber keinen Garagenplatz irgendwo in einer eigenen

Schullingarage. Das heißt, natürlich ist ja das Ziel des Antrags von Herrn Gjergji ja geradezu, oder sonst habe ich es nicht verstanden, dass ich eben mit den Unternehmen der Innenstadt einen Modus finde, einen sozusagen multilateralen Vertrag, wo alle irgendwie etwas einzahlen, damit irgendwer dann etwas erstattet bekommt. Also natürlich ist es so, dass es nur entweder der Steuerzahler, also sprich eben das Wirtschaftsbudget, sein kann, dass ein Zuschuss erfolgt, zum Beispiel zwei Euro pro Stunde, wenn man etwas gekauft hat, oder ansonsten müsstest du alle Unternehmer der Innenstadt dafür begeistern, dass sie sagen, zahlen sie jetzt pro Stunden, wenn bei ihnen jemand einen kleinen Braunen trinkt, Herr Gjergji, dann zahlen sie zwei Euro zu seinem Tiefgaragenplatz dazu. Wollen Sie das? Das können Sie ganz einfach jetzt dann beantworten, dann haben wir das Problem nämlich gelöst, also wenn Sie selbst als Unternehmer dann den Tiefgaragenplatz zahlen wollen, dann ist es kein Problem, dann brauchen wir kein zusätzliches steuerliches Budget.

Letzter Punkt, Internetapplikation: Das ist lieb, dieser Zusatzantrag, ich habe allerdings die Waage auf Einschätzung und diese Einschätzung teilen viele, dass niemand, wenn er jetzt in Hausmannstätten wohnt und in Graz etwas einkaufen möchte, dann mit dem Handy in der Hand jetzt auf einer Internetapplikation sucht, wo da jetzt ein Parkplatz ist. In Wahrheit gibt es ca. 10 oder 12 Tiefgaragen in Graz. Jeder, der einmal schon in Graz war, kennt die. Und das wäre eigentlich das Informationsinstrument, wenn an den Stadteinfahrten in der Hötzendorf-Straße und in der Weinzöttlstraße, wenn dort die große Tafel wäre, dass man sehen würde: Kunsthausgarage 20 Plätze frei, Kastner und Öhler-Garage 150 Plätze frei. Das wäre eine Information. Ob man diese gleichwertige Information auch über eine Internetapplikation sinnvollerweise, bereitstellen muss, wage ich zu bezweifeln, aber darüber können wir diskutieren.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Huber.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt schon noch einmal die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass jetzt leider Gottes durch die Zusammenlegung der beiden Anträge das passiert ist, was nicht passieren hätte sollen, dass eigentlich nur über einen Antrag diskutiert wird und der wirklich gut ausgearbeitete Antrag meiner Clubobfrau Daniela Gmeinbauer, eigentlich eher links liegen gelassen wird und gar nicht mehr diskutiert wird. Ich glaube, das ist halt nicht Sinn und Zweck eines Dringlichen Antrages. Deshalb möchte ich hier schon noch einmal die Vorteile unseres Antrages herausarbeiten. Ein gut ausgebautes Parkleitsystem, wie es meine Kollegin vorschlägt, reduziert die Luftschadstoffe, würde den Lärm reduzieren, schont die Nerven von den Parkplatzsuchenden und ist ein gutes System für unsere Innenstadtwirtschaft. Und ich glaube, dem kann man durchaus etwas abgewinnen. Deshalb bitte ich hier wirklich um breite Zustimmung, weil man halt auch ehrlicherweise sagen muss, Karl, eine App ist eine nette Idee, aber allein die Kosten für die Herstellung sind ein Wahnsinn und in Wahrheit für ältere Personen, für die Touristen oder eben, wie es der Günter Riegler gesagt hat, wenn einer aus Hausmannstätten hineinfährt, das ist wirklich unpraktisch. Bitte gehen wir den einfachen Weg unseres Parkleitsystems. Ich glaube, das wäre eine gute Lösung für alle Beteiligten. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Ram.

Gemeinderat **Ram**:

Ich wollte eigentlich nichts sagen zu diesem Antrag, und ich werde mich auch relativ kurzhalten. Da wird jetzt sehr viel diskutiert, da wird sehr viel vermischt und wird gesagt: „Ok, gute Idee“, „Schlechte Idee“, „Brauchen wir nicht, ist total kompliziert“, „App ist blöd“, aber lieber tun wir große Tafeln irgendwo aufstellen, was sicher auch

ganz billig sein wird. Ich glaube, wenn man aus dem Ganzen ein wenig die Emotionen rausnimmt und ein wenig das rausnimmt, wer welche Idee gehabt hat, glaube ich, dann können wir alle dem etwas abgewinnen.

Erstens einmal, ich glaube, man muss schauen, ob das ein gutes System ist, aber das, was der Kastner tut, dass er eine Tiefgarage hat, dass er dafür einen Rabatt gibt, ich glaube, das ist ein funktionierendes und sehr erfolgreiches Modell, kann man das auf die gesamte Innenstadt ausweiten, auf alle Tiefgaragen. Ich glaube, es ist definitiv gut, dass man sich das anschaut und untersucht, ob das möglich ist. Ich glaube, genau in diese Richtung geht dieser Antrag und da brauchen wir noch gar nicht diskutieren, machen wir das digital, schafft man es vielleicht, dass alle Unternehmen sagen: „Ok, abhängig von meinem Umsatz zahle ich einen kleinen Beitrag und dann machen wir das möglich“. Ich weiß es nicht, man muss es ausprobieren und das glaube ich, sollten wir tun. Und genau das wollte ich jetzt eigentlich dazu sage: Ich glaube, es ist nicht notwendig, dass wir uns gegenseitig immer einfach alles vorwerfen, wie idiotisch das alles ist. Wir können gegenseitig versuchen, vielleicht gute Ideen aufzunehmen und auch gemeinsam diskutieren, was funktionieren könnte. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Einen Redebeitrag. Nein, ihr habt schon vier, ich habe mitgezählt. Von der ÖVP gab es schon vier Redebeiträge, zwei pro Fraktion.

Zwischenruf:

Zwei pro Gemeinderat.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Entschuldigung, jetzt bin ich schon komplett verwirrt. Bitte. Aber es ist nicht das Schlusswort. Ich habe mich nur verzählt.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Ich würde gerne bei meinem Vorredner anschließen, der ein bisschen die Emotionen rausgenommen hat. Vielen Dank, weil das eine ja das andere nicht ausschließt, aber, und da muss ich schon eines sagen, wir müssen einmal schauen, dass wir die Unternehmerinnen und die Unternehmer, die wir noch aktiv haben, halten können. Dazu braucht es einmal eine Kaufkraft in der Innenstadt. Und dass die Kaufkraft in die Innenstadt kommen kann, egal jetzt ob mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Fahrrad oder mit dem Privat-PKW. Man braucht halt einen Platz, und damit sie diesen Platz auch finden, ob jetzt mit dem Fahrrad, weil auch über Fahrrad-Abstellplätze sollten wir wieder einmal reden, oder für den PKW. Und da rede ich jetzt nicht nur für die, die einkaufen kommen wollen mit dem Auto, sondern auch unsere touristischen Gäste, die vielleicht auf der Durchfahrt sind oder hier ihren Urlaub verbringen in der Steiermark und die Landeshauptstadt besuchen.

Und zum dynamischen Parkleitsystem möchte ich schon noch auch einbringen, liebe Frau Vizebürgermeisterin, man kann auch am Stadtrand mit diesem Leitsystem anfangen und auch Park-and-Ride-Übersicht mit einbringen, damit man die Herrschaften mit dem Auto vor den Toren der Stadt lässt, bei Park-and-Ride einbiegen lässt, sie dort abstellen lässt und dann mit dem Öffi-Verkehr in die Innenstadt bringt. Auch das wäre eine Möglichkeit, damit dieses dynamische Parkleitsystem einen Mehrwert hat. Und wenn hier jetzt dann gesagt wird, der Suchverkehr wird verdrängt, weil dann ersichtlich ist, dass eine Tiefgarage zu ist und man wo anders hinfahren muss, und dass man das ja jetzt sieht bei unseren Begegnungszonen, da haben wir auch verdrängt. Ja sicher haben wir verdrängt, aber in anderen Gassen staut es deswegen, weil wir halt suchen ohne Anzeige und nicht wissen, wo wir einen Parkplatz finden und von daher möchte ich wirklich sagen, man kann auch mit den Unternehmerinnen und Unternehmern über eine Zuzahlung zur Umsetzung reden, aber jetzt brauchen wir niemanden fragen, ob irgendjemand nur einen Euro zu einer Stunde Parken in der Innenstadt dazuzahlt, weil sie haben alle Umsatzeinbußen die letzten zwei Jahre erfahren, sind nicht zum Zug gekommen, weil ihr die zukünftige Wirtschaftsförderung für Umsatzeinbußen auch gekappt habt, weil ihr Abstandsregeln

zu einer Baustelle gemacht habt in den Förderrichtlinien und von daher plädiere ich noch einmal, suchen wir Gelegenheiten, dass wir die Innenstadt bitte dynamischer gestalten. Und wenn es nur unter Anführungszeichen ein Parkleitsystem ist, dann, lieber Kollege von der SPÖ, dann gehe ich gerne mit dir zu den Innenstadtkaufleuten. Dann können wir darüber reden, ob sie bereit sind, etwas dazu zu zahlen, wenn wir versichern können, dass unsere Kundinnen und Kunden in die Innenstadt kommen und vielleicht auch den einen oder anderen Parkplatz finden. Und dann vielleicht noch durch ihren Einkauf eine Unterstützung geben. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. War das das Schlusswort jetzt für dich oder möchtest du noch einmal etwas sagen?

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Ja, ich hätte noch einen Satz. Es gibt ein schönes Beispiel in Salzburg. Wenn man dort in der Innenstadt einkauft, dann gibt es das sogenannte Lochsystem. Das heißt, ab einer gewissen Größenordnung deines Einkaufs kriegst du pro Parkschein ein Vergütungslocherl. Das ist nichts anderes, wie so eine komische Zwickermaschine an der Kassa von den Unternehmerinnen und Unternehmern, die dann deine Karte dort halt einfach locht und mit dieser Vergütung hast du dann eben eine Stunde Parken gratis für das, was du in der Salzburger Innenstadt eingekauft hast. Also man kann schon auch noch Systeme nutzen, die nicht viel kosten, aber für die Innenstadt ein Mehrwert sind und für die Kundinnen und Kunden auch Freude bereiten können. Danke.

Gemeinderat **Gjergji:**

Ich muss ehrlich sagen, zwei super Anträge, ich bin für beide, ich finde das super. Was ich halt schon ein bisschen jetzt übertrieben finde, muss ich ehrlich sagen, finde ich die Diskussion zum Teil, ehrlich. Es ist jede Diskussion erlaubt, deswegen sind wir hier. Aber jetzt versuche ich einmal nicht Politiker hier vor euch zu sein, sondern nur Unternehmer. Und wenn ich mir denke, zwei Anträge, wo wir darüber reden, jetzt in dieser Situation Unternehmerinnen und Unternehmern entgegenzukommen, wo wir mit Geschichten jetzt miteinander diskutieren. Ja, wer stellt den Antrag, wer zahlt, wer tut sonst irgendwas? Ganz ehrlich, mir sind diese Unternehmerinnen und Unternehmer sehr wichtig, aber wirklich sehr wichtig, weil ich das jeden Tag dort erlebt habe, weil ich jeden Tag gesehen habe, dass sie leiden. Und da sage ich, meine Antwort ist, was können wir tun und das tun wir. Packen wir an und wie wir das dann hinkriegen gemeinsam, das ist für mich der Zugang und nicht, dass wir da schauen, wer wem eine einreibt und wer bei welchem Antrag nicht mitgestimmt hat. Weil ich glaube, das interessiert draußen keinen Menschen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Anträge. Zuerst über den Abänderungsantrag der Grünen zum Dringlichen Antrag von Clubobfrau Gmeinbauer. Wer ist für diesen Abänderungsantrag? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe. Der Abänderungsantrag ist angenommen, gegen die Stimmen der ÖVP, der NEOS, der KFG, der FPÖ und Gemeinderat Eustacchio.

***Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich (18:14) angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

Das heißt, der eigentliche Antrag erübrigt sich. Wir kommen zum zweiten Dringlichen Antrag der SPÖ. Wer ist für diesen Dringlichen Antrag? Das ist die Mehrheit.

Gegenprobe. Gegen die Stimmen der NEOS und der ÖVP. Herr Polz, stimmt es? Passt.  
Angenommen gegen die Stimmen der NEOS und ÖVP.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag " Petition für eine bundesweite  
Regelung von Leistungen aus der Behindertenhilfe für ukrainische Familien ",  
eingebracht von Gemeinderat in Ungarn.

#### **9.4 Petition für eine bundesweite Regelung von Leistungen aus der Behindertenhilfe für ukrainische Familien**

**(Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Unger, ÖVP)**

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Das Thema der Ukraine hat uns ja in den letzten Jahren sehr oft beschäftigt. Wir haben hier im Gemeinderat ja die eine oder andere hitzige Diskussion geführt, auch mit recht unerfreulichen Sachen zwischendurch, wenn ich an den Anfang erinnern darf, wo es um das Verhältnis gegangen ist von gewissen Leuten, was die Aktivitäten im Donbas und ähnliches mehr anbelangt, höchst unerfreulich. Erfreulich ist, dass ich zumindest die drei, die Zuhören, denen würde ich das gerne erzählen. Vorsitzführung, darf ich um Ruhe bitten? Nicht von euch, sondern von da. Erfreulich ist, dass die Zivilgesellschaft, aber Gott sei Dank auch die Stadt Graz zahlreiche Schritte gesetzt hat in der Zwischenzeit um den Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, entsprechend zu helfen. Ich möchte einen Kollegen aus unseren Reihen eigentlich einmal hier erwähnen, nämlich den Herrn Brandmüller Sascha, den glaube ich alle kennen, der sehr initiativ ist, mit einigen Privatinitiativen.

Ich glaube, er ist jetzt gerade nicht im Saal, aber das ist, glaube ich, auch einmal erwähnenswert, was er da alles leistet.

Auf alle Fälle sind seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022 viele Menschen aus der Ukraine und in Nachbarländer und auch nach Österreich geflüchtet. Sie haben hier mittels Verordnung der Bundesregierung ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht bekommen und führen sozusagen den Aufenthaltstitel als Vertriebene. Das heißt, sie sind auch in der Grundversorgung. Das sind in Österreich über 40.000 Menschen und rund 8.000 davon sind in der Steiermark aufhältig. Es gibt entsprechende Anspruchsvoraussetzungen für eine Hilfeleistung, unter anderem auch nach dem steiermärkischen Behindertengesetz. Das ist ein Anliegen, das ab und zu unterm Radar bleibt, weil ja doch auch Menschen kommen, die einen entsprechenden Sonderbedarf an Unterstützung haben, der in diesem Fall eben nicht gedeckt ist, weil dafür gewisse Voraussetzungen unter anderem, wie dass man eben von der Staatsbürgerschaft her dem entsprechenden europäischen Wirtschaftsraum angehört oder der Schweiz. Da gibt es eben, was das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz anlangt, einige besondere Paragraphen, die zu berücksichtigen sind. Das kann man bitte im Antragstext nachlesen, die werde ich hier jetzt nicht noch einmal besonders ausführen. Aber es ist eben so, dass hier die Menschen, die den Titel als Vertriebenen tragen, auf Anspruch, auf Leistungen aus dem Behindertengesetz ausgeschlossen sind. Das bedeutet eben, dass das nicht nur die Leute natürlich in der Steiermark betrifft, sondern auch in Österreich, egal in welchem Bundesland sie leben, die eben in der Grundversorgung aufhältig sind. Das bedeutet unter anderem, dass Leistungen wie ein Gebärdendolmetscher, Frühförderung, Schulassistenten oder Familienentlastung nicht möglich sind, obwohl in diesem Bereich oft der Bedarf besteht. Meine Erfahrung mit Freunden und Freundinnen aus der ukrainischen Community ist, dass es eben auch ein sehr großes Engagement dieser Community hier in Graz gibt. Sehr viele Menschen, die sich sehr engagieren, sich auch bemühen Teil der Gesellschaft hier zu sein, viele Akzente setzen. Dementsprechend ist es höchst bedauerlich, dass gerade das eben einige Menschen ausschließt, die einen besonderen Bedarf haben, weil die natürlich auch immer mit Kosten verbunden sind.

Es geht darum, dass das mit einer einheitlichen Rechtsprechung und einer gesetzlichen Lösung irgendwie zu einem besseren Ende geführt wird. Aus diesem Grund möchte ich namens des ÖVP Gemeinderatsclub folgenden

**Dringlichen Antrag**

stellen: Der Grazer Gemeinderat ersucht auf dem Petitionsweg Herrn Minister Johannes Rauch, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die gesetzlichen und formalen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gemäß dem Motiventext betroffene Ukrainerinnen und Ukrainer künftig bundesweit Leistungen aus der Behindertenhilfe erhalten können. Ich bitte um Annahme. Danke.

**Originaltext des Dringlichen Antrages:**

*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**Dringlichen Antrag:**

*Der Grazer Gemeinderat ersucht auf dem Petitionswege Mag. Johannes Rauch, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die gesetzlichen und formalen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gemäß dem Motiventext betroffene Ukrainerinnen und Ukrainer, künftig bundesweit Leistungen aus der Behindertenhilfe erhalten können.*

**Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.55 Uhr)**

Gemeinderat **Ulrich:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe alle, der Krieg ist immer eine Niederlage des menschlichen Geistes. Er führt zu Verrohung, Tod, Not und Elend, und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist dahingehend

natürlich keine Ausnahme. Was bedeutet Krieg für Menschen mit Behinderung? Er ist für Menschen ohne Behinderung schon eine furchtbare Katastrophe. Er führt halt dazu, dass Menschen, die besonders vulnerabel sind, teilweise - natürlich nicht immer, aber besonders betroffen sind. Wir können uns das nur im Entferntesten ausmalen, was es bedeutet, mit einem Rollstuhl einen Luftschutzbunker aufzusuchen. Was es bedeutet, Menschen mit Lernschwierigkeiten die Thematik näherzubringen überfallen zu werden. Was das mit Sinnesbeeinträchtigten macht, diese Qual.

Wir haben am Anfang dieser Legislaturperiode, am 22.9.2022, zum ersten Mal in diesem Gremium über das Thema geredet. Meine damalige, jetzt Ex-Kollegin, die Manuela Wutte, hat in einer Fragestunde zum ersten Mal das Thema eingebracht. Es folgten viele Gespräche auch zwischen dir und mir, Kurt, auf Augenhöhe, sehr bemühte Gespräche. Du hast damals auch in der Anfrage Beantwortung von der Manuela gemeint, dass die Soziallandesrätin Kampus einen Sondertopf eventuell einrichten wird. Wir sind da nie ganz durchgedrungen. Wir haben, und ich gehe einmal davon aus, dass das dich auch betrifft, lieber Herr Stadtrat, wir haben nach wie vor das Problem, dass sich wöchentlich Menschen melden, Betroffene, und zwar bei der Behindertenanwaltschaft, bei der Behindertenhilfe, im Bürgermeister:innenamt. Die Kollegin Heide Bekhit kann ein Lied davon singen, und ich gehe davon aus, auch bei dir. Wir haben die Situation, dass Familien, die zu uns geflüchtet sind, aufgrund der Situation, dass ihre Kinder eben nicht ins Betreuungsverhältnis übergehen können, auch die Situation, dass ihr Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Erst letzte Woche habe ich mit einer Ukrainerin telefoniert, die ist Dolmetscherin, die würde, kann, möchte arbeiten, ihr Kind braucht aber eine ständige 1 zu 1 Betreuung. Wie meine Vorrednerin, die Claudia, gesagt hat, wir haben als Republik Österreich und als Stadt Graz unseren Teil dazu beigetragen. Wir haben sehr vielen Menschen aus der Ukraine geholfen, aber jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es darum, eine Lücke zu schließen. Deutschland hat im Jahr 2022 eine eigene Kontaktstelle für geflüchtete Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige aus der Ukraine eingerichtet. Das Europäische Behindertenforum und die Christoffel-Blindenmission arbeiten auch schon seit 2022 an einem Projekt für Hilfe und Unterstützung dieser Menschen. Ich

persönlich weiß von Vereinen und Trägern, die ebenfalls in den vergangenen Jahren bereits vor allem Kinder auf eigene Kosten mitbetreut haben. Auch aus meiner Berufsgruppe der Behindertenbetreuerinnen und -betreuer gab es diverse individuelle Unterstützungsleistungen, natürlich aus Privatinitiative. Dann kommt noch zuletzt, unzählige Menschen aus der Zivilgesellschaft, haben ebenfalls Hilfestellungen geleistet. Und weil ein Großteil dieser Republik oder weil wir alle eigentlich unsere Hausaufgaben bereits erledigt haben, ist es nun auch Zeit oder die Politik gefordert, in dem Fall ein bisschen aus diesem Dornröschen-Schlaf aufzuwachen und nachzuziehen. Deshalb, liebe Claudia, wir werden deinen Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt voll unterstützen. Ich bin dir sehr dankbar, dass du diesen Antrag gestellt hast. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen im Saal um breite Zustimmung, das Thema wichtig ist. Danke.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (19.00 Uhr)***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich übernehme den Vorsitz wieder und darf um weitere Wortmeldungen ersuchen.  
Bitte Kollegin Zeynep Aygan-Romaner

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer, liebe Claudia, ich danke dir für deinen Antrag. Voraus möchte ich sagen, der Dringlichkeit sowie dem Inhalt werden wir voll zustimmen. Ich möchte aber noch ein paar Worte dazu sagen. Prinzipiell sollten sowieso alle Menschen mit Behinderung, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, Zugang zu den Leistungen nach dem Behindertengesetz bekommen. Dass Menschen mit Behinderung und ihre Familien Unterstützung bekommen, um ihren Alltag meistern zu können, sollte als Menschenrecht verstanden

werden und außer Frage stehen. Natürlich wäre eine bundesweit einheitliche Regelung dazu wichtig und sinnvoll. Bei Bundesminister Rauch rennen wir damit ganz sicher offene Türen ein. Es liegt jedoch, wie bei allen landesgesetzlich unterschiedlich geregelten Materien, eben auch und vorrangig an den Ländern, einer bundeseinheitlichen Regelung zuzustimmen. Ich sage nur Föderalismus. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass das Land Steiermark selbstständig die Möglichkeit hat, Ukrainer:innen als Anspruchsgruppe in das steiermärkische Behindertengesetz aufzunehmen, damit auch sie Zugang zu den Leistungen haben. Wir Grünen haben dazu, bzw. die Landesgrünen haben dazu mehrfach Anträge im Landtag gestellt. Diese wurden jedoch allesamt abgelehnt. Das ist zu bedauern. Wäre eine schnelle Möglichkeit gewesen, den Betroffenen und ihre Zahl ist wirklich überschaubar, rasch Hilfe zukommen zu lassen. Nichtsdestotrotz sind wir natürlich sehr dankbar für diesen Antrag. Noch einmal danke, Claudia. Der Dringlichkeit sowie dem Inhalt werden wir zustimmen und ich bitte auch alle anderen zuzustimmen. Danke sehr.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, ich glaube, dann werden wir gleich abstimmen. Wir sind jetzt beschlussfähig. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist bis auf Herrn Gemeinderat Eustacchio sonst angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen Eustacchio).***

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier das Wort? Herr Stadtrat Hohensinner bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:

Zu dem, was von der Grünen Fraktion gekommen ist, kann ich nur volle Zustimmung geben. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder über den Bund oder dass das Land Steiermark das selbst regelt. Ich habe sehr oft auch – das hat der Philipp Ulrich auch erwähnt – mit der Doris Kampus geredet. Es wäre auch möglich, dass die Soziallandesrätin hier aktiv wird. Wie auch immer, bei uns werden sehr viele Familien vorstellig und da müssen wir jetzt wirklich einmal eine Lösung finden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Unger, zum Schlusswort.

Gemeinderätin **Unger**:

Herzlichen Dank für die positiven Wortmeldungen. Es sind die zwei wichtigen Dinge schon erwähnt worden. Der Bedarf ist messbar, es sind einfach viele, die das brauchen. Das zweite Argument, Menschen, die durch die Kriegssituation traumatisiert worden sind und zusätzlich mit dem Thema Behinderung betroffen sind, selbst oder durch Familienangehörige, bedürfen einer besonderen Berücksichtigung. Das ist schon, wenn man nicht in einer Kriegssituation ist, schwer genug. Eine einheitliche Regelung, die da eine angemessene gute Hilfe einfach sicherstellt und auch zu einer besseren Integration in die verschiedensten Settings beiträgt, ist aus meiner Sicht angezeigt. Das ist gut investiert und ich danke jetzt schon, nachdem sich eine breite Zustimmung abzeichnet, für das Wohlwollen. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Inhalt dieses Antrags? Gegenprobe ist wieder eindeutig mehrheitlich angenommen gegen Herrn Gemeinderat Eustacchio.

***Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen Eustacchio).***

Als nächste Antragstellerin darf ich bitten, Frau Gemeinderätin Zeynep Aygan-Romaner. Sie stellt den Antrag für einen verbesserte Vollzug der Leerstandsabgabe.

## **9.5 Verbesserung des Vollzugs der Leerstandsabgabe**

**(Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Aygan-Romaner, Grüne)**

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuhörer:innen, liebe Kolleg:innen, liebe alle, wir haben heute schon mehrfach direkt und indirekt über das Wohnen und die Wohnungen in Graz geredet, einerseits schon beim STEK, dass die Wohnpreise in die Höhe gehen, dass das für die Stadt Belastungen bedeutet, etc. Ein Thema, das auch direkt mit dem Wohnbau und dem Wohnen in Graz zusammenhängt, ist der Leerstand und die Leerstandsabgabe und Leerstandserhebungen. Vielleicht ein bisschen ausholend, Zweitwohnsitze und Leerstände bedeuten eine finanzielle Belastung für Gemeinden, warum? Weil sie die Infrastruktur herstellen müssen, weil für jeden Wohnraum auch die Infrastruktur auf die Gemeinde umgelegt. Es gibt ein Gesetz über die Erhebung von Abgaben auf Zweitwohnsitze und Wohnungen ohne Wohnsitz. Ich werde das nur einmal in Langversion sagen und danach dann immer nur als Gesetz bezeichnen, weil es wirklich lang ist. Das heißt das Steiermärkisches Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz, kurz StZWAG. Sagen wir einfach Gesetz, weil StZWAG einfach schrecklich klingt. Es sollte den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet werden, durch dieses Gesetz diese Belastungen durch Abgabeneinnahmen ein wenig zu verringern. Zum anderen ist mit der Einführung einer Abgabe eine gewisse Hoffnung verbunden, dass bislang ungenutzter Wohnraum wieder zur Vermietung gelangt und damit der Wohnungsnotstand bzw. der Wohnungsmarkt etwas entlastet werden

könnte. Wir stehen jetzt allerdings als Gemeinden, und damit Graz ganz besonders, weil wir den höchsten Gebäudestand haben, beim Vollzug des Gesetzes vor großen Problemen. Nicht nur wir, sondern auch andere Gemeinden in der Steiermark, aber eben Graz ganz besonders, wie erwähnt. Und nicht nur in der Steiermark, sondern auch in anderen Bundesländern, so zum Beispiel die Städten Salzburg und Innsbruck, stehen mit ähnlichen Gesetzen und gesetzlichen Grundlagen vor den gleichen Vollzugsproblemen wie die Stadt Graz. Es gibt nämlich gewisse rechtliche Grenzen, die es den Gemeinden und dem Magistrat Graz vor allem nicht erlauben, das Gesetz, insbesondere bei hohem Gebäudestand, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums und mit überschaubarem Aufwand anzuwenden, zum Beispiel die Übermittlung von Daten. Die Gemeinden bzw. der Magistrat Graz sind zwar ermächtigt, Daten zu verarbeiten, es gibt aber keinen Rechtsanspruch darauf, dass diese Daten weder von den Abgabepflichtigen noch von anderen, wie zum Beispiel dem Stromanbieter, übermittelt werden müssen. Dann die Mitwirkungspflicht der Eigentümer:innen: Weder das Abgabengesetz – also Abkürzung – noch das Steiermärkische Baugesetz enthalten eine Verpflichtung für Eigentümer:innen zur Auskunftserteilung an die Gemeinden, um den Datenbestand zu berichtigen. Und der Datenbestand ist wirklich extrem divers, weil einfach verschiedenste Daten aus verschiedenen Registern zusammenstimmen müssen und das aber noch lange nicht tun. Auch sonst gibt es keine Mitwirkungspflicht der Eigentümer:innen zur Berichtigung der Daten. Daraus folgt, dass die Gemeinden für jedes einzelne Gebäude, darin für jede einzelne Wohnung und jede einzelne Türnummer, die entsprechenden Daten selbstständig ermitteln müssen. Und wenn man da an zigtausend Wohnungen denkt, dann kann man sich den Aufwand gut vorstellen. Das nimmt etwa in der Stadt Graz mehrere Jahre in Anspruch und benötigt zusätzliche personelle Ressourcen, um das Adressgebäude und Wohnregister, kurz das AGWR, zu aktualisieren. Das wurde über viele Jahre, seit 2001, wenn ich mich richtig erinnere, befüllt man dieses Register, wurde aber nur mangelhaft und teilweise nicht richtig befüllt. Fehlende rechtliche Bestimmungen, viele Ausnahmen, zum Beispiel sind Ausnahmen, dass es eine Vorsorgewohnung ist, dass man wegen gesundheitlichen Problemen die Wohnung nicht selber nutzen kann,

dass man aus beruflichen Zwecken eben immer wieder in anderen Wohnungen ist und so weiter. Es gibt eben viele Ausnahmen, es gibt wenig Kooperationswillen seitens der Abgabepflichtigen, weil eigentlich müsste man das, aber es ist so quasi freiwillig, weil es keine Handhabe gibt, das auch zu vollziehen, oder große Wohnbauträger, die eben nicht kooperieren wollen, nicht überprüfbare Nennungen von mehreren Vorsorgewohnungen zum Beispiel, in mehreren Gemeinden, weil die Gemeinden das untereinander nicht austauschen können, und so wird der Verwaltungsaufwand einfach für alle Gemeinden zu hoch. Zum Beispiel, das haben sicher alle aus den Medien erfahren oder gelesen, dass die Stadt Knittelfeld ihre Bemühungen um eine Leerstandsabgabe deshalb eingestellt, weil einfach der Aufwand zu hoch war. Wenn der Verwaltungsaufwand den Nutzen übersteigt, gehen viele Gemeinden die Leerstandsabgabe gar nicht an. Mögliche Lösungsansätze wären zum Beispiel Auskunftspflicht, dass die Daten im Altbestand durch Eigentümer:innen und Hausverwaltungen übermittelt werden, weil die Behördeneigenen-Daten nicht ausreichend sind oder eine verpflichtende Eintragung in das AGWR direkt von den Bauträger:innen mit dem Vorbild Wien und da würden zum Beispiel dem Magistrat Graz viele aufwendige Arbeitsschritte erspart werden.

Im Steirischen Landtag wurden Vollzugsprobleme bereits mehrfach diskutiert, Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang hat diesbezüglich auch eine Evaluierung der derzeitigen Gesetzeslage angekündigt. Es gibt auch Gespräche, was ich mitbekommen habe im Moment. In diese Diskussion soll sich auch die Stadt Graz, und wir müssen uns da unbedingt offensiv einbringen, weil es uns ja am stärksten betrifft, damit die Leerstandsabgabe effektiver vollzogen und damit auch ihrer ursprünglichen Intention gerecht werden kann.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Landeshauptmann Dr. Christopher Drexler wird auf dem Petitionsweg ersucht, eine Novelle des *des Steiermärkisches Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz, StZWAG* unter Einbeziehung der Expertise und

Erfahrungen der steirischen Gemeinden in die Wege zu leiten, die einen effektiven Vollzug der Leerstandsabgabe ermöglicht.

Ich bitte um breite Zustimmung.

**Originaltext des Dringlichen Antrages:**

*Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden*

**Dringlichen Antrag**

*Landeshauptmann Dr. Christopher Drexler wird auf dem Petitionsweg ersucht, eine Novelle des Steiermärkisches Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz – StZWAG unter Einbeziehung der Expertise und Erfahrungen der steirischen Gemeinden in die Wege zu leiten, die einen effektiven Vollzug der Leerstandsabgabe ermöglicht.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Zur Dringlichkeit bitte Wortmeldungen. Herr Gemeinderat Huber.

Gemeinderat **Huber**:

Liebe Antragstellerin, danke für deinen Antrag. Wir sehen dieses Thema nicht ganz so dringlich wie ihr, denn man muss halt ehrlich sagen, die Antwort vom Land wird ganz einfach lauten: „Macht dann eure Hausaufgaben in Graz, weil ihr das unbedingt haben wollt. Ihr habt kein gescheites Datenmaterial. Sorgt einmal für ein gescheites Datenmaterial, und dann kann man darüber reden“. Und noch dazu muss man ja ehrlicherweise sagen, mit den ganzen Ausnahmen, die du ja auch erwähnt hast, glaube ich schon, dass das in Graz mehr Kosten verursachen wird, als es uns bringt. Deswegen sehen wir von der ÖVP leider keine Unterstützung für den Antrag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Hackenberger. Gerhard, Entschuldigung, du gehörst derselben Fraktion an, nachher beim Antrag. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, möchtest du zur Dringlichkeit jetzt noch ein Schlusswort oder dann zum Inhalt? Dann kommen wir zur Abstimmung, wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum Inhalt selbst. Darf ich dich bitten, jetzt, Gerhard.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Ich verstehe, dass ihr das nicht so dringlich seht, aber ich denke, wenn man A sagt, dann sollte man auch B sagen. Und es geht ja nicht darum, der Stadt Graz den Schwarzen Peter zuzuschieben und anderen Gemeinden zu sagen: „Dann macht euch das halt selber, strengt euch an und macht den x-fachen Aufwand, der notwendig wäre, wenn wir euch die Mittel nicht in die Hand geben“. Ich sehe überhaupt keinen Anlass, warum dieses Gesetz, was offensichtlich etwas unüberlegt beschlossen wurde und wo man sich nicht ausreichend nachgedacht hat, darüber, wie man das dann tatsächlich vollziehen wird. Es gibt ja keinen Grund, warum man dieses Gesetz nicht so weit nachschärft, dass man es auch anwenden kann. Gesetze, die man nur beschließt, damit sie nachher leerlaufen, machen überhaupt keinen Sinn.

Und in diesem Sinne glaube ich, nachdem wir als Stadt Graz, und das wird ja von eurer Fraktion sehr oft vorgebracht, ohnehin durchaus zusätzliche Einnahmen brauchen könnten, dass man das Gesetz nachschärft, dass man der Stadt Graz eine Möglichkeit gibt, ohne Millionen zu investieren, die Grundlagen für die Einhebung der Abgabe zu beschaffen, warum man das nicht machen sollte. Ich verstehe den Grund absolut nicht. Und, das hat die Antragstellerin schon sehr deutlich gesagt, Leerstand, beabsichtigter

Leerstand und das dürften nicht ganz wenige Wohnungen sein in Graz, ist jedenfalls etwas Sozialschädliches, was die Preise hinauftreibt und ist etwas, was für die Stadt Graz und für jede andere Stadt schädlich ist, weil die Infrastruktur hergestellt und bereitgehalten werden muss, ohne dass sie genutzt wird, in dem Ausmaß in dem halt Leerstand vorherrscht. Also kann ich nur noch einmal appellieren, ich weiß wovon die Rede ist, in der Kanzlei, in der ich bis vor Kurzem gearbeitet habe, wurden sehr, sehr viele Bauträgerverträge abgeschlossen und ich habe viele Käufer in Erinnerung, die von vornhin gesagt haben, ich vermiete nicht, weil ich in zwei, drei, fünf Jahren eine nagelneue Wohnung zu einem besseren Preis weiterverkaufen will, also das gibt diese Schicht und das sind nicht ganz wenige. Wenn wir A sagen, sagen wir doch auch B und schauen wir, dass wir zu den Daten kommen und das Gesetz in Vollzug setzen und daraus Einnahmen für unsere Gemeinde erzielen können. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Wenn der Herr Dr. Hackenberger die Frage rhetorisch in den Raum stellt, er versteht nicht, warum man da dagegen sein kann, kann ich das sehr leicht beantworten. Das tue ich sehr gerne, kleine Servicefunktion von mir. Es geht um ein Bürokratiemonster, das tatsächlich kaum etwas bringen kann. Warum? Sie können relativ leicht durch Google, suchen, Expertinnen- und Expertenmeinungen abfragen, die Ihnen belegen werden, dass gerade in Ballungsräumen, in großen Ballungsräumen wie Graz einer ist, die Erwartung, dass jemand tatsächlich absichtlich ein Mietobjekt, ein Investitionsobjekt leer stehen lässt, obwohl die Betriebskosten € 300,00, € 400,00 ausmachen und obwohl er vielleicht eine Tilgung und eine Zinsbelastung zu leisten hat, ist die Erwartung, dass das trotzdem absichtlich leer stehen gelassen wird, gleich null. Wenn eine Leerstandsabgabe tatsächlich den Zweck haben soll, Anreize zu bieten,

damit man sozusagen eine Vermietung durchführt, dann am ehesten in diesen hochtouristischen Regionen, wo es natürlich einen Sinn macht, wenn man sagt, ok, ich möchte gerne Wohnungen mobilisieren, auf den Markt zwingen, indem ich die Eigentümer von touristischen Zweitwohnsitzen dazu ermutige durch hohe Zweitwohnsitzabgaben, dass sie dann vielleicht trotzdem eine Vermietung durchführen, weil das ist tatsächlich ein Problem, wenn jemand in Kitzbühel oder Schladming wohnt, wird er sich schwer tun, eine Eigentumswohnung anschaffen zu können, weil eben durch diese touristischen Zwecke die Preise extrem in die Höhe getrieben sind. Das ist in einer Stadt wie Graz nicht der Fall. Also wenn jemand tatsächlich in Graz eine 80-Quadratmeter-Wohnung, die er vielleicht investiv in Zeiten der Nullzinspolitik gekauft hat, leer stehen lässt, dann zahlt er monatlich € 300,00 bis € 500,00 dazu. Also es hat mir noch kein Mensch erklären können und da muss jetzt die Frage an Sie, Herr Dr. Hackenberger, zurückgeben, warum in aller Welt sollte das jemand absichtlich tun und warum glauben Sie, liebe Befürworter einer Leerstandsabgabe, dass wenn man eh schon € 300,00 bis € 500,00 Belastung auf das Objekt hat und man es trotzdem nicht vermietet, dass man es dann wegen € 100,- mehr Belastung dann sehr wohl vermietet? Also diese ökonomische Vermutung, die müsste man einmal herleiten und aus diesen Gründen, weil also nicht zu erwarten ist, dass es durch so eine Leerstandsabgabe zu irgendeiner nennenswerten Verbesserung der Vermietungssituation kommt, die in Graz eh nicht so schlecht ist, lehnen wir das ab, weil die Schritte, die jetzt gefordert werden, nur noch zusätzlich Bürokratie verursachen.

Gemeinderat **Hackenberger:**

Herr Stadtrat, danke für die Ausreden, aber zum Unterschied von Ihnen bin ich nicht an Vermutungen angewiesen, wie ich schon vorher sagte. Ich habe bis vor einem halben Jahr in einer Rechtsanwaltskanzlei gearbeitet, wo wir hunderte Verträge abgeschlossen haben, wo sehr viele dabei waren, wo die Käufer tatsächlich gesagt haben, was sie damit vorhaben. Wenn ich Ihnen das erklären darf: Anscheinend haben

Sie die Zahlen nicht ganz im Blick. € 300,00 oder € 400,00 im Monat für Betriebskosten zu bezahlen, ist nicht gar so viel Geld dagegen, wenn ich eine Wohnung spekulativ erwerbe und damit rechnen kann, und das hatten wir in der Vergangenheit, dass ich teilweise 10 und mehr Prozent an Wertsteigerungen hatte, weil ich eine 70-Quadratmeter-Wohnung um € 500.000,00 angeschafft habe und ich kann sie zwei Jahre später um € 600.000,00 verkaufen, weil sie nagelneu ist, dann habe ich natürlich schon einen Gewinn. Es waren ja nicht lauter Narren, die sich die Leerstandsabgabe haben einfallen lassen. Dahinter stand eine Überlegung und eine Evidenz, dass es einen Leerstand gibt. Jetzt zu behaupten, es gäbe niemanden, der eine Wohnung leer stehenlasse in Graz, finde ich vor dem Hintergrund unpassend.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Also erstens einmal gehe ich natürlich nicht davon aus, dass nur Narren irgendwelche Dinge erfinden. Das habe ich ja nie behauptet. Es ist einfach nur so, dass man bei den ökonomischen Folgewirkungen eines Gesetzes, einer Regelung halt immer überlegen muss, wen trifft es und wer könnte davon vielleicht einen Nutzen haben. Und da gibt es halt unterschiedliche Einschätzungen. Ich berufe mich auf zahlreiche Branchenexperten aus der Immobilienbranche. Eins möchte ich schon auch erklären, und ich finde, deswegen, ich schätze unsere Fachdiskussionen durchaus. Ich finde, dass Betrachter, die sich da einhacken in die Gemeinderatssitzung, durchaus etwas gewinnen können, weil es eine interessante Diskussion ist. Denn, ja, Sie haben natürlich recht, in Zeiten von Nullzinsen war ein sehr großer Anreiz. Das ist ja der Grund, warum ihr kurzfristig da irgendwie es euch gelungen ist, politisch da durchzudringen bei der letzten Wahl. Natürlich, wenn es Nullzinsen gibt, passiert Folgendes: Und bitte, ihr könnt mir das gerne widerlegen. Ihr müsst jetzt nicht komisch

lachen. Wenn es Nullzinsen gibt, hast du sozusagen keine Möglichkeit, dein Kapital irgendwo anders anzulegen. Wenn du jetzt ein Pensionsfonds bist und du musst im Jahr 50 Millionen Euro an Prämienbeiträgen investieren, dann musst du halt Wohnungen kaufen. Die meisten Investoren, die in Graz Wohnungen gekauft haben, mit der Leonhardstraße und den anderen Vierteln, das sind meistens Pensionsfonds, das sind große Investoren, die deswegen das Geld anlegen, damit sie später dann den Pensionsempfängern ihre Pension zahlen können. Und ja, wenn die Zinsen sehr niedrig sind, gibt es das Problem, dass es keine Alternativrendite gibt und deswegen - da ist jetzt leider ein bisschen Unruhe - macht es Sinn, dass man auch Immobilien kurzfristig kauft, von denen man erwarten kann, dass, wenn die Zinsen steigen, sie auch im Immobilienwert steigen. Das ist der Grund, warum es Spekulation gibt und warum tatsächlich im Vorfeld der letzten Jahre, bevor die Zinsen null waren, warum es deswegen zu einer extremen Nachfrage und Überhitzung des Immobiliensektors gekommen ist, aber das gilt jetzt nicht mehr, weil wir sind jetzt mittlerweile bei vier, viereinhalb Prozent Zinsen und daher gibt es im Moment ganz im Gegenteil das Problem, dass die Bauträger der Reihe nach in größten Schwierigkeiten sind, weil sie die Zinsen und Annuitäten nicht mehr bedienen können. Diese einfachen Zusammenhänge kann man ganz einfach durch Zeitung lesen, durch Wirtschaftsteil im Standard und in der Presse nachlesen. Das ist einfach so, da gibt es auch keine unterschiedliche Meinung und daher glaube ich, dass es insgesamt eine gute Begründung dafür gibt, warum man eine Leerstandsabgabe nicht unbedingt befürworten muss.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Gemeinderätin Reininghaus bitte.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Liebe Antragstellerin, hoher Stadtsenat und lieber Herr Dr. Riegler. Ausnahmsweise muss ich mich heute auf Ihre Seite stellen, ich werde auch versuchen, hier die Unruhe ein bisschen zu beruhigen. Auch wir NEOS sind gegen eine Leerstandsabgabe, weil wir davon überzeugt sind, dass es besser ist, mit Anreizen zu arbeiten und die Probleme, die sich aus diesem Plan eine Leerstandsabgabe einzuführen ergeben, liegen ja auf der Hand. Graz ist nicht in der Lage, die Daten zu eruieren. Ich denke, dass der Aufwand, das tatsächlich ordentlich zu eruieren, höher sein wird, als das, was reinkommen wird. Mich wundert es auch nicht, muss ich Ihnen ehrlich sagen, dass dem Beispiel Innsbruck folgend von 3.500 ja tatsächlich eruierten leerstehenden Wohnungen nur 35, wenn Sie sich erinnern, tatsächlich ihren Leerstand gemeldet haben. Na klar, bitte, wir leben in einem Hochsteuerland. Die Leute haben einfach keine Kohle mehr, die haben keine Freude, noch eine zusätzliche Abgabe zu zahlen, und noch dazu werden sie auch noch verpflichtet, selbst tätig zu werden. Wenn, dann kann das nur so funktionieren, dass wir über ein derartiges Datenmaterial verfügen, dass da ein Erlagschein oder eine Rechnung kommt und die Geschichte ist erledigt.

Außerdem, bitte, möchte ich daran erinnern, dass ich bereits am 18. Jänner 2024 eine Frage an Mag. Judith Schwentner gestellt habe - ist jetzt leider nicht da. Ich wollte wissen, wie sie denn die Aktivierung von Angebot und Nachfrage an unbewohnten Wohnungen und leerstehenden Grazer Erdgeschosszonen sozialgerecht umsetzen möchte, ohne eine Leerstandsabgabe einzuheben. Ich habe noch keine Antwort bekommen. Auch am 25. April dieses Jahres habe ich die Stadtkoalition aufgefordert, die Zweckmäßigkeit der Leerstandsabgabe neuerlich zu prüfen. Jetzt kommt leider wieder ein Antrag daher aus dieser Richtung. Ich muss Ihnen sagen, ich bin davon gar nicht begeistert und ja, ich bin dagegen. Keine weiteren Steuern mehr. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Ich möchte nur anmerken, ungeachtet, wie man zur Leerstandsabgabe steht, ist eines, aber ganz klar, dass auch bürgerliche Ökonomen bestätigen: Der Markt regelt vieles,

soll und kann auch regeln, aber mit Sicherheit nicht bezahlbaren Wohnraum. Das ist einfach ein Fakt, das kann er nicht. Deswegen knüpfe ich einfach an die vorherige Diskussion an, deswegen brauchen wir einfach öffentlichen Wohnraum und gemeinnützigen Wohnraum.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Kollegin Aygan-Romaner bitten, um das Schlusswort.

**Gemeinderätin Aygan-Romaner:**

Danke für die Diskussion. Vielleicht noch kurz zu Kollege Huber: Die Stadt Graz macht ihre Hausaufgaben, sie erledigt ihre Hausaufgaben. Also, die zuständigen Ämter sind wirklich mit Vollgas dabei, die Register zu berichtigen, die Daten zu berichtigen. Ich habe den Antrag gestellt, damit man den Vollzug der Leerstandsabgabe - und es gibt einen Leerstand in Graz, wie viel genau, das wird geschätzt. Es gibt Testbezirke, wo man den Leerstand prozentuell erhebt, aber es gibt einen Leerstand, warum auch immer. Das ist jetzt gar nicht so das Thema hier, sondern es gibt einen Leerstand. Aber der Vollzug der Leerstandsabgabe ist einfach nicht möglich mit der jetzigen Gesetzeslage und mein Antrag zielt darauf hinaus, dass man die gesetzlichen Rahmenbedingungen so anpasst, dass der Vollzug nicht Wohnung für Wohnung und einzeln und im Anlassfall quasi vom Amt, von der Behörde abgewickelt werden muss, sondern dass einfach der Aufwand geringer wird. Das würde passieren, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Landesseite angepasst werden würden. Danke sehr. Danke für die Diskussion.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ich darf bitten, um die Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Gegenprobe. Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

***Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann, Karl Dreisiebner. Hier geht es um eine beliebte Laufveranstaltung.

## **9.6 Grazathlon neu denken – städtische Grünanlagen schonen**

**(Berichterstatter: KO GR Dreisiebner, Grüne)**

Klubobmann **Dreisiebner:**

Es geht um den Grazathlon, Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream bzw. auf der Galerie. Jahr für Jahr, und das sehen wir positiv, ein sportliches Ereignis, das sehr viele Teilnehmer:innen anzieht, der Grazathlon, der, glaube ich, eine gute Herausforderung ist, für Leute mit mehr oder weniger Hobbycharakter beziehungsweise professionellen Zugang zu Sport und zu persönlichen Fitness, aber er macht auch gewisse Probleme. Die Probleme haben sich in diesem Jahr natürlich überaus zugespitzt, sind aber auch in anderen Jahren immer wieder aufgetreten, weil im Augarten nicht nur Start und Ziel dieses Grazathlons sind, ein entsprechender Bühnenaufbau, es findet dort auch der Aufbau von Hindernissen - das zeichnet ja diesen Grazathlon aus - die einerseits durch das Gewicht der ganzen Anlagen zur Bodenverdichtung beziehungsweise zu Schäden, an Grasnarben in den Wiesen führen. Man kann es jetzt noch sehen, es gibt ganz massive Reparaturarbeiten. Auf der anderen Seite natürlich auch durch Transportaktivitäten, Tieflader etc., die das bringen und wieder wegfahren, auch entsprechende Schäden am Wurzelwerk von Bäumen. Das heißt, mittelfristig ist doch eine gewisse Gefahr für den Park selbst, dass es einerseits zu Bodenverdichtungen

kommt, die die Qualität von Wiesen, die Lebensdauer von Wiesen, aber vor allem auch die Lebenserwartung und Lebensdauer von Bäumen massiv beeinträchtigen kann. Deswegen gibt es auch seitens der entsprechenden Fachabteilung, die mit der Reparatur nicht nur beauftragt ist und der GBG, die das dann auch finanzieren muss, zum gewissen Teil, entsprechende Skepsis, was diesen Teil der Veranstaltung betrifft, nämlich im Augarten diese Hauptveranstaltung abzuführen. In diesem Jahr war es natürlich auch ganz massiv, weil wir ein ganz schweres Niederschlagswetter gehabt haben. Starkregen in anderen Teilen der Steiermark und der Stadt Graz hat es ja auch zu entsprechenden Hochwasser- und Hangwasserereignissen geführt, die auch private Personen geschädigt haben. Der Unterschied zu anderen Festveranstaltungen, die auch im Augarten stattfinden, ist eben der, dass es derartige massive Maßnahmen gibt und derartige viele Maßnahmen und dass das eben viel größere Schäden verursacht, so sagen es zumindest unsere Experten und Fachleute. Des Weiteren gibt es auch Rückmeldungen, möchte ich nur der Form halber auch erwähnt, es gibt massive Einschränkungen durch den weiteren Parcours in der Stadt für Menschen, die in der Stadt unterwegs sein wollen, sei es mit dem Fahrrad, sei es zu Fuß, sei es mit dem öffentlichen Verkehr und wohl auch manchen, der den PKW nutzt, wird es unter Umständen treffen. Die Erreichbarkeit ist teilweise sehr eingeschränkt durch Absperrungen bzw. erschwerte Nutzungen. Der Samstag schlägt auch bei manchen Wirtschaftstreibern auf. Wir haben in Erfahrung gebracht bzw. uns wurde mitgeteilt, dass man auch massive Verluste durch diese Absperrungen erleidet bzw. auch Geschäfte haben sich gemeldet, die zugesperrt haben. Der Wunsch wäre also auch über einen anderen Veranstaltungstag nachzudenken und trotzdem, der Haupt- und wichtigste Punkt an der Geschichte ist, den sehr stark genutzten für Menschen im Jakomini und Gries als einzigen, oftmals einzigen oder zumindest nahe erreichbaren Erholungsraum über Wochen einschränken zu müssen, weil eben Reparaturen notwendig sind, weil man Wiesen absperren muss und Ähnliches mehr, dass man das beendet. Es wird ja auch zum Beispiel der Stadtpark oder der Schlosspark benutzt, aber nur als Laufstrecke, und das ist etwas anderes als dieser Schwerpunkt mit Start, Ziel und Hindernissen im Augarten.

In diesem Sinne und um dem Grazathlon auch weiterhin eine gute Zukunft zu ermöglichen, stelle ich folgenden

**Antrag:**

Der Sportstadtort Kurt Hohensinner und das Sportamt mögen mit den Veranstalter:innen des Grazathlons Gespräche zu einer Neuaufstellung des Grazathlons ab 2025 im Sinne eines geänderten Veranstaltungsdesigns, Klammer auf: Nicht mehr so extreme Nutzung des Augarten machen. Ziel soll eine neue Routenwahl sein, damit die städtischen Grünräume geschont werden und insbesondere die Aufstellung von boden- und wiesen- und bäumeschädigenden Hindernissen im Augarten verzichtet wird. Darüber hinaus soll mit den Veranstalter:innen über die Möglichkeit einer Verlegung des Events auf einen Sonntag sowie über Ansätze, die aktive Mobilität, den öffentlichen Verkehr sowie die Wirtschaft möglichst wenig zu hemmen, besprochen werden. Über die Ergebnisse dieser Gespräche ist dem Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie bis spätestens November ein schriftlicher Bericht vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen-ALG daher folgenden*

***Dringlichen Antrag***

*Stadtrat Kurt Hohensinner und das Sportamt der Stadt Graz mögen mit den Veranstalter:innen des Grazathlon in Gespräche zu einer Neuaufstellung des Grazathlon 2025 im Sinne eines geänderten Veranstaltungsdesigns eintreten. Ziel soll eine neue Routenwahl sein, die die städtischen Grünräume schont und insbesondere auf die Aufstellung von Boden, Wiesen und Bäume schädigende Hindernisse im Augarten verzichtet.*

*Darüber hinaus soll mit den Veranstalter:innen über die Möglichkeit einer Verlegung des Events auf einen Sonntag sowie über Ansätze, die aktive Mobilität sowie die Wirtschaft möglichst wenig hemmen, gesprochen werden.*

*Über die Ergebnisse dieser Gespräche ist dem Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie bis spätestens vor der November-Gemeinderatssitzung 2024 ein schriftlicher Bericht vorzulegen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Karl, du hast jetzt eh den Dringlichen Antrag sehr verbindend vorgetragen, trotzdem verwundert mich dein Dringlicher Antrag. Du wirfst einem wirklich großartigen Veranstalter vor, dass er an einem Tag, an einem Nachmittag im Jahr die Innenstadtwirtschaft und auch den Verkehr behindert. Lieber Karl, ich sage dir das in aller Deutlichkeit: Die Grüne Fraktion behindert leider 365 Tage im Jahr diese Bereiche, und deine Vorsitzende macht Verkehrspolitik ohne Gesamtkonzept. Judith Schwentner hat, und das muss man in aller Deutlichkeit sagen, Graz zur Dauerbaustelle gemacht. Ich bin selbst heute mit dem Rad hergekommen und mit dem Rad gibt es jetzt schon die eine oder andere Barriere, also das muss nicht so sein, aber trotzdem, du nimmst diese Veranstaltung zum Anlass, das anzuprangern. Du forderst mich auf, dass ich mich mit dem Veranstalter zusammensetze, das mache ich eigentlich in gewissen Abständen, also das mache ich sehr oft. Ich setze mich mit dem Andreas Mauerhofer zusammen und er hat mir auch versichert, dass er in den nächsten Tagen mit Vertreterinnen und Vertretern der Innenstadtwirtschaft ein Treffen hat und da wird er genau diese Punkte zum Thema machen.

Zu meiner Zuständigkeit, weil ich aufgefordert wurde, mein Sportamt ist zuständig für den Breitensport, für den Vereinssport, für Einzelsportlerinnen und -sportler. Für was ich nicht zuständig bin, sind Veranstaltungsgenehmigungen, lieber Karl. Dafür ist das Straßenamt zuständig, das Veranstaltungsreferat und auch das Amt für Grünraum und Gewässer, so in Kombination. Und der Veranstalter, den du hier quasi aus vielen Veranstaltungen herausziehst, der ist ein verlässlicher Veranstalter, der auch für Schäden geradesteht. Also, der hat immer alles, was hier beschädigt wurde, wiederhergestellt. Das könntest du auch im Amt für Grünraum und Gewässer rückfragen. Also, da gibt es wirklich eine gute Kooperation. Und du hast es dann eh am Ende gesagt, dieses Jahr ist jetzt kein Beispiel, dass man sagt, das ist immer so. An dem Tag war wirklich das wildeste Unwetter der letzten Jahre. Also, der Lauf hat auch ab 18:00 Uhr abgebrochen werden müssen. Da sind so viele Liter Wasser runtergekommen, dass da einfach irrsinnig viel auch angerichtet wurde. Dass dem Veranstalter jetzt anzuhängen, das wäre sicher der falsche Weg. Wichtig ist, dass wir dort viele Veranstalter haben, dass wir jetzt nicht einen quasi als Sündenbock herausziehen. Ich glaube, dass man natürlich darüber diskutieren kann, welches Regelwerk man ausarbeitet, welche Vorgaben wir für die Veranstalter hier auch vorsehen. Aber da wäre es falsch, wenn jetzt der Sportstadtrat, der eigentlich nur für die Sportförderung zuständig ist, den Auftrag bekommt. Vielmehr werden wir den Vorschlag machen, dass die zuständigen Ämter, die ich gerade vorher aufgezählt habe, dass diese Ämter Vorgaben ausarbeiten. Diese Vorgaben müssen dann für alle Veranstalter gelten und für alle Veranstalter:innen gelten und nicht nur für den Veranstalter des Grazathlons. Es gibt das Afrika Fest, es gibt das Augartenfest. Also gerade das Augartenfest, das in den letzten Jahren auch große Mehrtonner reingefahren und haben Bühnen aufgestellt. Also das ist jetzt nicht so, dass hier nur der Grazathlon einen Schaden verursacht. Hier müssen wir wirklich alle mit dem gleichen Maß messen und das kann man machen. Deswegen stellen wir diesbezüglich einen Abänderungsantrag. Aber hier quasi auf einen Veranstalter ein bisschen loszugehen, der einen Lauf veranstaltet, wo 7000 Menschen daran teilnehmen, also das ist wirklich eine großartige Geschichte, nicht mehr einzigartig, weil der Grazathlon

hat bereits expandiert. Es gibt einen Grazathlon oder einen Hürdenlauf in Innsbruck, in Wien und in Linz. Also das ist wirklich ein Erfolgsprodukt und ich möchte mich auch hier in aller Form beim Veranstalter bedanken, dass der sich das antut, weil das ist ein riesengroßer Aufwand. Ich möchte mich auch bedanken, dass er immer wieder für die Schäden, die verursacht werden, aufkommt und dass man ihn da anprangern, das hat er sich auf keinen Fall verdient. Aber ein Regelwerk für alle Veranstalter, dafür sind wir zu haben, dafür stellen wir einen Abänderungsantrag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Gemeinderätin Heinrichs, bitte.

Gemeinderätin **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, nur ganz kurz. Ich glaube, dass der Antrag sinnvoll ist und dass man wirklich darüber nachdenken kann, aber auch gegen die Einwendung, die du jetzt vorgebracht hast. Grundsätzlich halte ich es für wirklich nicht sehr geschickt, etwas zu veranstalten oder sozusagen etwas aufzustellen und gleichzeitig, wie man bei mir in der Obersteiermark sagt, das, was ich aufstelle, mit dem Hintern umrennen. Entschuldigung diese Ausdrucksweise, aber diese Schäden, die immer wieder entstehen bei diesen Megaveranstaltungen, sind halt keine Kleinigkeit. Ich verstehe auch, so wie du jetzt gesagt hast, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt, mit gleichem Maß ist dann zu messen, und das ist nicht ganz einfach. Jetzt möchte ich mir ganz zum Schluss noch eine Bemerkung erlauben, weil das immer wieder und heute auch schon immer wieder gekommen ist. Einfach nur einen Gedanken möchte ich äußern. Du hast gesagt, wortwörtlich: „An 365 Tagen im Jahr schädigt, in dem Fall die Frau Vizebürgermeisterin mit ihrer Politik, die Grazer Innenstadt durch Behinderung etc. Der Gedanke, den ich äußern möchte, ist der: Wenn diese Mini-U-Bahn gekommen wäre, das wäre nicht eine zweijährige Bautätigkeit oder Baustelle gewesen, sondern 15 Jahre Minimum Megabaustelle. Die

ganze Innenstadt wäre stillgestanden. Das ist ja überhaupt in keinem Verhältnis, also diese Idee, die es gegeben hätte, im Gegensatz zu dem, was passiert.

*Zwischenruf*

Gemeinderätin **Heinrichs:**

Mini-U-Bahn habe ich gesagt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Weitere Wortmeldungen bitte. Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit, wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum Inhalt selbst, wer wünscht hier das Wort? Frau Gemeinderätin Unger.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, es ist bereits angekündigt worden, dass wir uns mit einem Abänderungsantrag hier einstellen und ich darf noch einmal ausführen, warum das aus unserer Sicht wichtig ist. Das erste Argument ist, im ursprünglichen Antrag wird der Sportstadtrat beauftragt, der eigentlich ein Fördergeber von vielen ist, wenn man sich die Webseite anschaut, firmiert dort überhaupt die Stadt Graz insgesamt und es sind viele andere Fördergeber. Das heißt, die Zuständigkeit in der Entscheidung, ob das dort stattfinden darf und die Bewertung dessen, was zulässig ist, ist in einem anderen Ressort. Das ist bereits

ausgeführt worden, es geht vor allem um das Veranstaltungsreferat, um das Straßenamt und so weiter, also diese Zuordnung sollte, glaube ich, so genau sein, damit es ja auch treffsicher ist.

Das zweite ist, der Grazathlon wird herausgenommen, und wenn es eine Sportveranstaltung, die zugegebenermaßen natürlich auch aufwendig ist, ist ja beliebt, ist eine große Herausforderung für viele, die in Graz Sport betreiben wollen. Das ist ja etwas, worauf wir uns auch verständigen, dass die Menschen in Bewegung sein sollen, auch dass der öffentliche Raum genutzt werden soll und so weiter, das sind ja alles Dinge, hinter denen wir, glaube ich, grundsätzlich stehen. Wenn jetzt Grünflächen verwendet werden, die aus unterschiedlichen Gründen, zum Teil wie der Stadtpark oder so, auch über Naturschutzmaßnahmen und so weiter gesichert sind, sollten bitte für alle Veranstalter dieselben Regeln gelten.

Das sozusagen in Abrede zu stellen, fällt mir schwer zu verstehen, weil es ja darum geht, dass Menschen, die hier etwas initiieren wollen und das mit großem Erfolg auch tun, gleich zu behandeln, das heißt eine ordentliche objektivierte Einschätzung der zuständigen Stellen, die das auch genehmigen, ist aus meiner Sicht vollkommen richtig und logisch, weil sie einfach sicherstellt, dass genau in dem Sinn, wie der Antrag formuliert ist, nämlich zum Schutz des Grünraums das Bestmögliche passiert und zwar nicht einmal im Jahr und auf Zuruf, weil sozusagen eine Veranstaltung herausgegriffen worden ist, sondern für alle, die das machen wollen, für die, die es bereits gibt, für welche, die vielleicht in Zukunft noch angesucht werden.

Aus diesem Grund finde ich, dass das ein sehr logischer und begrüßenswerter

### **Änderungsantrag**

ist, den ich im Namen meiner Fraktion einbringen darf und der lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das zuständige Stadtsenatsmitglied für den Bereich Grünraum eine Arbeitsgruppe unter Einbindung des Straßenamtes mit dem Veranstaltungsreferat einsetzen möge, um eine möglichst umfassende Vorgabe für die zukünftige Inanspruchnahme öffentlicher Grünflächen für Großveranstaltungen zu erarbeiten. Ich bitte um Zustimmung.

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Erhaltung des Grünraumes in Graz teilen wir natürlich vollinhaltlich. Allerdings erkennen wir in der vorliegenden Antragsstellung dennoch ein durchsichtiges Spiel, das offenbar dem verzweifelten Versuch geschuldet ist, die Verantwortungsfrage von jenen, die die Genehmigungen aussprechen, an Fördergeber abzuwälzen. Umso mehr als man explizit nur eine Veranstaltung, die aus unserer Sicht durchaus ihre Berechtigung hat, im Augarten heraushebt und dabei auf zahlreiche andere, zu nennen wäre etwa das Augartenfest der SPÖ oder auch das Afrikafest, vergisst. Im Sinne einer umfassenden Analyse des Antragsgedankens regen wir daher eine breitere Aufstellung an, um langfristige Lösungen zu finden. Ich stelle daher Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**Antrag,**

*der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Das zuständige Stadtsenatsmitglied für den Bereich Grünraum möge eine Arbeitsgruppe unter Einbindung des Straßenamtes (Veranstaltungsreferat) einsetzen, um eine möglichst umfassende Vorgabe für die zukünftige Inanspruchnahme öffentlicher Grünflächen für Großveranstaltungen zu erarbeiten.*

**Gemeinderat Kozina-Voit:**

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem, Das ist meiner Sicht wirklich Unsinn, dass Baustellen der Stadt schaden, wenn ich nicht viel dazu sagen will. Das ist ja irgendwie schon befremdlich, wenn das ÖVP und die Wirtschaftskammer dann trommeln. Ich verstehe das nicht, weil letzten Endes geht es darum, dass sich die Stadt weiterentwickelt. Das erzeugt eine Dynamik, da ändert sich was, ja, und das ändert

sich vieles zum Guten. Ab morgen wird man in der Neutorgasse sehen, was die Ergebnisse sind. Ich bin überzeugt davon, dass das positiv ist für die Stadt.

Zum konkreten Abänderungsantrag, ich glaube, wir brauchen den Spieß da auch nicht umdrehen. Es gibt Regeln, die für alle gelten. Diese Regeln gibt es bereits. Es ist aber so, dass vom Grazathlon halt regelmäßig Beschwerden an uns herangetragen werden und ich glaube auch an viele andere. Heuer war es vielleicht besonders extrem, wie der Herr Stadtrat ausgeführt hat. Aber trotz allem ist es grundsätzlich eine gute Veranstaltung. Es stört einfach die Menschen, wenn sie die Wiese im Augarten dann wochenlang nicht benutzen können, wenn tagelang der öffentliche Verkehr, vor allem der Radverkehr, tagelang in der Innenstadt gesperrt wird an gewissen Stellen. Wenn der öffentliche Verkehr dann riesige Umwege fahren muss und wenn an einem Samstag dann in der Innenstadt einfach viel weniger Leute sind als normalerweise. Wenn viele Probleme, wenn viele Feste solche Probleme verursachen würden, dann müsste man das natürlich auch an anderen Stellen besprechen, vielleicht auch eine Arbeitsgruppe einsetzen, aber das ist derzeit nicht der Fall. Deswegen konkret den Grazathlon, deswegen auch die Bitte, das einfach einmal bilateral zu besprechen, Herr Stadtrat Hohensinner, weil eben, wie du gesagt hast, da gibt es ja sowieso Gespräche, dass man diese Frage dann einfach auch mitnimmt, dass man sagt, ok, wir zahlen euch sowieso die Förderung, über 11.000 € waren das im letzten Jahr. Ich weiß nicht, wie viel es heuer waren. Das heißt, da einfach ganz auf kurzem Wege sozusagen auch darauf einzuwirken, dass nachgebessert wird. Der Grazathlon soll natürlich unbedingt weiter durchgeführt werden, das ist keine Frage, aber möglichst eben so, dass keine Wiesen zerstört werden, dass nicht Radwege gestört werden, dass nicht der ÖV oder auch Teile der Innenstadt lahmgelegt werden. Dementsprechend werden wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, aber dem Original natürlich schon. Danke schön.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Danke schön, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Kozina-Voit. Also Baustellen machen niemandem Freude und noch dazu gar nicht,

wenn nicht alle mitgenommen werden. Das würde ich auch gerne an dieser Stelle einmal dalassen, wenn das nur sehr einseitig passiert und nicht alle davon Freude verspüren und haben, ist das keine Freude allgemein. Eine Baustelle erzeugt immer Unfrieden und wenn man da nicht im Vorfeld gute Information liefert und schaut, dass Alternativen da sind, dann ist das einmal eine Herausforderung. Und dir, lieber Herr Klubobmann, lieber Karl, Ich hätte mich gefreut, wenn dein Antrag eine generelle Formulierung zum Augarten und dessen Nutzbarkeit enthalten hätte. Nein, haben wir nicht. Na, es steht ja dezidiert drinnen, dass es auf den Grazathlon hin passiert. Und da möchte ich schon einmal sagen, es ist auch eine Form der Rufschädigung, wenn man jetzt einem Unternehmer hintennach nachsagt, dass er dafür verantwortlich ist, dass wir jetzt eigentlich über etwas diskutieren, was eine Behörde zugesagt hat. Und jeder Veranstalter, und ich bin selbst auch ab und zu einer, weiß, wenn er bei der Behörde anstellt, kriegt er einen Bescheid. Und in dem Bescheid steht dann auch drinnen, wenn in dem Fall Augarten, Wiese, Wege, wir wissen das, Beschädigungen dahingehend da sind, dass man auch dafür als Veranstalter Sorge tragen muss, dass man hinten auch wieder den Urzustand herstellt. Jetzt ist mehrmals schon gefallen, die Wettersituation, die wirklich unerträglich war, nicht nur für den Veranstalter, sondern für viele private Haushalte. Nicht nur in Graz, sondern auch in Graz-Umgebung. Also, dass jetzt als Aufhänger zu nehmen, dass da etwas passieren muss, finde ich für den Unternehmer, der in Graz aber auch bitte für Wertschöpfung und Kreislaufwirtschaft sorgt, nicht nur in der Hotellerie, sondern in der Gastronomie und auch bei dem einen oder anderen Händler in der Innenstadt, froh ist, dass es am Samstag diese Veranstaltung gibt, ist mir auch bekannt. Aber die sperren dann halt zu früh, weil sie sagen, sie haben davon nichts, sind kein Nutznießer. Und der, der aber sagt, nein, bei mir kommt aber trotzdem jemand und kauft ein, der lässt halt offen. Man darf nicht immer jeden zu allem bevormunden, sondern muss schon auch eine gewisse Wahlfreiheit lassen. Und von daher würde ich auch bitte dem Unternehmer zugestehen, wenn die Behörde ihm am Samstag so eine Großveranstaltung in Graz zustimmt, dann kann ich nicht verlangen, dass er das gefälligst am Sonntag machen soll und noch einmal, bitte:

Reden wir nicht nur von diesem einen Unternehmer, der viel Gutes hinterlässt zu dieser Veranstaltung, sondern von generellen Veranstaltungen im Augarten. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass für den Augarten die Immobilienabteilung zuständig ist und wir uns in den vergangenen zwei Jahren sehr intensiv damit auseinandergesetzt haben, was im Augarten passieren soll und was nicht, und in welchem Umfang vor allem auch. Das Problem ist, dass natürlich auch die Bewohner und Bewohnerinnen in der Umgebung dort ein Recht darauf haben, in einen Park zu gehen, dort ihre Ruhe genießen und ein bisschen abschalten zu können. Von daher war es auch unser Ziel, dass nicht so viele Veranstaltungen dort stattfinden sollen und sie, wenn möglich, vor allem nur eintägig sein sollen. Das ist im Wesentlichen auch gelungen und wurde so umgesetzt.

Was nun die aktuelle Diskussion um den Grazathlon betrifft, habe ich mich natürlich auch bei der Immobilienabteilung schlau gemacht. Mit 6.500 teilnehmenden Personen ist das natürlich eine Riesenveranstaltung, schön einerseits natürlich für die, die daran teilnehmen möchten. Ich finde das ein bisschen zu herausfordernd, muss ich sagen, aber gut. Jedenfalls findet man natürlich in der Stadt nicht sehr leicht einen alternativen Platz, wo man so etwas machen kann, aber es geht natürlich auch schauen, vielleicht gibt es irgendeine Möglichkeit, das etwas zu verkürzen, damit eben die Sperren im Augarten, also für Radfahrer insbesondere, nicht so lange dauern, weil das natürlich, ich sage einmal, zumindest lästig ist.

Die Baumwurzeln vor allem anbelangt, ist es so, dass es da ein absolutes Verbot natürlich gibt, da irgendetwas draufzustellen, hinzustellen, seien es Standeln, WC, Lautsprecher, sonst irgendwas, das ist beim Grazathlon, muss man allerdings auch dazu sagen, vorbildlich eingehalten worden. Verbot für Schwerlastfahrzeuge und wenn man eine Ausnahme macht, dann gibt es so Schwerlastplatten, die man unterlegen

muss, da muss man sagen, das hat nicht hundertprozentig hingehaut, aber da hat auch der Veranstalter sich, muss man sagen, dann bemüht, das in Ordnung zu bringen. Ein Punkt vielleicht noch, was auch wichtig ist, die Veranstaltungswiese hat ja eine aufrechte Veranstaltungsbewilligung bei Großveranstaltungen, schaut die Immobilienabteilung auch immer darauf, dass zwischen den Veranstaltungen nach Möglichkeit ein Monat dann immer Zeit ist, damit sich die Wiese dann halt auch ein bisschen regenerieren kann. Zusammengefasst oder als Schlussfolgerung möchte ich vielleicht an den Kurt Hohensinner von daher auch sagen, ja, du bist, nachdem ich davon ausgehe, dass dieser Antrag angenommen wird und der Abänderungsantrag eher nicht, möchte ich sagen, ich kann dir sozusagen das Angebot machen gerne mit dir gemeinsam, dass wir uns dieses Thema noch einmal anschauen und vornehmen und vielleicht auch da einige Verbesserungen noch herbeiführen können und ja, von daher glaube ich, dass wir da gemeinsam eben schauen sollten, dass wir mit Immobilienabteilungen, sonstigen Abteilungen, Referaten, die da involviert sind, eine bessere Lösung finden. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank, Herr Stadtrat. Frau Schlüsselberger bitte.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Ich werde jetzt ein Abschlusswort vom Kollegen Dreisiebner gar nicht viel vorwegnehmen, zwei Punkte, die mir wichtig sind: im Abänderungsantragstext ist vom SPÖ-Augartenfest die Rede, bitte nur um der Vollständigkeitshaber, es ist das Augartenfest des Vereins Vorwärts Jakomini, nicht der SPÖ-Graz, und der zweite Teil ist vielleicht für die Differenzierung bei anderen Festen von Vereinen die nicht gewinnorientiert ausgerichtet sind, gibt es auch andere Voraussetzungen als einen kommerziellen Bewerb, und die Umfänge aller drei sind differenziert zu betrachten und deswegen hier auch eine Abwägung anhand des Inhaltes der Veranstaltung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt noch weitere Wortmeldungen, wenn nicht, darf ich Herrn Klubobmann um Schlusswort bitten.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Geschätzte Kollegin Elke Heinrichs, lieber Manfred Eber, liebe Daniela, danke für die Unterstützung, die ihr signalisiert habt Richtung Daniela Gmeinbauer und vor allem Kurt Hohensinner vielleicht an der Stelle und ungefähr acht Stunden, glaube ich, nach Beginn dieser Gemeinderatssitzung folgendes: diese auffallende, beinahe schon manische Konzentration auf Baustellen, Verkehrsbehinderungen die miteinhergehen, die ist heute sehr extrem herausgekommen bei euch - nicht nur bei euch beiden - sondern bei eurer Fraktion, ich mag hier den Kollegen Günter Riegler gar nicht draußen lassen, obwohl er hier nichts gesagt hat.

Also das ist schon sehr auffällig, dass man, egal worüber man spricht, irgendwann bei den Baustellen ankommt. Aber das ist nur nebenbei.

Das Zweite, was ich schon auch noch mitgeben mag, mir wäre es wichtig, und ich bin dem Stadtrat Manfred Eber wirklich sehr, sehr dankbar, dass er sich damit einbringen wird, mir wäre es wirklich sehr. Sehr wichtig ist es, eine gedeihliche Lösung für eine wichtige Veranstaltung zu finden, bei der sehr viele Menschen Freude haben können. Es ist entscheidend, eine Lösung zu finden, die nicht darauf hinausläuft, dass der Veranstalter alle Schäden bezahlt. Unser Hauptanliegen ist es, zu vermeiden, dass wochenlang große Schäden bearbeitet werden müssen, was im Unterschied zu anderen Festen der Fall ist. Es ist wichtig, dass die Nutzungsmöglichkeit nicht oder nur eingeschränkt beeinträchtigt wird.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich nie gesagt habe, dass der Veranstalter nicht alles versucht, um Schäden zu reparieren und sehr sorgfältig entlang der Auflagen vorzugehen. Auch wenn dies nicht immer thematisiert wird, kann die Zuständigkeit ein Ansatz sein. Ich finde, Kurt Hohensinner, du hast ein sehr gutes Standing in der Sportszene und in der Sportwelt und wahrscheinlich auch mit diesem Veranstalter

einen guten Draht. Es ist wichtig, dass wir eine Lösung finden, die für den Augarten und die Nutzung des Augarten besser ist, sodass wir als Stadt nicht viele Reparaturen und Einschränkungen bearbeiten müssen. Die Menschen müssen auf Flächen verzichten. Das wird mit dem Grazathlon gut weiterkommen, wo Hindernisse dann eben nicht auf der Veranstaltungswiese aufgestellt werden und 6.000 oder 7.000 Menschen bei jedem Meter dann dort unterwegs sind.

Vielen Dank für die, die unterstützen wollen. Wie gesagt, das mit dieser manischen Auseinandersetzung mit dem Verkehrsthema müsst ihr selber bewerben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen nun zum ersten Abänderungsantrag von Gemeinderätin Unger. Wer ist dafür? Gegenprobe. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt. Wir kommen nun zum Antrag selbst, wer ist dafür? Gegenprobe. Der Antrag ist somit angenommen.

***Der Abänderungs-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag, von Frau Schlüsselberger.

## **9.7 Schulausbauprogramm: Einbeziehung von Lehrer:innen für praxisnahe Gestaltung**

**(Berichterstatterin: KO GR<sup>in</sup> Schlüsselberger, SPÖ)**

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Ich versuche mich kurz zu halten. Es ist schon recht spät, aber mein Dringlicher ist es wert, auch noch kurz sich zu konzentrieren.

Vorweg, bevor ich auf die Dringlichkeit und später auf das Inhaltliche eingehe, möchte ich nur einmal sagen, was es nicht ist. Es ist keine Kritik an den Beamtinnen und Beamten, vereinfacht gesagt. Es ist keine Kritik an dem zuständigen Stadtrat, in dem Fall der Kurt-Hohensinner. Es ist jetzt keine Kritik an ausführenden Baufirmen, dass sie irgendwelche Fehler gemacht haben. Aber die Realität zeigt, dass irgendwo in diesem komplexen Prozess von der Entscheidung, einen Schulstandort zu bauen, umzubauen, einen Kindergarten zu bauen oder umzubauen und ich klaube mir jetzt bewusst einmal die budgetäre Komponente aus, ich glaube, die hört jetzt inhaltlich in dem Antrag auch nicht wirklich etwas zu suchen. Irgendwo in dem Prozess passiert irgendwas, was dazu führt, dass am Ende des Tages nicht das Optimum aus so einem Gebäude herausgeholt wird. Nicht das Optimum mag vielleicht dem einen oder anderen optisch stören oder gefühlt nicht passen. Für die Pädagoginnen und Pädagogen im Alltag bedeutet das allerdings Mehraufwand. Mehraufwand in dem, dass die Kinder fünfmal im Kreis geschickt werden, Mehraufwand in dem, dass Schuhe im Gang plötzlich stehen, weil Garderoben nicht dort sind, wo der kürzeste Weg ist. Mehraufwand in dem, dass sie die Räume nicht optimal nutzen können und dazu zusätzliche Pädagogen benötigen. Mehraufwand in dem, dass die Kinder teilweise kreuz und quer geschickt werden und das in gewissen Räumen, einfach nicht das passieren kann, was dafür vorgesehen ist. Ich glaube, im Bereich der Bildung ist alles dringlich, auch dass wir uns unterhalten, wie wir das gemeinsam verbessern können. Noch einmal, ich möchte jetzt keinen kritisieren, auch nicht dich Kurt, nachdem du selber nicht mit dem Rotstift oder dem Plan arbeitest, ich glaube, dass sehr viele gescheite Köpfe mitdenken, aber irgendwo

geht etwas schief. Ich glaube, wenn wir uns hier zusammentun und schauen, wo das genau passiert, dann können wir zukünftig Sachen verbessern und natürlich eine Verbesserung für unsere Pädagoginnen und Pädagogen erreichen. Danke einmal und du hast jetzt das Wort, nehme ich an.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Die Abteilung für Bildung und Integration wird in Hinblick auf das bevorstehende Schulausbauprogramm gemäß Motivenbericht und im Sinne der Partizipation der Nutzer:innen beauftragt, ein Modell zu entwickeln, wie in die Detailplanungen für die einzelnen Schulstandorte jeweils drei vom Lehrer:innenkollegium nominierte Lehrer:innen eingebunden werden können, um so eine wirklich praxisnahe Gestaltung sicherzustellen. Dem Gemeinderat ist bis November dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit.

Gemeinderätin **Unger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorneweg, das ist der dritte Antrag bei den heutigen Dringlichen, wo entweder, ja eigentlich in erster Linie der Kurt Hohensinner mit Dingen beauftragt wird, wo er meiner Meinung nach entweder nicht zuständig ist oder die Sachen schon macht. Das war bei der Segregation so, eigentlich Integration und Wohnthema, wo man sehr geschickt hätte ansetzen können. Das war jetzt beim Grazathlon so, wo es auch eine einheitliche Regelung gebraucht hätte für alle, und es

ist jetzt auch wieder so, dass eigentlich außer Acht gelassen wurde, dass da schon einiges passiert oder eigentlich alles passiert, was notwendig ist, was in deinem Antrag, Kollegin Schlüsselberger, steht.

Erstens einmal, es sind folgende Abteilungen, was jetzt diese Schulangelegenheiten in Graz anlangt, zuständig: ABI, die Stadtbaudirektion, die zum Ressort von Vizebürgermeisterin Schwentner gehört und die GBG – gehört zum Ressort von Stadtrat Eber. Das einmal nur zur Aufteilung und Gewichtung denen, die eventuell da was mitzureden hätten. Stellt sich mir die Frage, warum der Stadtrat-Hohensinner ausschließlich damit beauftragt wird.

Zweitens, es finden bereits Gespräche statt, das habe ich zumindest recherchiert und habe mich auch dessen versichert. Und zwar mit wem? Mit den Direktoren und Direktorinnen. Warum mit denen? Das sind die Leiter und Leiterinnen der Schulen, die halten Rücksprache mit ihren Kolleginnen und Kollegen, die bündeln die Sachen, die werden entsprechend eingebunden und die sind erstens einmal Repräsentanten und Repräsentantinnen nach außen. Und die sind oft langfristig bestellt, das ist etwas, was Kontinuität und einen gewissen Weitblick voraussetzen lässt, was genau für solche Bauten, die ja lang gut funktionieren sollen, von enormer Wichtigkeit ist. Das sollte aus meiner Sicht beibehalten sein, weil es einfach sinnvoll ist und es ist auch wichtig, dass die gebündelten Wünsche dann in geordnete Bahnen gelangen und nicht individuell sozusagen auf Wunsch und Zuruf dann von drei, wie auch immer ausgesuchten Personen aus einem Kollegium, irgendwelche Dinge umgesetzt werden sollen. Also das halt ich ja einmal für die richtige Voraussetzung und auch für die richtige Vorgehensweise. Jetzt ist sozusagen das, was wir in Bestand machen könnten. Das, was in dem Antrag formuliert ist, da geht es ja um die Neubauten, um neue Schulen, die wohin gebaut werden, wo oft das Kollegium noch gar nicht feststeht, wo man vielleicht schon eine Leitungsperson kennt, eben Direktor oder Direktorin, die selbstverständlich Interesse daran haben eingebunden zu werden und auch eingebunden werden, weil das ist ganz wichtig, der Austausch gerade mit den Kolleginnen und Kollegen auch vom ABI funktioniert auch wunderbar, auch von der GBG und von der Stadtbaudirektion.

Also diese Dinge sind wichtig, ich möchte an dieser Stelle auch ganz dezidiert die genannten Abteilungen bedanken und ihnen auch das Lob dafür aussprechen, dass wirklich auch proaktiv dieser Austausch gesucht wird und auch die Berücksichtigung und dann natürlich Bezugnahme auf die Möglichkeiten entsprechend stattfindet. Ich würde deswegen vorschlagen, eigentlich diesen Antrag zurückzuziehen, weil er eigentlich das, was gefordert ist, in einer maßvollen und einer Sorgfaltspflicht entsprechenden Art und Weise bereits berücksichtigt wird. Es ist nicht möglich, dass man sozusagen individuelle Ideen ständig auf individueller Einzelbasis einbringt. Es ist eine gesammelte, langfristige Lösung im Interesse des Kollegiums und vor allem der Kinder und Jugendlichen, die in den Schulen dann eben vor allem sich aufhalten. In diesem Sinne glaube ich, dass da schon Ausreichendes passiert. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen bitte.

Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit und ich bitte wirklich um, dass man gut das abzählen kann, weil es fehlen immer sehr viele.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, Eustacchio).***

Die Dringlichkeit ist gegeben, wir kommen zum Inhalt selbst, wer wünscht hier das Wort?

Stadtrat **Hohensinner**:

Ich wollte nur einmal nachfragen bei der Antragstellerin. Liebe Daniela, warum du jetzt diesen Antrag stellst? Also, wie die Claudia ausgeführt hat, beziehen wir die Schulleiterinnen und Schulleiter ein. Gibt es irgendwo eine Schule, einen Fall, wo irgendetwas nicht berücksichtigt wurde? Das würde ich ganz gerne wissen, und wenn

ja, in welche Schule hat irgendetwas nicht funktioniert. Wenn du jetzt kein Beispiel geben kannst, dann hätte ich gesagt, wir müssen auch Vertrauen zu den Direktorinnen und Direktoren haben. Also, man kann nicht sagen, irgendwie das funktioniert nicht und deswegen muss der Kurt Hohensinner sich da was überlegen, welches Team an Lehrern das dann besser machen könnte. Ich hätte gerne einfach nachgefragt, wo etwas nicht funktioniert, weil das wäre ja dann auch ein Vorwurf gegenüber der Schulleitung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen, wenn nicht dann bitte ich Frau Schlüsselberger zum Schlusswort.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Ja, es sind mehrere Abteilungen berechtigt und mir ist schon klar, dass das ABl nicht die Bagger bestellt, um eine Baugrube auszuheben. Fakt ist aber auch, dass die Stadtbaudirektion und GBG jeweils in unserem Koalitionsressort ist und beide, witzigerweise gesagt haben, super Antrag, machen wir mit.

Zu den Punkten von der Kollegin Unger, die ich alle jetzt vielleicht ein bisschen entkräften kann und muss. Also ich bin jetzt nicht daheim gesessen und habe mir gedacht, na was könnte der dritte Antrag an die ÖVP sein? Nein, aber ich war bei Pädagoginnen und Pädagogen und ich bin eine Mama. Du kennst es selber, du hast Kinder, du hast Schulen und da haben mir ein paar Sachen gestört. Ich versuche jetzt einmal Beispiele zu bringen. Das Angebot, konkrete Schulen zu nennen, würde ich gerne sagen, das klären wir auf direktem Wege und nicht im großen Auditorium. Weil ich jetzt auch keine Direktor:innen irgendwie an den Pranger stellen will. Sofort wird der Vorwurf kommen, das sei eine Nichtfähigkeit der Leitungen. Nein, darum geht es ja nicht. Und noch einmal, das ist jetzt nicht das Anprangern von irgendwelchen Abteilungen. Aber eins ist auch klar, wenn ein Kind von der Schule in den Garten in der

20-Minuten-Pause geht, über einen ewig langen Gang in der Schule in den Raum geht, wo Patschen und Straßenschuhe getauscht werden, das Gebäude verlässt und beim Gartentürl reingehen muss. Und jetzt nehmen wir einmal das Wort Linienmanagement in den Mund. Irgendwas passt da nicht, weil jeder, der irgendwie in der Elementarpädagogik gearbeitet hat, den Trostkinder dort zu bändigen ist was anderes. Wenn der Raum auch noch uneinsichtig ist und wir reden teilweise von Kindern zwischen 6 und 11 Jahren, dann nimmt das Potenzial an dort einen Blödsinn zu machen. Und der Blödsinn passiert dann. Das können wir uns jetzt alle wünschen, dass das nicht so ist, aber das ist so. Und ausbaden müssen es die Pädagog:innen.

Kontinuität und Weitblick bei den Direktorinnen und Direktoren sehe ich absolut, aber auch bei unseren Pädagoginnen und Pädagogen, also nicht nur die Leitungen, und noch einmal das sind die, die täglich von früh bis am Abend mit den Kindern die Zeit verbringen, und denen glaube ich auch, wenn sie mir sagen, wir gehen jetzt durch die Seitentür durch, nur da stehen halt jetzt acht paar Schuhe ständig herum, vom Fluchtweg-Gedanken überlegen wir gar nicht, aber das ist einfach nicht händelbar, geschweige denn, dass ich den Dreck dann wieder dort habe, wo ich ihn nicht haben will.

Wir reden davon, dass Sonnenterrassen geplant werden, die wunderschön sind, nur wenn es kalt ist, kannst du sowieso nicht draußen sitzen, wenn es regnet, kannst du nicht draußen sitzen, wenn die Sonne scheint, kannst du nicht draußen sitzen, weil das weiße Blatt Papier so viel blendet, also müssen wir überlegen, ob das zukünftig auch noch der Bedarf ist und so könnte ich ganz, ganz viele Beispiele nennen, die nicht böse gemeint sind, um Gottes Willen. Die Schulen schauen alle wunderschön aus, aber mein Kind ist selber zwei Mal mit Hitzestich nach Hause gekommen, weil halt der Schatten wieder draußen fehlt und weil die südseitige Sonnenterrasse mit unten Beton, oben Beton und das nicht das Optimum ist, um dort den Nachmittag zu verbringen.

Ganztageschulkonzepte oder auch Konzepte mit Nachmittagsbetreuung haben halt zur Folge, dass Kinder teilweise bis 17-18 Uhr dort sind und das wirklich anstrengend ist, wenn sie dort dann nirgends spielen können, weil drinnen natürlich keine Klimaanlage sind. Bin ich absolut dacore, draußen ist aber auch heiß und irgendwann

sagt der Körper am Mittwoch, das geht nicht mehr. Deswegen bitte nicht als Kritik auffassen, bitte noch einmal vielleicht in euch gehen, setzen wir uns doch einfach zusammen. Gerne kann ich da konkrete Schulbeispiele nennen und reden wir dann mit den Pädagog:innen. Wenn es für die neuen Schulen keine findet, weiß die Belegschaft und Personalvertretung immer wen, wer sie auskennt, einfach im Sinne der Kinder und der Pädagog:innen, ganz, ganz ohne Emotionen, vielleicht schaffen wir das eine oder andere zu verbessern. Weil ich glaube, davon partizipieren wir dann als Eltern auch wenn unseren Kindern einfach verweilen möglich ist, das für alle angenehmer ist. Deswegen hoffe ich trotzdem auf breitere Zustimmung, als wie sie sich abzeichnet.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung des Antrags, gegenprobe. Das ist eindeutig so angenommen.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, Eustacchio).***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Gjergji. Ahh, diesen hat schon meine Kollegin gemacht. Kommen wir nun zum Antrag von Herrn Pascuttini.

## **9.8 Lärmsituation am Kaiser-Josef-Platz (KJP) und Lendplatz**

**(Berichterstatter: KO GR Pascuttini, KFG)**

Klubobmann **Pascuttini:**

Danke Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Anknüpfend an die Fragestunden im Mai und im Juni, wo wir schon die Lärmsituation am Kaiser-Josef-Platz thematisiert haben, ich und der Kollege Winter, möchten wir heute die teilweise sehr unangenehme Situation am Kaiser-Josef-Platz und auch am Lendplatz thematisieren. Das eine Freud, das andere Leid, das wird dort oft an den Wochenenden, aber auch unter der Woche deutlich sichtbar. Und vorweg, ich bin jetzt kein Gegner davon, dass man in einer Stadt nicht schöne öffentliche Plätze hat, wo man das eine oder andere Gras gemeinsam mit Freunden genießen kann, keinesfalls, nur es dürfen die Anrainer nicht überbordend unter einer Entwicklung leiden, die wir als Event und Party-Meilen sozusagen betitelt haben, und das ist leider oft der Fall. Es gibt immer viele, die sich dann daran halten, die sich auch an die Ausschlagzeiten halten, und dann gibt es leider den einen oder anderen Wirt und den einen oder anderen Gast, der sich nicht daran hält, der ungebührlich störenden Lärm erregt und der dann eben die Anrainer in ihrer Nachtruhe oder auch in ihrer Ruhe tagsüber schadet. Das ist die eine Thematik, eben die überbordende Gastrosituation bei diesen Plätzen, und die andere Problematik, keine altbekannte, ja das sind die Skater vor Ort. Und da geht es jetzt gar nicht darum, wie man in den letzten Wochen mit vielen Anrainern gesprochen hat, um das Skateboard als Fortbewegungsmittel. Das ist von sehr, sehr vielen akzeptiert, das ist kein Problem. Es ist dieses Tricksen, es ist dieses Springen mit dem Skateboard, das dort wirklich Lärm erregt, und ich kann das auch nachvollziehen. War selbst dann vor Ort habe mir es angesehen, dieser Lärm, der damit produziert wird, das ist einfach nicht erträglich auf die Dauer.

Wir haben in den letzten Fragestunden eingangs angekündigt, ja dieses Thema schon thematisiert, haben da schon auch Antworten erhalten, haben ja da auch die Zustimmung von der Frau Bürgermeisterin in der letzten Fragestunde im Juni erhalten.

Dass man oft den Menschen durch diese Event- und Partymeilen zu viel zumutet und dass die Stadt natürlich auch in der Verantwortung ist, etwas gegen diese überbordenden Lärmereignisse zu tun.

Ich darf auch in Erinnerung rufen, das Gutachten, das das Gesundheitsamt beim Umweltamt beauftragt hat, wo ja durchaus auch darauf hingewiesen wurde, dass die Lärmsituation am KJP durchaus etwas problematisch ist.

In diesem Sinne, Sie haben den Antrag sicher alle gelesen, komme ich auch schon zum Antragstext oder zum Beschlusstext.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Punkt 1: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit im eigenen Wirkungsbereich der Stadt das Tricksen mit Skateboards und das Standrollen am Kaiser Josefpfplatz und auch am Lendplatz untersagt werden kann.

Punkt 2: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, öffentliche Orte wie den KJ-Platz und den Lendplatz, die aufgrund des täglichen Betriebes von Gastgärten und dergleichen bereits massiv schallvorbelastet sind, in denen in der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2024 bereits angekündigten Veranstaltungskataster mit aufzunehmen.

Punkt 3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelastung am KJP und am Lendplatz, verursacht durch die dort nunmehr intensiven Ausmaß vorherrschende „Event- und Partykultur“ zum Schutze der Anrainer zu entwickeln. Diesbezüglich ist dem Gemeinderat bis Oktober 2024 Bericht zu erstatten.

Punkt 4. Ebenfalls werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt, Maßnahmen zur Reduktion der durch Skater verursachte Lärmbelastung am KJP und Lendplatz zum Schutze der Anrainer zu entwickeln. Auch hier ist dem Gemeinderat bis Oktober 2024 Bericht zu erstatten.

Ich bitte um eine möglichst breite Zustimmung und bedanke mich auch bei dem Klubobmann Dreisiebener, der uns darauf hingewiesen hat. Deswegen wurde auch die Korrektur zu Punkt 2 am Vormittag vorgenommen, dass der Veranstaltungskataster

nicht realisiert, sondern sozusagen in naher Zukunft realisiert werden wird. Daher wurde auch Punkt 2 sozusagen abgeändert.

**Originaltext des Antrages:**

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**Dringlicher Antrag**

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit im eigenen Wirkungsbereich der Stadt das „Tricksen“ mit Skateboards und auch Stunt-Rollern am Kaiser-Josef-Platz und auch Lendplatz untersagt werden kann.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, öffentliche Orte wie den KJP und den Lendplatz, die auf Grund des täglichen Betriebes von Gastgärten und dergleichen bereits massiv schallvorbelastet sind, in den in der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2024 bereits angekündigten Veranstaltungskataster mitaufzunehmen.*
- 3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelastung am KJP und am Lendplatz - verursacht durch die dort nunmehr in intensivem Ausmaß vorherrschende „Event-/Partykultur - zum Schutze der Anrainer zu entwickeln und ist diesbezüglich dem Gemeinderat bis Oktober 2024 Bericht zu erstatten.*
- 4. Ebenfalls werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt, Maßnahmen zur Reduktion der durch die „Skater“ verursachten Lärmbelastung am KJP und Lendplatz zum Schutze der Anrainer zu entwickeln und ist diesbezüglich ebenfalls bis Oktober 2024 dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.*

**Bürgermeisterin Kahr:**

Vielen Dank. Danke, das war jetzt ein Geschwindigkeitsrekord. Herr Gemeinderat Ulrich bitte.

**Gemeinderat Ulrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, lieber Alexis, ganz so schnell wie du werde ich es nicht schaffen, aber ich bemühe mich, in der Zeit zu bleiben. Ich habe deinen Motiventext sehr aufmerksam gelesen und als ehemaliger Bezirksrat von St. Leonhard, als Bewohner von St. Leonhard, und ich bin auch seit 24 Jahren Vegetarier. Ich kaufe mein Gemüse und decke mich mit ordentlich Gemüse am Kaiser-Josef-Markt immer ein. Ist mir die Situation dort sehr vertraut. Bezüglich deines Motiventextes hast du ja den Artikel in der Kleinen Zeitung, und ich darf kurz zitieren: „Aufgrund eines Artikels der Kleinen Zeitung von 02.07. besteht unter den Anrainern aktuell allerdings auch die große Besorgnis, dass die ohnehin schon hohe Lärmbelästigung an beiden Plätzen aufgrund der Ausweitung von Veranstaltungen weiter zunehmen wird“. Jetzt habe ich den Artikel in der Kleinen Zeitung aufmerksam dreimal gelesen und habe es auch einer Kollegin von mir zum Lesen gegeben, da steht das tatsächlich überhaupt nicht drin, was in dem Artikel drin ist. Also, total netter, toller Artikel über den Kaiser-Josef-Platz, da stehen Sachen drin, wie, da tun sie Besucher:innen interviewen und die sagen: „Das Gefühl hier ist ein besonders entspanntes“, Wirtschaftstreibende haben sie da interviewt in dem Artikel, die sagen: „Alle Wirte ziehen an einem Strang“. Wir haben damals als Bezirksrat noch von St. Leonhard in der letzten Legislaturperiode haben wir Vorschläge damals zur Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platz eingebracht, die wurden leider nicht gehört. Er wurde betoniert und die Ausweichmöglichkeit wurde dann auch betoniert. Das hat für sehr viel Unmut gesorgt. Was aber nicht für Unmut gesorgt hat, war die unkonventionelle Lösung, die im April 2024 getroffen wurde, und zwar gemeinsam mit Gewerbeanrainern und Nutzern des Kaiser-Josef-Platzes, und zwar eine Lösung, die auf ganz breiten Beinen steht, nämlich einstimmig vom Bezirksrat St. Leonhard,

eingebunden mit den Standl-Besitzern am Platz, dem Marktreferat, dem Marktamt und dem Herrn Stadtrat Hohensinner. Und zwar wurde beschlossen, dass ein Mediator am Wochenende rund um die Sperrstunde am Platz präsent sein wird.

Ich glaube, viele haben es schon mitgekriegt, das ist der Herr Hutterer, eine quasi Türsteherlegende in Graz, der Wikinger, hat ein bisschen ein Auftreten, schaut aus, als wäre er „Game of Thrones“ entsprungen. Ein sehr beeindruckender Mensch.

Ich fand es auch spannend, in der Kleinen Zeitung ist dann auch gestanden, also, ich zitiere den Herrn Stadtrat Hohensinner: „Mit diesem Projekt wollen wir alle gemeinsam einen Schritt für ein gutes Miteinander am Platz gehen“, und den sind wir jetzt auch tatsächlich gegangen.

Ich habe gestern ein langes Gespräch mit Herrn Hutterer mit dem Mediator geführt, und er fasst die Situation folgendermaßen zusammen. Er sagt, bei den Skatern gab es eine massive Reduktion aufgrund des weniger vorhandenen Platzes der Skater. Einfach jetzt wo die Standln mehr Platz einnehmen und die Gastro einfach auch mehr Platz einnimmt. Es gibt auch einen ständigen Austausch mit dem Grazer Rollbrett Ästheten Bund kurz GRÄB. Das Marktamt selber hat die Veranstaltungen auf sieben Veranstaltungen pro Jahr eingedämmt, und jeden Freitag ist ein Mitarbeiter des Marktamtes da. Und wie wir heute schon gehört haben, dem Marktamt vertrauen wir hoffentlich auch. Tun wir. Es gibt für die Anrainerinnen und Anrainer immer eine Schallmessanlage oder eine Lautstärkemessanlage, die ist noch nie über 71 Dezibel hinausgekommen und die steht direkt vor den Eingangstüren.

Ich habe dann den Herrn Hutterer auch gefragt bezüglich Beschwerden, er hat gesagt, das System funktioniert so, dass sich Anrainer bei der Polizei melden und die melden sich dann beim Mediator. Weißt du, wie oft die sich bei ihm gemeldet haben, seitdem er hier im Einsatz ist? Null Mal. Die Standler selber können den Herrn Hutterer oder das tun sie zumindest auch, immer wieder bitten, dass er seine Arbeitsschichten früher beginnt. Macht er mit großer Freude.

Wir sind natürlich trotzdem, lieber Alexis, an einem guten Zusammenleben in dieser Stadt in dem Fall interessiert und wir diskutieren das auch gern. Darum werden wir der Dringlichkeit deines Antrags auf jeden Fall stattgeben, wir bitten allerdings bei den

Punkten um getrennte Abstimmung. Was den Abänderungsantrag angeht, den kann ich nicht ganz nachvollziehen, ehrlich gesagt, weil erstens einmal die Grazer ÖVP in allen Ebenen als konstruktiver Teilnehmer an dieser unkonventionellen Lösung mitgewirkt hat und eigentlich diesen Erfolg auch tatsächlich mitzuverantworten hat. Und jetzt quasi in einen Abänderungsantrag, also erstens einmal zu sagen: „Ja, das ist wirklich alles furchtbar“, und jetzt der Vizebürgermeisterin versuchen da irgendwas umzubinden, muss ich ehrlich sagen, deshalb werte ich persönlich diesen Abänderungsantrag tatsächlich eher politischer Natur, weniger inhaltlicher. Also für uns ganz klar, Dringlichkeit gegeben, bitte, getrennte inhaltliche Abstimmung. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Bitte Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat, werter Stadtsenat, lieber Philipp Ulrich, man muss sagen, der Kaiser-Josef-Markt ist extrem gut gelungen. Er zieht einfach Menschen an und wo Menschen sind, gibt es Lärmquellen und ich bin da wirklich sehr oft vor Ort, rede mit den Anrainern, mit den Standlern, mit den Skatern und Skaterinnen und man muss zwei Lärmquellen auseinanderhalten. Die eine Lärmquelle geht aus von den Menschen, die dort bei den Ständen etwas konsumieren bis 23:30 Uhr und leider ab und zu darüber hinaus und genau da wollten wir auch unsere Schritte setzen und die zweite Lärmquelle sind die Skaterinnen und Skater. Das hat auch das Gesundheitsamt festgestellt bei Lärm-Messungen. Du hast jetzt auch wirklich schon fast alles im Detail erklärt, was ich auch sagen wollte, was mein Marktamt betrifft, und das ist eben die Lärmentwicklung der Menschen, die dort fortgehen, die konsumieren, und da haben wir, glaube ich, mit dem Bezirk gemeinsam und den Gastronomen haben wir ein tolles Paket auf die Beine gestellt. Du hast das

gesagt, mit dem Mediator, wir haben verstärkt die Präsenz der Marktaufsicht, dass eben die Sperrstunde eingehalten wird, die Wirte ziehen da wirklich mit, die wollen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein. Es wurden die Veranstaltungen auf sieben Veranstaltungen insgesamt reduziert, das heißt, es ist eigentlich, wenn man jetzt die kalte Jahreszeit wegzählt, pro Monat nur eine Veranstaltung. Und da setzen wir auch vom Veranstaltungsreferat die Begleitmaßnahmen. Also das ist am Anfang ein bisschen ausgeartet, also da waren einfach dann bei einer Veranstaltung, die mit 300 Leuten irgendwie genehmigt war, waren dann über 1.000 Leute da. So etwas geht nicht. Also da haben wir nachgeschärft, übers Marktamt haben wir Sensibilisierungsmaßnahmen auch gesetzt, wo wir mit den Marktstandlern auch reden und wir kontrollieren die Gastgartengrößen und auch die Beschallung. Ein Standl darf draußen keine Beschallung machen, also nur wenn eine Veranstaltung stattfindet. Also da haben wir wirklich eigentlich alle Hausaufgaben gesetzt und das wirkt sich Gott sei Dank schon positiv aus.

Du hast gefragt, warum wir jetzt einen Abänderungsantrag stellen, weil die zweite Lärmquelle noch nicht ganz geklärt ist. Ich bin selbst Skater und habe mich immer dafür eingesetzt, dass die Skater da nicht komplett weg müssen, aber man muss schauen, dass das alles im Rahmen bleibt. Da müssen wir noch Maßnahmen setzen, wie zum Beispiel gibt es das Projekt am Grünanger, Grünanger Neu, dass wir den Park gestalten. Dieses Projekt ist seit 2021 fertig, wir können einen tollen neuen Skaterpark umsetzen. Das würde einfach den Druck herausnehmen, dass nicht mehr so viele Skaterinnen und Skater auf den Grazer Plätzen unterwegs sind. Das ist eine Möglichkeit, die wir, oder eine Aktion, die wir hier setzen könnten.

Die andere betrifft die STVO, da gibt es ja den Streit, was darf man auf Plätzen, und da ist die Judith Schwentner zuständig als Chefin des Straßenamts. Das ist unser Abänderungsantrag. Seitens des Marktamtes haben wir unsere Hausaufgaben gesetzt, seitens des Straßenamtes kann man da auf jeden Fall nur einmal genau erörtern, ob es nicht noch mehr Möglichkeiten gibt, dass die Lärmentwicklung etwas zurückgeht. Also ich verstehe auch die Anrainer. Insgesamt muss man sagen, als das habe ich mit der Frau Bürgermeisterin gerade geredet, in einer Stadt muss jeder einen Schritt

zurückmachen und dann einen Schritt aufeinander zu, weil überall wohnen Menschen, also die wollen auch ab einer gewissen Zeit ihre Nachtruhe haben, aber die Anrainer müssen akzeptieren, dass sie nicht am Land wohnen, sondern in der Stadt. Ich glaube, dass es gut ist, dass unterschiedliche Nutzer die Plätze in Anspruch nehmen. Also, da sollte man die Gehsteige nicht ab einer gewissen Zeit raufklappen. Es ist ein Miteinander, das habe ich in dieser Frage eigentlich immer angestrebt, auch schon in der letzten Periode. Eine Mediation, eine große Zwischenanrainern und Standlern und Skaterinnen und Skatern, die hat es eigentlich nicht gegeben und die würde ich der Frau Vizebürgermeisterin vielleicht empfehlen, dann kommen wir vielleicht zu einer Gesamtlösung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich dich bitten, um das Schlusswort.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich möchte gleich das Schlusswort in einem mitmachen, lieber Philipp. Man kann natürlich die Dinge so oder so sehen und ich habe vor den Anrainern gänzlich divergierende Berichte zu deinen Ausführungen erhalten. Es ist ja auch immer mit diesen Lärmmessungen so eine Sache, wenn ich den Lärm jetzt sozusagen im Erdgeschoss messe, wie ist er im ersten, wie ist er im zweiten Stock wahrnehmbar? An welchen Tagen wird dann gemessen? Um welchen Lärm geht es? Geht es dann einfach um den Lärm, der dadurch provoziert wird, dass da massiv Alkohol ausgeschenkt wird, dass sich da Einzelne nicht daranhalten? Da machen es dann einige wenige sehr Vielen kaputt, das ist mir schon klar. Alles in allem gibt es die Beschwerden nach wie vor, sonst würden wir den Antrag nicht einstellen.

Ich wohne nicht dort, ich habe kein persönliches Interesse den Antrag einzubringen, also da geht es wirklich darum, dass es eine, ich sage starke, eine Anrainerinitiative

gibt. Man muss ja auch nicht nur, der Antrag ist ja nicht nur auf den KJP bezogen, sondern auch auf den Lendplatz, also das ist bei beiden Plätzen ähnlich gelagert und man darf jetzt nicht die eine Seite übermäßig bevorzugen, wo man sagt: „Bitte aus ganz Graz und Graz Umgebung, komm zu diesen Plätzen“ und auf die Anrainer, die dort schon länger gewohnt haben, die sind uns egal, sondern man muss da den Ausgleich möglichst sozusagen gut schaffen. Und es ist natürlich die Frage, ich sage eine Stadt, da gibt es verschiedene Lärmquellen, die gibt es sowieso schon, man wohnt nicht am Land, aber das kann man auch so ganz nicht unterstreichen, weil es gelten auch in der Stadt die Gesetze und die Frage ist, ist es ein gebührender Lärm, der da provoziert wird, wenn jemand dort Skateboardübungen macht. Das ist es nicht. Klavierspielen ist auch erlaubt, wenn ich den ganzen Tag in einem Mehrparteienhaus Klavier spiele, werde ich trotzdem auch ein rechtliches Problem bekommen mit der Zeit, weil halt irgendwann aus diesem Erlaubten etwas Unerlaubtes wird, wenn es die anderen Menschen im Haus massiv beeinträchtigt.

In diesem Sinne finde ich es doch gut, dass einzelne Punkte, ja, scheinbar mit einer größeren Mehrheit durchgehen, man wird das einfach generell sozusagen beobachten müssen, auch was die gesamte Eventkultur betrifft, ja, da haben wir auch andere, sage ich, Probleme, wo immer die Frage ist, kann es auch ein Zu-Viel geben. Gerade bei Veranstaltungen, die Lärm produzieren, kann es jedenfalls ein Zu-Viel geben, da werden wir einfach das Auge in Zukunft darauf haben, dass das nicht zu viel wird und dass die Anrainer von den betroffenen Gebieten auch sozusagen in Ruhe leben können und einfach sozusagen nicht immer dem ungebührlich störendem Lärm ausgesetzt sind.

In diesem Sinne bedanke ich mich, zu welchen Punkten dann auch immer schlussendlich zugestimmt wird, und habe wieder ein bisschen Zeit übriggelassen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals Herr Klubobmann. Ich möchte Ihnen nur sagen, auch von meiner Seite her, dass mir das selber sehr wichtig ist. Sie haben es angeführt und da werden viele

auch kommen, weil Sie haben nicht unrecht in dem. Es ist die Fülle von den Dingen. Und wir haben es gerade vorhin angesprochen, ich habe gesagt, es geht immer um die Balance, also einerseits wollen wir die Veranstaltungen, wir freuen uns über Gäste, wenn viel Besuch ist. Es ist heute schon gesagt worden, wegen der Wirtschaft, aber man darf eben tatsächlich nicht auf die Anrainer:innen vergessen. Und so toll das am Lendplatz ist, es ist auch nicht nur lustig, und diese Klagen und Beschwerden gibt es einfach, das ist eine Realität, die landen auch bei mir. Und ich bin dankbar über diese Initiativen, die hier getroffen werden und auch was der Philipp angesprochen hat, man muss hier immer dran bleiben, sonst kippt es.

Wir kommen zur getrennten Abstimmung.

**Zwischenruf:**

Wir haben die Dringlichkeit nicht abgestimmt.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Dringlichkeit ist zuerst. Wer ist dafür? Gegenprobe, das ist einstimmig angenommen, wünscht zum Inhalt noch wer das Wort? Bitte Frau Gemeinderätin Kreiner.

**Gemeinderätin Kreiner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, werte Zuseher, ich darf einen Abänderungsantrag einbringen und zwar vielleicht noch kurz zum Gemeinderat Ulrich, also wir finden nicht alles furchtbar. Wir reduzieren den Antrag einfach nur auf das Wesentliche und eben an die tatsächlich zuständige Stelle und fragen auch nach wegen einer möglichen Entlastungsmöglichkeit dieser Plätze. Insofern, Stadtrat Kurt Hohensinner hat das schon ausgeführt, aber eben wesentlich wäre für uns eben die Zuständigkeit außerhalb des Marktgeschehens im öffentlichen Raum oder etwaige Verbote, die man an die zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner eben richten müsste. Außerdem eben ein wichtiges Projekt, nämlich den

öffentlichen Skatepark am Grünanger, der ja auf jeden Fall Teil der Lösung wäre, weil eben diese Plätze dadurch entlastet werden würden. Darum stelle ich eben folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen: Stadträtin Judith Schwentner wird im Rahmen ihrer Ressortzuständigkeit für Verkehr damit beauftragt, unter Einbeziehung relevanter Stakeholder einen Maßnahmenkatalog zur Lösung der anhaltenden Problematik der Lärmbelastung von Anrainerinnen und Anrainer durch übermäßiges Skaten am Kaiser-Josef-Platz und Lendplatz zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis Oktober 2024 Bericht zu erstatten.

Punkt 2: Finanzstadtvater Manfred Eber wird ersucht, den Ausschuss für Beteiligung und Finanzen in der nächsten Sitzung darüber zu informieren, bis wann mit der Umsetzung des Neubaus des Skateparks Grünanger zu rechnen ist. Danke.

***Originaltext des Abänderungsantrags:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich zum angeführten Dringlichen Antrag folgenden*

***Abänderungsantrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen*

- 1. Stadträtin Judith Schwentner wird im Rahmen ihrer Ressortzuständigkeit für Verkehr damit beauftragt unter Einbeziehung relevanter Stakeholder einen Maßnahmenkatalog zur Lösung der anhaltenden Problematik der Lärmbelastung von Anrainerinnen und Anrainern durch übermäßiges Skaten auf Kaiser-Josef-Platz und Lendplatz zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis Oktober 2024 Bericht zu erstatten.*

2. *Finanzstadtrat Manfred Eber wird ersucht den Ausschuss für Beteiligungen und Finanzen in der nächsten Sitzung darüber zu informieren, bis wann mit der Umsetzung des Neubaus des Skateparks Grünanger zu rechnen ist*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich habe den Abänderungsantrag von euch nicht gekriegt, aber ist egal, macht nichts, die Schriftleitung hat ihn. Er war nicht drinnen, ich habe geschaut extra noch einmal, macht nichts. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Ram.

Gemeinderat **Ram**:

Sehr verehrte Damen und Herren, ich darf jetzt noch kurz die grüne Position kurz darlegen. Ich glaube, es ist schon einiges gesagt worden. Für uns ist es auch wichtig, dass man, abgesehen von Verboten, in den Dialog kommt. Ich glaube, da passiert schon sehr viel. Vieles von dem ist heute schon gesagt worden, speziell dieses Thema mit den Skatern. Man muss schon ganz klar sagen, es wird dann irgendwie verlangt, dass man das Skaten untersagt. Das hat es schon gegeben, das ist gerichtlich gekippt worden. Ich glaube, das ist jetzt vielleicht auch nicht der Weg, den wir wollen, weil ich glaube, es gibt, auf allen Stellen haben wir glaube ich gehört, es gibt gute Möglichkeiten miteinander zu sprechen. Also, wir haben auch gute Kontakte zu GRÄB. Und das ist definitiv so, dass es da Bereitschaft gibt, über alle möglichen Dinge zu sprechen. Es gibt auch die Anforderung auf den Plätzen, dass eben von 14 bis 21 Uhr geskatet werden darf. Ich glaube, was ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, es gibt jetzt auch Entlastung, die es jetzt lange nicht gegeben hat. Eben, wir haben heute den Bezirkssportplatz mit dem Skateplatz beschlossen, die Obstacles bei der Messe sind wieder aufgestellt worden. Und ich glaube, was ja auch bei dem Abänderungsantrag als Punkt 2 verlangt wird, man kann es schon vorwegnehmen an diesem Grünanger Projekt, da gibt es inzwischen schon sehr konkrete Schritte, dass das jetzt bald passieren wird. Also, ich glaube, das sind eigentlich die Dinge, wo man

dann auch von diesen Plätzen diesen Druck wegnimmt, diese vielleicht überbordende Belastung dann auch nicht mehr hat.

Also in dem Sinn, wir werden dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, aber sind gerne dabei, eben die Punkte 2 und 3 vom Antrag mitzutragen, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Herr Stadtrat Eber.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte auch nur kurz zum zweiten Punkt des Abänderungsantrags von der Marion Kreiner etwas ganz kurz sagen. Der David Ram hat es jetzt eh schon angekündigt, wir haben ja jetzt beschlossen, dass wir nur mehr dreimal im Jahr diese Investitionen im Gemeinderat grundsätzlich beschließen wollen, das ist im Mai, im September und eben dann im Zusammenhang mit dem Budget im Dezember. Für September gibt es eigentlich, oder vernehme ich von vielen Parteien, zumindest von einer deutlichen Mehrheit, jetzt eben auch von der ÖVP, dass der Skaterpark Grünanger gewünscht ist. Wir haben natürlich für ein Investitionsfonds insgesamt begrenzte Mittel, aber wollen oder müssen da natürlich auch priorisieren. Dies heißt, wir haben bereits das Sportamt ersucht, entsprechend das Gemeinderatsstück vorzubereiten, haben es aber noch nicht bekommen. Ich sage es deswegen auch in Richtung Kurt noch einmal, bitte beachten, bis 15. August ungefähr müsste das Stück dann da sein. Wie gesagt, es gibt von praktisch allen Parteien Wohlwollen gegenüber diesem Projekt und von daher kann ich mir gut vorstellen, dass wir das im September dann bereits beschließen und in die Umsetzung bringen können. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, wünscht der Antragsteller noch ein Schlusswort? Passt. Dann kommen wir zuerst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag von Frau Gemeinderätin Kreiner. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Dieser ist abgelehnt.

***Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).***

Dann kommen wir zum Antrag selbst von Herrn Klubobmann Pascuttini. Hier habe ich verstanden, ist gewünscht eine getrennte Abstimmung. Wenn ja, dann kommen wir zum Punkt 1. Wer ist hier dafür? Das ist, glaube ich, braucht man nicht, ist eine Minderheit.

Punkt 2: Wer ist hier dafür? Dieser Punkt ist angenommen.

Dann ist der Punkt 3: Wer stimmt dem zu? Der ist ebenso mehrheitlich angenommen.

Und der Punkt 4: Der ist wieder in der Minderheit geblieben.

***Punkt 1 des Antrages wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, FPÖ).***

***Punkt 2 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ).***

***Punkt 2 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ).***

***Punkt 2 des Antrages wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, FPÖ).***

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Winter.

## 9.9 Bekenntnis zur freien sozialen Marktwirtschaft

**(Berichterstatter: GR Winter, KFG)**

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werde Stadtregierung. Dass mit dieser links-linken Koalition auch ein politischer Klimawandel einhergeht, das war für alle Beteiligten zu befürchten.

Dass wir durchaus von Zeit zu Zeit mit teils substanzlosem Linkspopulismus zu rechnen haben, das war zu befürchten. Gutes Beispiel erst heute: Die Debatte mit der Leerstandsabgabe. Und dass wir durchaus von Zeit zu Zeit mit übertriebenem und durchaus überzogenem Ökosozialismus rechnen müssen, auch mit dem war durchaus zu rechnen.

Die letzten Monate haben aber durchaus auch einiges verändert. Wenn man sich die Redebeiträge der Linksfraktion hier immer wieder anhört, in erster Linie der KPÖ, wenn man sich durchaus auch die eine oder andere Wortmeldung vielleicht zwischenmenschlich anhört, dann merkt man, dass eine gewisse Radikalisierung eingetreten ist. Es ist mittlerweile schon so, dass wir - es ist traurig, dass Sie darüber lachen, das ist nicht gut - es ist teilweise unverschämt und teilweise durchaus hemmungslos mittlerweile so, dass linksextreme kommunistische Wirtschaftspolitik propagiert wird und die Spitze dieses Eisbergs haben wir erst kürzlich vom KPÖ-Klubdirektor Wisiak vernommen, der ganz offen für eine Planwirtschaft im Bausektor eingetreten ist und auch diesbezüglich durchaus bis zu einem gewissen Grad die Masken fallen hat lassen.

Ich habe die KPÖ eigentlich immer als Partei kennengelernt, die eingefordert hat, dass man angeblicherweise aus der Geschichte lernen sollte und ich kann das nur in dem Sinn bestätigen und ich kann die Aufforderung zurückgeben. Fangen Sie selbst an damit, lernen Sie Wirtschaftsgeschichte, lernen Sie aus Ihrer eigenen Geschichte, weil im Endeffekt, wenn Sie die blanken historischen Fakten betrachten, dann wird es selbst für die verbohrtesten ideologischen Köpfe schwer zu leugnen sein, dass der Kommunismus in sehr, sehr vielen Erdteilen, in sehr, sehr vielen Ländern dieser Welt

Armut, Elend, gesellschaftlichen Zerfall, wirtschaftlichen Niedergang und viele andere negative Entwicklungen mit sich geführt hat. Und es ist auch ein Faktum, dass in jenen Ländern, die durch eine Marktwirtschaft regiert worden sind, in denen Marktwirtschaft über viele Jahre und Jahrzehnte geherrscht hat, im großen Schnitt ein höheres Maß an Wohlstand gegeben ist, ein höheres Maß an Freiheit gegeben ist und im Endeffekt ein höheres Maß auch an Prosperität gegeben ist. Und natürlich, Sie werden jetzt tausend Dinge in Ihren ideologischen Büchern hervorkramen, warum das falsch ist und warum das alles nicht stimmt und der Kommunismus in Wirklichkeit die Heilslehre ist und dementsprechend kein Weg daran vorbeiführt, dass man die Planwirtschaft wieder einführt. Fakt ist, die blanken Zahlen sprechen dagegen und wir sollten auch aus der Geschichte einerseits der USA, aber auch aus unserer eigenen europäischen, mitteleuropäischen, westeuropäischen Geschichte lernen. Wir sind der Erdteil, der ein großes Maß an Prosperität, an Wohlstand, an Freiheit bis jetzt noch hat und über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut hat. Und wir sollten auch unseren Vorfahren der letzten Jahrzehnte dankbar sein, dass sie diesen Weg gegangen sind, weil er ein Weg war, der richtig war und der auch für uns alle einen positiven Effekt hervorgebracht hat. Und genau aus diesem Grund ist auch der

**Dringliche Antrag,**

so wie er hier vorliegend ist, von mir eingebracht, nämlich der Grazer Gemeinderat bekennt sich vollumfänglich zum bewährten westlich geprägten Modell der freien sozialen Marktwirtschaft, welches hauptverantwortlich dafür ist, dass im Zeitraum ab 1945 bis dato Wohlstand und Prosperität in unserem Land Einzug gehalten haben und lehnt der Grazer Gemeinderat jegliche aus der Mottenkiste des 20. Jahrhunderts stammende zentralwirtschafts-planwirtschaftliche Fantasien aus tiefster demokratischer Überzeugung ab. Danke sehr.

***Originaltext des Dringlichen Antrages:***

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz*

*Der Grazer Gemeinderat bekennt sich vollumfänglich zum bewährten westlich-geprägten Modell der freien sozialen Marktwirtschaft, welches hauptverantwortlich dafür ist, dass im Zeitraum ab 1945 bis dato Wohlstand und Prosperität in unserem Land Einzug gehalten haben, und lehnt der Grazer Gemeinderat jegliche aus der Mottenkiste des 20. Jahrhunderts stammende Zentralwirtschafts-/Planwirtschaftsfantasien aus tiefster demokratischer Überzeugung ab.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf den Vorsitz an Herrn Stadtrat Eber übergeben.

**Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (20.42 Uhr)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte da jetzt eigentlich gar nicht weit ausholen, weil es ist einfach zu spät, ich wollte nur erinnern, dass ab 18.00 Uhr eigentlich drüben Getränke oder Imbiss für Sie hergerichtet ist. Das meine ich jetzt ernst, weil ja der eine oder andere vielleicht früher gehen muss und die Mitarbeiter einfach wissen, wir haben das für Sie bereitgestellt. Ich möchte nur eine Anmerkung, weil das kann ich jetzt wirklich so nicht stehen lassen, in Graz, das was Sie von Wohnungen gesprochen haben, ist die Kommunistische Partei seit 21 Jahren für das Städtische Wohnungsamt und seit 2008 für den Wohnbau zuständig. Wir haben in dieser Zeit 1.800 neue Gemeindewohnungen gebaut, Sie können sich jede einzelne anschauen und Sie werden sehen, welche Qualität und welchen Standard diese Wohnungen haben. Und ich sage es auch noch dazu, die sind immer auch einstimmig hier im Gemeinderat unterstützt worden und das ist gut so,

weil, wie wir 1998 das Resort bekommen haben und 2010 abgeschlossen haben, war jede vierte Gemeindewohnung da in Graz Substandard, kein Bad, keine Toilette drinnen, oft Wasser am Gang und das letzte Objekt ist 2010 in dem Zustand noch gewesen und ist sozusagen fertiggestellt worden. Wenn Sie da jetzt daherreden von Kommunisten und wie das mit dem Wohnen, wir haben in Graz dafür gesorgt, dass Menschen, die es schwer haben und nicht einfach haben, eben nicht in Löchern wohnen müssen oder eine Wohnung annehmen müssen, wo sie, wie sie das Haus schon von außen gesehen haben, am Absatz umgedreht sind, und das möchte ich einfach hier festhalten, damit da nicht irgendwie falsche Eindrücke entstehen.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (20.45 Uhr)***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf um weitere Wortmeldungen bitten. Frau Gemeinderätin Unger.

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Antrag scheint ja gut zu funktionieren, es ist eine markige Aussage getroffen worden im Vorwahlkampf des Nationalrats mit einer markigen Aussage mit einer Begrifflichkeit, die vielen, muss man sagen, negativ aufstößt, weil sie auch Erfahrungen gemacht haben im Zusammenhang mit Planwirtschaft, die nicht so erfreulich waren und selbstverständlich muss man leider sagen, dass der Herr Kollege Winter, indem er diesen Antrag stellt, dem Ganzen auch noch mehr Bedeutung gibt. Also, insofern ist das wahrscheinlich etwas ungünstig, aber

ich sehe eine satte Zufriedenheit darüber bei der kommunistischen Fraktion, dass das Thema in der Form vorgetragen wird. Das ist einmal das erste, insofern möchte ich dem nicht allzu viel Raum geben, aber ich möchte zwei Sachen trotzdem ganz gerne dazu sagen:

Planwirtschaft ist ein Begriff, das überrascht jetzt weniger von einer Fraktion, die jedoch gerne wie zuletzt im Stadtplatz zum Beispiel auch von Jugoslawien spricht, also irgendwie glaube ich, geopolitische Entwicklungen auch nicht unbedingt so ganz im Blick hat oder zumindest einer gewissen Nostalgie anhängt, sollte man vielleicht doch überdenken im 21. Jahrhundert.

Das Zweite ist, dass in dieser Wortmeldung ja nicht nur diese Begrifflichkeit, die höchst fragwürdig ist, benutzt wurde, sondern auch eine ganze Branche einfach so verunglimpft wird in Bausch und Bogen. Das ist keine Wertschätzung, das ist eine Vorverurteilung und eine Beurteilung, die glaube ich auch sehr vielen unrecht tut.

Dagegen sollte man bitte auch auftreten, weil alle in Bausch und Bogen zu verurteilen, nur weil sie Häuser bauen, das geht bitte auch nicht. Da ist ein differenzierter Blick, glaube ich, uns allen ganz wichtig und sollte es zumindest auch hier bei der KPÖ sein.

Das dritte ist, wenn wir von Planwirtschaft sprechen, habe ich oft den Eindruck, dass das etwas ist, was in der Grazer Kommunistischen Partei vielleicht viele in der Theorie und vielleicht in der Grazer Ausprägung kennen, die wenigsten haben Erfahrung, was das Leben in einem kommunistisch-sozialistischen Land tatsächlich bedeutet und das ist der springende Punkt, das wäre tatsächlich zu empfehlen, dass man vielleicht nicht nur Reise unternimmt, wo man Genossen und Genossinnen besucht oder auf Urlaub fährt, sondern dass man sich anschaut, was das tatsächliche Alltagsleben in so einem Land bedeutet. Vielleicht ist der eine oder die andere dabei, die diese Erfahrung hat, ich darf an dieser Stelle anmerken, ich habe sie, im Gegensatz zu vielen anderen und deswegen weiß ich auch, warum beim Thema Planwirtschaft, beim Thema kommunistischer Staatsführung viele einfach nicht nur ungutes Gefühl haben, sondern auch ein bisschen Angst, wenn sie diese Erfahrung gemacht haben.

Komme ich zum springenden Punkt in der Abstimmung, meines Wissens nach hat auch die Frau Vizebürgermeisterin eine Zeit lang, ich glaube, in Russland gelebt, zu einer Zeit

bevor der Eiserne Vorhang fiel, insofern interessiert mich sehr das Abstimmungsverhalten der SPÖ und der Grünen bei diesem Projekt, weil eigentlich ist das Ansinnen, sich damit kritisch zu beschäftigen, etwas, was uns allen gut anstehen würde. Und wenn wir von Wirtschaft reden, gibt es aus meiner Sicht einen wunderbaren Vorschlag, wo sich sehr vieles vereinen ließe. Das ist die ökosoziale Marktwirtschaft, etwas, wo der Name Josef Riegler in Verbindung steht. Für alle, die dazu etwas lesen wollen, darf ich auch - für alle, die ein bisschen älter sind, der wird Ihnen ein Begriff sein - auch Ludwig Erhard empfehlen. Empfiehlt sich durchaus auch einmal etwas zu lesen zu dem Thema, was nicht parteiideologisch ist.

Zum Thema Gemeindewohnungen, sei mir bitte auch noch ein Schlusswort erlaubt: Gemeindewohnungen sind gut. Das Thema Wohnen ist bitte mehr als Gemeindewohnungen, das sind auch innovative Ansätze. Wohnen für alle, da hat man noch Luft nach oben, da gibt es Zuständigkeiten, da könnte man sagen, das ist vielleicht auch wichtig, das einmal zu benennen. Für Gemeindewohnungen sind wir alle, das war nicht notwendig, das zu betonen, danke.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ich habe die Zeiten noch erlebt, hier in dem Haus, wo man jeden Antrag, dass man mehr Wohnungen braucht, abgelehnt hat, weil es immer geheißen hat, der Markt regelt eh alles. Der Private, da braucht man nichts. Im Gegenteil, ich kann mir auch noch gut erinnern, wie man Studienaufträge gegeben hat. Wie man daran gedacht hat, die gemeindeeigenen Wohnungen nicht mehr bei uns zu behalten, das möchte ich nur erinnern. Ja, deswegen, man kann lernen und es ist auch gut so. Herr Klubobmann.

**Klubobmann Pascuttini:**

Eine kurze tatsächliche Berichtigung, weil wir noch nicht im Kommunismus leben. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie haben vorhin gesagt, man kann ja jede dieser 1.800 Gemeindewohnungen besuchen. Das geht eben nicht, da werden die Besitzer dieser

Wohnungen, die Mieter, etwas dagegen haben. Das ist im Kommunismus möglich, dass der Politiker reinspaziert und sich die Wohnung anschaut, hier nicht.

Punkt zwei, Sie sprechen, nachdem der Kollege Winter seinen Antrag vorgetragen hat, über den Gemeindebau in Graz, mit keinem Wort erwähnt. Also man sieht immer das, was man sehen will, da geht es generell um die Bauwirtschaft und die Aussagen von ihrem Parteistrategen, Hanno Wisiak, und nicht um den Gemeindebau. Also warum Sie dann darauf Bezug nehmen, ist mir völlig rätselhaft.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Dann haben Sie nicht ganz aufgepasst, wie die Wortmeldungen waren, aber macht nichts. Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

**Klubobfrau Schlüsselberger:**

Liebe Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Claudia. Ich komme jetzt eigentlich nur raus, weil du uns direkt angesprochen hast. Ich freue mich über das rege Interesse, es ist schön, dass man uns wahrnimmt, auch im Gemeinderat. Aber ich glaube, wir werden das jetzt Richtung kurz und bündig halten. Was Hanno Wisiak als in einer anderen Funktion auf einer anderen Ebene sagt und dann vielleicht nicht gesagt hat und was zukünftig einer sagt im Nationalratswahlkampf und dann haben wir noch den Landtagswahlkampf und dann haben wir noch andere Wahlkämpfe. Ja, wir werden nicht mehr fertig. Also ich glaube, wir sollten ein bisschen differenziert betrachten, für was der Gemeinderat da ist und nicht für die Revolution in der Bauwirtschaft auf Bundesebene. Und deswegen stimmen wir nicht wegen dem Inhalt zu. Ich glaube, wer unser Parteiprogramm nur in den ersten vier Seiten von uns liest, weiß, für was wir stehen. Aber aus dem einfachen Grund, dass diese Anträge, wir uns einfach als Gemeinderat ersparen sollten, weil dann tun wir ab September nichts mehr anderes als uns gegenseitig vorhalten, was irgendeiner, auf irgendeiner Ebene, über irgendwas gesagt hat, dann vergessen wir für

Graz zu arbeiten. Das wollen wir nicht und deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen. Dann darf ich bitten, Herrn Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Kollegin Unger. Aus strategischen Gründen würde ich Ihnen recht geben, erwähnen wir es nicht, aber der springende Punkt ist schon auch Folgendes: Dieses feige sich wegducken und Diskussionen nicht führen ist halt auch nicht der Geist, der eigentlich einer Demokratie innen wohnen sollte. Demokratie ist und bleibt Streitgespräch und muss es auch immer bleiben. Und wenn es solche Ausführungen gibt, die wirklich eine gewisse Radikalität beinhalten, nämlich dieser Ausdruck der Untereinforderung der Planwirtschaft, dann muss man sich auch, wenn man anderer Meinung ist, der Debatte meiner Meinung nach stellen, ob das von Vorteil ist oder nicht von Vorteil ist für den politischen Gegner, sei dahingestellt.

Dann möchte ich noch ganz kurz eingehen auf die Wortmeldung von der Frau Bürgermeisterin, also entweder haben Sie mich nicht verstehen wollen oder Sie haben mich nicht verstehen können. Ich weiß es nicht. Ich vermute Sie wollten mich nicht verstehen. Dann suchen Sie sich das aus, mir ist es ziemlich egal. Der springende Punkt, den sozialen Wohnbau mit Planwirtschaft in jeglicher Hinsicht gleichzusetzen, ist ja nicht richtig. Sie gehen her und setzen das eine mit dem anderen völlig gleich und das ist in dem Sinn weder in diesem Antrag erwähnt, noch ist das in irgendeiner Weise von mir so gesagt worden. Es gibt eben auch Gesellschaften, die mit freier Marktwirtschaft geprägt sind, natürlich immer Einsprengsel und dementsprechende Eingriffe des Staates, aber es ist entscheidend, welches System dominiert und in welcher Form dieses System dominiert wird, das möchte ich in dem Zusammenhang ganz klar

feststellen. Und mir ist es schon irgendwie auch schleierhaft, dass man dann hergeht und so leicht überheblich dort und da lacht aus KPÖ-Sicht über diese Dinge, ohne dass man auch nur ansatzweise hergeht und nur ein einziges dieser Fakten versucht zu entkräften. Mir ist klar, dass es sehr schwierig sein wird, das zu entkräften, weil Fakten eben einmal Fakten sind, aber hierherzugehen und das mehr oder weniger ins Lächerliche zu ziehen, ist doch auch ein Ausdruck, der erstens diesem Haus und zweitens dieser Demokratie, so wie wir sie jetzt erleben, nicht würdig ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist abgelehnt.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum nächsten Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Philipp Pointner.

## **9.10 Kostenfreies Mittagessen an Grazer Pflichtschulen nach Wiener Vorbild**

**(Berichterstatter: GR Pointner, NEOS)**

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, in meinem Antrag geht es um die Kinder dieser Stadt, um die Familien, die Kinder haben. Das Wohlfühlzentrum eines Schullebens könnte das Mittagessen sein. Ein gemeinsames Mittagessen, das sich alle leisten können oder nicht leisten, nicht

darüber nachdenken müssen, ob sie es sich leisten können. Das wäre ein sehr guter Punkt in verschiedenster Hinsicht, wenn man sich da keine Sorgen machen muss, „mens sana in corpore sano“, wie das Mittagessen bezahlt wird, dann steigert das die Motivation zum Lernen. Ein gemeinsames Mittagessen steigert die Motivation einmal nicht ins Smartphone zu schauen, sondern dass, egal wo jemand herkommt bei den Kindern, sich mit anderen austauscht, auseinandersetzt. Diese Entlastungsmaßnahme hat auch einen unglaublichen positiven Effekt auf Bildung und auf Attraktivität von Schule. Wir müssen alles Mögliche für die beste Bildung unserer Kinder tun und so die Familien unmittelbar entlasten und wir haben diesen Antrag mit einer schriftlichen Anfrage erhoben, ob das grundsätzlich möglich wäre in Graz, haben von der Abteilung für Bildung eine positive Rückmeldung bekommen. Ja, es ist eine kostenmäßige große Anstrengung, aber noch einmal, die Bildung, beste Bildung unserer Kinder, sollte uns das wert sein.

Und um diese grundsätzliche Willensbildung geht es jetzt bei diesem Antrag, auch im Hinblick auf das Doppelbudget 2025-2026. Wir wollen ein Bekenntnis zu diesem grundsätzlich kostenfreien Angebot eines Mittagessens für alle Kinder in den Pflichtschulen und somit auch einen Handlungsauftrag an den Finanzstadtrat und Bildungsstadtrat. Entlasten wir die Familien, helfen wir den Kindern, Bildung noch mehr und besser und entspannter wahrzunehmen, mit mehr Motivation. Daher mein

**Dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt bekennt sich zum grundsätzlich kostenfreien Mittagessen in der Ganztagesbetreuung an den öffentlichen Grazer Pflichtschulen.

Ich bitte um eine angeregte Diskussion und dann um Annahme.

***Originaltext des Antrages:***

*Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den*

***Dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum grundsätzlich kostenfreien Mittagessen in der Ganztagesbetreuung an den öffentlichen Grazer Pflichtschulen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herzlichen Dank für deinen sehr wichtigen, guten Antrag. Ich darf um Wortmeldungen bitten. Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Philipp, wir haben uns ja zu dem Thema schon ausgetauscht und man kann über kostenloses Essen in den Schulen reden. Man kann auch darüber diskutieren, ob die Sozialstaffel in Graz nachgebessert wird. Bevor wir das tun, müssen wir einfach darüber reden, wie diese Koalition, wie Dunkelrot, Rot und Grün mit der Bildung derzeit umgeht. Und ich muss das noch einmal sagen, weil das jetzt im Raum steht: Ich hoffe, es ändert sich etwas. Vergangene Woche habe ich mit dem Stadtrat Manfred Eber einen Termin gehabt und es ist definitiv so, wenn sich nicht etwas ändert, dann werden wir im nächsten Jahr ca. € 4.000.000,00 weniger haben als im heurigen Bildungsjahr. Dann können wir ganz viele Wünsche hier formulieren von den unterschiedlichsten Parteien, aber es wird sich definitiv nicht ausgehen, einerseits. Andererseits gibt es seitens des Bundes den Zukunftsfonds. Das ist eine Finanzausgleichsverhandlung. Da haben wir für Graz ein bisschen mehr als € 9.000.000,00 jetzt pro Jahr bereitgestellt bekommen. Dieses Geld wird seitens des Landes verdoppelt. Wir werden jetzt jedes Jahr € 18.000.000,00 zusätzlich bereitgestellt bekommen. Und, lieber Philipp, ich kann deine Initiative wirklich gut nachvollziehen. Wir haben auch im Gang geredet. Es gibt viele Familien, die tun sich schwer und dann bleibt oft das Kind zu Hause. Oft ein Kind mit Sprachförderbedarf, das sicher die deutsche Sprache besser lernen würde, wenn das Kind in der Ganztagesbetreuung wäre, und aufgrund der Kosten bleibt es dann zu Hause. Der

Mittelstand muss auch, wenn zwei bis drei Kinder quasi in der Familie sind, einiges hinlegen für die Nachmittagsbetreuung.

Aber bevor wir heute hier eine zahnlose Willenserklärung beschließen, was ja dein Dringlicher Antrag beinhaltet, dann ersuche ich dich und uns alle, dass wir ein verbindliches Bekenntnis ablegen, dass zumindest ein großer Teil dieser € 18.000.000,00, die jetzt jedes Jahr nach Graz fließen, auch zusätzlich für den Bildungsbereich zu verwenden sind. Das wäre ganz wichtig.

Und ich habe mir die Frage gestellt, wie geht jetzt die Koalition mit dem Dringlichen Antrag um. Das ist ja interessant. Und die Koalition hat jetzt einen Abänderungsantrag vorbereitet an Werner Amon, dass er die Sozialstaffel so umgestalten soll, dass zukünftig das Essen nichts kostet. Liebe Daniela Schlüsselberger, du bringst den Abänderungsantrag ein. Ich möchte dich nur aufklären: Die Sozialstaffel wird nicht vom Land Steiermark gemacht, sondern die Sozialstaffel wird von der Stadt Graz, von uns gemacht. Das heißt, wenn du so einen Winkelzug vorhast, dann muss der Adressat auch die Stadt Graz sein, dann müssen wir auch Farbe bekennen. Ich habe in der Abteilung gefragt, was das kosten würde, dass wir den Kindern das Essen kostenlos bereitstellen würden. Es kostet auch ungefähr € 4.000.000,00. Dann muss das einfach ins Budget eingestellt werden. Ich bin gespannt, wie ihr jetzt mit dem Abänderungsantrag umgeht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich um die Abstimmung bitten zur Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe: Die Dringlichkeit ist gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier das Wort? Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Ich erlöse dich jetzt gleich kurz, dass du deine Antwort bekommst. Also, wie wir als Koalition mit dem Antrag, wie wir als Koalition umgehen, ja, wir werden dem vermutlich zustimmen. Wieso wir diesen Winkelzug - charmante Umschreibung - machen, ist ganz einfach. Ich habe mich im anderen Kontext damit schon beschäftigt und bevor ich das jetzt erkläre, ist mir wichtig: Danke, Philipp, danke für den wichtigen Antrag, den wir natürlich unterstützen, aber wir haben halt auch ein Problem. Kann schon sagen, lieber Manfred, bitte schön, mach das Geldbörserl auf und das brauchen wir. Gut, dann hat das aber Konsequenzen. Und wir haben bei manchen anderen politischen Forderungen uns schon einmal blutige Knie geholt und sind einfach gescheiter geworden. Und gescheiter darf man ja werden. Deswegen sagen wir, wir brauchen trotzdem das Land und den Werner Amon, weil wir nicht einfach selber entscheiden können, was wir dazu beschließen. Weil da war ja irgendwas, dass das Land auch etwas zum Ganzen dazuzahlt. Und wir dann nicht einfach entscheiden können, wie viel tun wir jetzt und hin und her und dafür brauchen wir das Land. Deswegen reicht ein einfacher Ansatz: Reden wir gleich einmal mit dem Land. Schauen wir, wie das geht mit einer Sozialstaffel. Wie trotzdem dann noch vom Land der gleiche Betrag oder in deinem Fall, wie du schon gesagt hast, mehr daherkommt, ohne dass wir uns da selber ins Knie schießen. Also kein Winkelzug, sondern ein vorsichtiger Versuch, wirklich in der Sache weiterzukommen. Ich rechne mal zumindest mit Zustimmung. Breite zeichnet sich ja nicht ab. Freue mich aber trotzdem, Philipp, mit dir gemeinsam an dem Thema zu arbeiten, das uns beiden sehr am Herzen liegt. Danke für den Antrag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Frau Schlüsselberger. Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner**:

Zur tatsächlichen Berichtigung, Daniela: Die Sozialstaffel ist eine Grazer Staffel. Ob wir das jetzt mit unserem Geld stützen, eine neue Sozialstaffel machen, die Mittelschicht entlasten, vielleicht die geringen Einkommen komplett kostenfrei stellen, das ist unsere Entscheidung. Das können wir umsetzen, da brauchen wir nicht das Land dazu. Das Land gibt uns jetzt noch einmal 9 Millionen Euro mit Juli. Kannst du gerne den Manfred Eber fragen, der wird das hoffentlich auch schon gehört haben. Dazu, dieses Geld fließt nach Graz, wir können das selbst entscheiden. Warum gibt es immer dann den Umweg, ja, da müssen wir uns ans Land wenden? Ihr fordert da Dinge, die wir selbst in Graz umsetzen können. Ich finde das ein bisschen schizophran muss ich sagen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Herr Klubobmann Pascuttini, bitte.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hoher Gemeinderat, hoher Stadtsenat, lieber Antragsteller, nur ganz kurz: Wir haben uns das im Vorfeld schon überlegt, und jetzt auch noch einmal habe ich die zuständigen Stellen gefragt, ob diese Anträge jetzt irgendwie eine Budgetwirksamkeit auslösen oder nicht. Die Antwort war nein, also im Endeffekt, das, was der Stadtrat Kurt Hohensinner vorhin gesagt hat, ist vollkommen richtig. Das NEOS-Papier ist, ja, es ist halt nichts wert. Wir entscheiden heute etwas und dann in der Budgetdiskussion in einem halben Jahr oder in ein paar Monaten ist es dann ganz was anderes. Also, es ist im Endeffekt nichts wert.

Das andere ist ja auch interessant, weil das würde ich ja als indirekt budgetwirksam bezeichnen. Wenn wir jetzt mit dem Dringlichen Antrag, etwas sozusagen ans Land delegieren, dann kommt das wieder zurück. Und dann muss es erst die Stadt machen. Also, dann müssen wir uns echt auch überlegen, ob wir das nicht wirklich einmal Statutenreform machen und sagen, ok, dann auch budgetwirksame Anträge. Weil nichts anderes ist das, als man sagt dann draußen den Leuten, wir haben etwas beschlossen, das geht jetzt ans Land. Das Land sagt, dann macht es halt und dann haben wir die Mittel erst wieder nicht. Also, das ist im Endeffekt wirklich eine Frage der Sinnhaftigkeit des Ganzen und konterkariert ein bisschen die dahinterstehende Idee, dass man für Kinder etwas Gutes tut. Das muss man ganz offen so sagen. Also, ich weiß jetzt nicht, was man damit eben machen sollten, also, nehmen wir das, was nichts wert sein wird, was es in der Vergangenheit schon oft gegeben hat, wo wir irgendwelche Sachen beschlossen haben, die dann drei Monate später kommentarlos einfach nicht umgesetzt worden sind. Oder wir nehmen das her, was ans Land geht und uns das Land wieder zurückschickt und wir es nicht zahlen wollen. Also nicht wir, Gesamtheit, sondern die Koalition. Also, das führt das ganze wirklich ad absurdum und wir könnten schon beim Buffet sein.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Kreiner, bitte.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Ja, einige Punkte von mir noch ganz kurz zusammengefasst, bringen würde das auf jeden Fall eine zusätzliche Belastung des Budgets. Das ist in Graz auf jeden Fall zu überdenken, weil wir haben da, glaube ich, auch noch einmal wichtigere Bereiche im elementarpädagogischen Bereich. Also Stichwort Kinderkrippenausbau, Kindergartenausbau, da hätten wir einen massiven Nachholbedarf. Also vielleicht da eher einmal ansetzen. Andererseits sehe ich es auch kritisch, weil eben durch diese

finanziellen Möglichkeiten oder in dem Fall Nichtmöglichkeiten, da vielleicht auch eine Qualitätseinbuße zu erwarten ist. Und was macht man mit Kindern, die jetzt nicht in einer Ganztagsbetreuung sind, die zu Hause bekocht werden, da wird auch nicht unterstützt, sage ich jetzt einmal. Zusätzlich, wenn man rechnet, dieser Antrag berücksichtigt ja auch nur die Pflichtschulen, wie schaut es da aus, zum Beispiel bei Kindergärten im Pflichtjahr oder auch Kinderkrippen oder Horte? Findet sich da auch nicht wieder. Als Beispiel vielleicht, wenn man jetzt rechnet, diesen Mindestbeitrag € 3,00 am Tag, wo man Vorspeise, Hauptspeise und Nachspeise bekommt dafür. Also ich glaube, das kann es einem dann schon wert sein und das können vielleicht auch sozial schwächere Familien tragen, weil um € 3,00 3 Gänge zu zaubern, ist halt auch eine gewisse Schwierigkeit. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich Herrn Gemeinderat Pointner um das Schlusswort bitten.

Gemeinderat **Pointner**:

Danke für die Diskussion. Lieber Kollege Pascuttini, Flapsigkeit ist in dem ernsten Zusammenhang, finde ich, nicht sehr angesagt, weil es geht tatsächlich um das Wohl von unseren Kindern und um den Zukunftserfolg von denen. Nun, darf ich erinnern an die Grundintention von dem Ganzen. Wir haben ja einen markanten Antrag gemacht, den habe ich gemacht. Das ist das Vivaldi-Projekt, der dankenswerterweise ja auch durchgegangen ist und unterstützt worden ist. Und der eigentlich genau diesen Hintergedanken gehabt hat oder den Grundgedanken, kein Hintergedanke, den Grundgedanken den dieser hier auch hat: Wenn ein Kind ein Instrument lernen will, in dem Falle, wie beim Vivaldi-Antrag, ein Streichinstrument, dann fragen wir nicht nach, geben wir dem die Geige oder das Cello. Und das Projekt, wenn ich es berichten darf, ist mittlerweile ein Erfolgsprojekt. Da sind mittlerweile Kinder rausgekommen, die am

Konservatorium unterrichtet werden. Und genau das wird hier angesprochen, Möglichkeiten für die Kinder, wo wir ein Grundbedürfnis nach einem gemeinsamen Essen finanzieren. Und wir schaffen Möglichkeiten dadurch, wir machen den Kopf für die Kinder frei, egal wo sie jetzt herkommen oder sonst was. Ich war lange in Südafrika. Da gibt es das System von Schuluniformen, um zu zeigen, es ist egal, wo wer herkommt. Die Kinder sind zusammen, es ist egal, ob jemand sich Markenkleidung leisten kann oder nicht. Aber es geht um die Kinder, dass sie gemeinsam lernen und Möglichkeiten haben. Und da kann man nicht flapsig sein oder sonst irgendwie zerreden, ja, wie ist das jetzt mit den Kindern und den Kindern. Kommen wir ins Handeln. Deshalb sind wir auch gerne beim Abänderungsantrag dabei. Es ist mir vollkommen wurscht, wer es macht, ob es der Herr Amon jetzt ist oder der Herr Hohensinner oder sonst wer. Tun wir etwas, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Gemeinderat. Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag und ich darf bitten, wer dafür ist, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe: Der Antrag ist somit angenommen.

***Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir kommen zum vorletzten Antrag, eingebracht von Kollegin Sabine Reininghaus, hier geht es um die Energie Steiermark.

### **9.11 Energie Steiermark muss entsprechende Preissenkung bei der Preisebehörde umgehend beantragen**

**(Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Reininghaus, NEOS)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche schon jetzt ein bisschen um Nachsicht, denn ich werde die Redezeit sicherlich etwas überschreiten, aber wissen Sie, ich ärgere mich so und es kann nicht sein, dass die Energie Steiermark bei Preissteigerungen sofort reagiert, sich umgekehrt aber bei Preissenkungen taub stellt und das auf Kosten der Fernwärmekund:innen. Und wie das geht, was eigentlich gar nicht gehen dürfte, das möchte ich Ihnen und dem Publikum zu Hause, falls da noch jemand ist, gerne näher erörternd.

Fakt ist, dass die Strompreise mit den explodierenden Preisen für Kohle, Erdgas und Heizöl auf den internationalen Energiebörsen bereits seit Ende 2021 kontinuierlich angestiegen sind und die Preise im Jahr 2022 Rekordniveaus erreichten. Das wissen Sie alles. Klar dabei ist auch, dass die Energieversorger, also Energie Steiermark und Energie Graz, auf solche Preisverwerfungen an den internationalen Börsen auch reagieren müssen und die Fernwärmepreise extrem teurer wurden.

Gesetzlich geregelt ist, dass vor jeder Preissteigerung bei Fernwärme, nicht bei Gas übrigens, ein amtliches Preisprüfungsverfahren abzuwickeln ist und das wird insofern eingeleitet, indem die Energieversorger Energie Steiermark und Energie Graz Anträge auf entsprechende Preiserhöhungen einzubringen haben. Das ist 2022 auch so passiert und zur Erinnerung, es handelt sich um eine Preiserhöhung von satten 65%, aber gerechtfertigt. Fakt ist weiter, dass sich seither die Preise kontinuierlich beruhigt haben und die Preise heute, 2024, schon wieder annähernd das Vorkrisenniveau erreicht haben. Trotzdem bewegte sich bei den Fernwärmepreisen bislang kaum etwas, denn bis auf eine milde Reduktion von 10% im August letzten Jahres verharren die steirischen Preise im österreichischen Spitzenfeld. So kostet zum Beispiel, wenn ich ein Beispiel nennen darf, in Graz der Arbeitspreis pro Kilowattstunde heute, also zwei

Jahre später, noch immer 15 Cent, während man in Linz 6,3 Cent bezahlt, also mehr als die Hälfte weniger. Wie gibt es das? Wen wundern da noch die fetten Umsatzerlöse der Energie Steiermark - hören Sie - von 2,7 Milliarden Euro, sowie das positive operative Ergebnis von 160,8 Millionen Euro alleine im letzten Jahr. Aber was sind dann schon 11 Millionen, die investiert werden von der Energie Steiermark für das Umspannwerk Modriach, weil immer damit argumentiert wird, weil es wird ja so viel investiert.

Jetzt bitte schauen wir uns die Situation der Energie Graz an. Gerade bei der Fernwärme ist die Energie Graz von der Energie Steiermark abhängig, da sie ja selber bis zu 75% ihres Bedarfs von der Energie Steiermark bezieht. Das heißt, die kann hier keinen Preisreduzierungsantrag einbringen. Dann würde sie sich ins Knie schießen, wenn die Energie Steiermark nicht mitgeht, klarerweise. Der Eigentümervertreter der Energie Steiermark, Landeshauptmann Christopher Drexler, ich begrüße Sie, hat zwar schon im April 2024 in einer Presseaussendung großmündig angekündigt, dass, ich zitiere wörtlich: „Angesichts des veränderten Marktumfeldes, also der günstigeren Preise, mit günstigeren Preisen zu rechnen wäre“, aber bitte wann? Das blieb offen. Dabei gäbe es eigentlich keine Diskussion, wo doch Fernwärmepreise der behördlichen Preisbestimmung nach dem Preisgesetz 1992 bestimmt und definiert sind. Das Preisgesetz 1992 regelt nämlich nicht nur den Fernwärmeabgabepreis zwischen der Energie Steiermark eben an die Energie Graz, sondern auch den Abgabepreis von der Energie Graz an die Grazer Endverbraucher:innen. Damit nicht genug, verpflichtet das Preisgesetz 1992 der Energieversorger sogar, auf diese Preissenkungen im Marktumfeld genauso umgehend zu reagieren, wie sie das mit Preissteigerungen tun. Es heißt also, dass die Energieversorger immer die tatsächlichen Bezugskosten rasch weitergeben müssen. Pflicht, und genau das passiert nicht, weil sich die Energie Steiermark im Moment den behördlichen Prüfungsverfahren zum Fernwärmepreis einfach entzogen hat. Und weil das gar nicht sein dürfte, hat nun die Preisbehörde von sich aus das amtsfähige Prüfungsverfahren zur Herabsetzung des Fernwärme Arbeitspreises eingeleitet.

Na ja, so einfach ist die Sache doch nicht, denn man muss noch berücksichtigen, dass seit den Jahren 1991 und 1992 mit Delegierungsbescheiden die Zuständigkeit für die Entscheidung im Fernwärme Preisregulierungsverfahren vom Wirtschaftsministerium auf die Landeshauptleute übertragen wurde. Das heißt also im Moment tatsächlich, dass die Zuständigkeit zur behördlichen Festlegung der Fernwärmepreise beim Landeshauptmann, also bei Christopher Drexler angesiedelt sind.

Problematisch, denn sollte der Einspruch der Energie Steiermark tatsächlich einem Gleichschritt im regulierten Preisverfahren entgegenstehen, könnten der Energie Graz tatsächlich hohe finanzielle Verluste entstehen und so wichtige Klimaschutzvorhaben wie das Energiewerk Graz oder die energetische Klärschlammverwertungsanlage könnten sich auf lange Zeit verzögern. Daher hat nun die Energie Graz ihrerseits auch Beschwerde gegen das Verfahren einlegen müssen. Aber es reicht jetzt. So haben auch die Oppositionsparteien im Steirischen Landtag wenig Verständnis gezeigt für die enormen Preiserhöhungen seitens der Energie Steiermark noch bis ins letzte Jahr und bis heute noch. Genauso wenig wie für die Vorgehensweise des Landesenergieversorgers, denn die haben wiederum den Landesrechnungshof angerufen, um eine detaillierte Prüfung bei der Energie Steiermark einzuleiten. Ja, dieses Hin und Her wird alles auf dem Rücken der Fernwärmekund:innen ausgetragen, und das finde ich total unfair. Und daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht auf dem Petitionswege Landeshauptmann Christopher Drexler in seiner Funktion als Eigentümerversorger an die zuständigen Organe der Energie Steiermark AG mit dem Anliegen heranzutreten, die Fernwärmepreise volkswirtschaftlich sinnvoll und für die Endkund:innen leistbar zu gestalten.

Ich bitte um breite Annahme.

**Originaltext des Antrages:**

*Um zu verhindern, dass die Grazer Endverbraucher:innen noch länger an die höchsten Fernwärmepreise in Österreich gebunden bleiben, sowie zur Abwendung eines massiven finanziellen Schadens für die Energie Graz, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht auf dem Petitionswege Landeshauptmann Christopher Drexler, in seiner Funktion als Eigentümerversorger an die zuständigen Organe der Energie Steiermark AG mit dem Anliegen heranzutreten, die Fernwärmepreise volkswirtschaftlich sinnvoll und für die Endkund:innen leistbar zu gestalten.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke schön, Herr Gemeinderat Huber hat sich zu Wort gemeldet.

Gemeinderat **Huber:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, also wir tun uns ja als Grazer Volkspartei durchaus ein bisschen schwer mit euch NEOS, weil wir würden ja durchaus gerne mit euch zusammenarbeiten, nur auf der anderen Seite stimmt ihr gegen Sachen, die ganz klar in eurem Parteiprogramm stehen, wie beim Antrag vom Kollegen Winter, was wir schon etwas komisch finden. Anscheinend können wir das besser als ihr zwei, aber ich sage, ok, aber jetzt frage ich mich schon, ok, jetzt kommen wir wieder mit einer Petition an den Landeshauptmann. Ihr sitzt ja auch im Landtag, macht es doch dort. Ich weiß nicht warum sich jetzt der Grazer Gemeinderat damit beschäftigen muss, dass ihr irgendetwas an den Landeshauptmann stellt. Der Niko

Swatek ist eh ein netter Bursch, den kann man ja durchaus einbauen. Macht es dort und dann sparen wir uns so etwas im Grazer Gemeinderat.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wir sind bei der Dringlichkeit Herr Gemeinderat Pointner, geht nicht. Weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Herlicska.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Sabine, danke für den Antrag, den wir wirklich aus vollem Herzen unterstützen können, weil, wie der Herr Huber vielleicht vorher schon festgestellt hat, ist das auch ein Thema für den Landtag und es ist ein Thema, das alle Oppositionsparteien im Landtag, angeführt von der KPÖ, eigentlich in jeder Sitzung beackern. Ich glaube, die Dringlichkeit sehen wir schon allein darin, wir haben heute schon ein fantastisches Fernwärmestück beschlossen, wo wir uns um mehr Unabhängigkeit und Leistbarkeit für die Fernwärmepreise bemühen und auch etwas auf den Boden bringen werden.

Ich denke, bei diesem Teil, den wir nicht direkt beeinflussen können und wir als größte Abnehmerin, als Stadt Graz, von der Fernwärme von der Energie Steiermark haben es hier verdient, dass auch in unserem Interesse von unseren Bürgerinnen und Bürgern hier agiert wird und dass es hier zu einer Fernwärmepreisgestaltung kommt, die auch verträglich ist für die Endkundinnen und Endkunden, genauso wie wir darauf pochen, dass es auch eine Fernwärmeaufbringung gibt, die ökologisch vertretbar ist. Das ist ein Gesamtpaket, das man wirklich hier wiederfindet und ein ganz wichtiger Punkt bei diesem Preisfindungsverfahren ist für uns auch, dass wir als Stadt Graz nach wie vor nicht einmal ein Recht haben, hier mithören zu dürfen, was da beschlossen wird oder was dort besprochen wird. Deswegen danke, Sabine, fürs Aufmerksam machen, auch von eurer Seite, dass hier Handlungsbedarf da ist. Wir werden diesem Antrag natürlich

vollinhaltlich zustimmen, in Dringlichkeit und Inhalt. Und ich kann mich wirklich nur noch einmal bei dir bedanken, auch für das nette Gespräch im Vorfeld über das Thema. So wünscht man sich eine Zusammenarbeit. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich Frau Gemeinderätin Reininghaus bitten.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ich möchte natürlich replizieren auf meinen lieben Markus. Markus, warum auch hier im Gemeinderat, weißt du, das ist so ein fieses Spielchen, das hier betrieben wird, ja, auf Kosten der Fernwärmekund:innen. Und das wird hinausgezögert endlos.

Wahrscheinlich werden wir im Dezember eine Fernwärmesenkung erreichen, wenn wir jetzt nicht aktiv werden. Darum drei Ebenen: die Preisbehörde durch das amtswegige Einleiten des Preisprüfungsverfahrens, der Rechnungshof, der steiermärkische, der von den Oppositionsparteien im Landtag angefordert wurde oder angerufen wurde. Und das wünsche ich mir, dass jetzt auch noch der Gemeinderat sich dieses Themas annimmt und an den Landeshauptmann Drexler herantritt, er möge da jetzt etwas in Bewegung bringen. Ganz einfach.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe: Die Dringlichkeit ist eindeutig gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).***

Wir kommen zum Inhalt. Wer wünscht hier das Wort? Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Also ich muss jetzt leider Gottes wieder einmal versuchen, die Dinge ein bisschen in das richtige Licht zu rücken. Es ist halt meistens so, dass die Dinge etwas komplizierter sind als einfach nur in dieser simplen 01-Welt, in dieser simplen Welt, in der man sagt: "Ja, ah, die böse Energie Steiermark, Preis hoch, also runter und so." Ich darf Sie darüber aufklären, dass Sie als Gemeinderäte auf die Grazer Stadtverfassung und auf die Treue zur Stadt Graz vereidigt sind und daher eigentlich kurz einmal einen Moment darüber nachdenken sollten, was das bedeuten würde, wenn das so umgesetzt würde, wie Sie es gerne hätten. Denn die Energie Steiermark ist der Produzent der Fernwärme, die die Grazerinnen und Grazer brauchen, und die Energie Graz vertreibt diese Fernwärme. Und jetzt müssen Sie sich kurz einmal, bevor Sie, also das ist eine tolle Aufarbeitung, Frau Reininghaus. Tadellos, aber Sie sollten sich kurz einmal darüber den Kopf zerbrechen, ob die Herstellung der Wärme eigentlich leistbar ist und jetzt sage ich Ihnen einmal etwas, das sage ich Ihnen jetzt live direkt hier, sofern noch jemand zuschaut, aber man kann das ja dann downloaden: Also, die Energie Steiermark wäre sicher sofort dafür zu haben, dass wir als Stadt Graz uns die Fernwärme selber produzieren. Der Manfred Eber schaut jetzt schon und denkt sich, ui, da steckt jetzt irgendwas dahinter, das weiß ich nicht, ob das nicht... Es ist ganz simpel, also wenn wir wollen, können wir sofort unsere Fernwärme selbst produzieren. Die Frage ist allerdings nur, schaffen wir es, dass wir die Kosten der Fernwärmeerzeugung niedriger schaffen oder gleich hoch oder höher als jene der Energie Steiermark. Das heißt, bevor Sie sozusagen jetzt hergehen und fragen, ob die Energie Steiermark die Fernwärmeproduktion verbilligen möge, sollten Sie zunächst einmal fragen, bin ich überhaupt in der Lage, selber die Fernwärme günstiger herzustellen, weil wenn das nämlich nicht der Fall ist, dann entsteht eigentlich für die Energie Graz, also für unser eigenes Tochterunternehmen, ein Schaden. Ich sage das deswegen, weil es nicht so trivial ist, denn wir hatten natürlich in den letzten Jahren

bei der Herstellung der Fernwärme eine relativ gravierende Umstellung. Für alle, die das nicht wissen, erkläre ich das kurz: Die Fernwärme war viele Jahre lang ein Kuppelprodukt, also sozusagen ein Abfallprodukt bei der Herstellung von Strom, kalorischer Energie. Irgendwann hat allerdings dann der Staat gesagt, wir wollen nicht mehr länger kalorische Energie in Mellach herstellen, und daher wäre eigentlich auch die Fernwärmeproduktion eingestellt worden. Dann haben wir aber gesagt, ok, gut, wir brauchen aber die Fernwärme, dann müssen wir es zahlen, dann wird halt Gas verfeuert. Jetzt wird also durch die Energie Steiermark - das wollen Sie alle nicht hören, ich weiß, jetzt werden alle leicht nervös - jetzt muss die Energie Steiermark Fernwärme erzeugen, indem sie Gas verfeuert. Und wenn Putin die Ukraine angreift und plötzlich das Gaspotenzial knapp wird, wird die Fernwärme ja teurer. Also, ich würde Ihnen ganz stark raten, wenn Sie jetzt wirklich ein Aufsichtsrat der Stadt Graz wären, so wie Sie es als Gemeinderat eigentlich sein sollten, dann sollten Sie ganz lang darüber nachdenken, bevor Sie solche Anträge stellen und sich ganz kurz darüber Gedanken machen, ob das eigentlich wirtschaftlich von Vorteil für die Stadt ist. Und ich sage Ihnen gleich die Antwort dazu, lieber Manfred: Die bittere Wahrheit ist, das ist nicht von Vorteil. Und die Energie Steiermark würde es sofort sagen, wenn wir das wollen, können Sie sofort die Anlage gratis haben und macht euch die Fernwärme selber. Aber ich glaube nicht, dass wir das wollen sollten. Also überlegt euch gut, ob ihr tatsächlich auch dem Antrag inhaltlich zustimmen wollt. Wenn jetzt irgendjemand das nicht verstanden hat, erkläre ich es ihm gerne nächste Woche auch in meinem Büro. Ich möchte Ihnen wirklich die Chance geben, denken Sie darüber nach, ob Sie das wirklich wollen, was Sie jetzt gesagt haben.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ja, das ist immer gut, man muss es aber nicht so überheblich machen. Weitere Wortmeldungen, bitte. Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Ich kann es mir jetzt nicht verkneifen, Günter, ich komme sehr gerne vorbei. Dann kannst du mir das erklären und dann lade ich dich übernächste Woche in mein Büro ein und erkläre, dass die Energie Steiermark in Mellach gar nicht produziert, sondern der Verbund. Dann erzähle ich dir, wie es wirklich ist. Aber gerne komme ich vorher auf deine Version vorbei, danke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Da haben wir ja mehrere Einladungen jetzt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Hackenberger, bitte.

Gemeinderat **Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, ich will nur ganz kurz dem entgegen, dass die Energie Steiermark uns sagen könnte, produziert eure Fernwärme selber. Das wird sie nicht sagen können, weil für das Leben wichtige Dinge, die Versorger unter einem Kontrahierungszwang stehen. Die Grazer Holding kann auch nicht sagen, wenn du die Erhöhung nicht zahlen willst, dann fährst du halt selber und machst deinen Bus selber und schaut, wie du weiterkommst. Die haben einen Zwang, die müssen mit mir kontrahieren. Wenn ich an der Haltestelle stehe, dann kann ich dort einsteigen. Und wenn ich an der Haltestelle der Fernwärme stehe als Energie Graz, dann habe ich einfach einmal einen unabdingbaren Anspruch gegenüber dem Hersteller, dass der mich mit Fernwärme versorgt. Deswegen sind wir nicht in der unterlegenen Stellung des Monopolisten. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Also, es tut mir aufrichtig leid, aber auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen, auch das ist leider nicht ganz richtig. Ich meine, Sie können jetzt gerne lachen, aber Sie können das gerne alles ab morgen überprüfen. Der Vertrag mit der Energie Steiermark läuft bis Ende 2025, und wir haben keinen Kontrahierungszwang. Es ist nicht so, dass die Energie Steiermark gezwungen ist, auf immer und ewig, zu möglicherweise wirtschaftlich schlechten Konditionen, die Fernwärme herzustellen. Sondern das sind ganz normale Verträge, die befristet sind. Frau Schlüsselberger, ich darf Sie darüber informieren, dass selbstverständlich in Mellach auch ein Kessel für die Energie Steiermark steht, der Fernwärme produziert. Also, so ist es nicht, dass das nur der Verbund ist. Aber es ist Wurst, es geht um die Frage der wirtschaftlichen Kosten der Herstellung der Fernwärme und die Frage, ob wir in der Lage wären, gesetzt den Fall, wir wollten das, ob wir in der Lage wären, es günstiger herzustellen als die Energie Steiermark. Und da würde ich vorsichtig sein. Ich würde nicht sagen, dass es nicht ausgeschlossen ist. Möglicherweise kann es sogar von Vorteil sein, aber ich würde vorsichtig sein bei der Beurteilung, einfach so aus der Hüfte heraus. Nichts anderes wollte ich sagen. Ich wollte auch bitte nicht unhöflich sein. Ich wollte auch nicht arrogant erscheinen. Ich wollte nur einfach, ein bisschen etwas weiß ich über dieses System. Das System ist etwas komplizierter als einfach Preis rauf und Preis runter. Man muss da relativ viele Aspekte mitbedenken. Mehr wollte ich gar nicht sagen. Bitte entscheiden Sie, wie Sie wollen. Es wird sowieso den Lauf der Dinge nicht beeinflussen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Herr Stadtrat. Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Gostentschnigg.

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Sehr geehrte Damen und Herren, zu später Stunde. Ich war eigentlich nicht vorbereitet auf eine Wortmeldung. Ich bin auch kein ausgewiesener Energieexperte. Nur zwei Feststellungen: Erstens ist es nicht exakt der Zweck eines behördlichen Preisfeststellungsverfahrens, genau auch die Herstellungskosten zu überprüfen und ob der Preis, der weitergehen wird, plausibel ist. Wenn dem so ist, warum verhindert es die Energie Steiermark dann mit aller Kraft? So, und der zweite Punkt ist, schauen Sie einmal in den Geschäftsbericht der Energie Steiermark, denn die Energie Steiermark hat mit dem Handel von physischem Gas erhebliche Umsätze gemacht. Es liegt die Vermutung nahe, dass durchaus Folgendes passiert ist: Sie haben Gasmengen zu verschiedenen Zeitpunkten eingekauft, jene Teile, die sehr teuer waren, jetzt verfeuert und zur Fernwärme gemacht, und die Teile, die billiger eingekauft worden sind, physisch dann weiterverkauft und daraus einen Gewinn lukriert haben. Sollte man einmal hinterfragen, alles das gehörte einmal angeschaut und das da auf Landesebene sich so viel sträubt, ist zumindest unverständlich, zumindest nicht im Interesse der Endverbraucher. Ich hoffe, dass sich das ändert, und auch an dieser Stelle noch einmal, liebe Sabine, großen Dank für diesen Antrag, der ist ganz großartig und auch wunderbar recherchiert, danke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich dich bitten, Sabine, Gemeinderätin Reininghaus.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Herr Dr. Riegler, auch ich komme gerne bei Ihnen vorbei. Ich lerne gerne weiter und immer weiter. Und ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, ich habe gewusst, das ist ein heißer Dringlicher Antrag und deswegen habe ich mich da so reingehängt und wirklich ordentlich recherchiert. Aber, dass Sie natürlich die ÖVP verteidigen, ist mir auch klar.

Aber wir werden uns sehen in Ihrem Büro und ich freue mich schon weiterhin, weiter von Ihnen zu lernen. Danke schön. Bitte um breite Annahme.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Gemeinderätin, wir kommen zur Abstimmung. Ich darf bitten, wer für den Antrag ist, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe: Der Antrag ist mehrheitlich angenommen, nur gegen die Stimmen der ÖVP.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).***

Wir kommen nun zum letzten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Wagner.

## **9.12 Studie zur Islamisierung an den Grazer Schulen**

**(Berichterstatter: GR Wagner, FPÖ)**

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine schriftliche Anfragebeantwortung aus dem Landtag hat eben zum Vorschein gebracht, dass an den öffentlichen Volksschulen in Graz bereits 32% den islamischen Religionsunterricht besuchen. An den Mittelschulen sind es sogar schon 53%. Die statistisch nachweisbare Islamisierung unserer Heimatstadt bringt durchaus auch Gefahren mit sich, auf die unsere Gesellschaft kaum vorbereitet ist. Die Spitze des Eisbergs, entnehmen wir leider zahlreichen Medienberichten, wie etwa dem des 14-jährigen Mädchens, die am Jakominiplatz Ungläubige töten wollte. Oder auch im

Vorjahr der 14-jährige Syrer, der in den sozialen Medien aufgerufen hat, unsere schöne Heimatstadt Graz zu zerstören. Am allerschlimmsten natürlich und für eine besondere Bestürzung hat der jüngste Fall in Mannheim gesorgt, bei dem versuchten Attentat auf einen Islamkritiker ist dann ein Polizist ermordet worden. Das sind nicht nur die schockierenden Schlagzeilen, die uns Sorgen bereiten, sondern vor allem die Berichte vieler Lehrer und Eltern, die wir aus den Grazer Schulen auch dementsprechend bekommen. Schon im Volksschulalter treten leider bei zahlreichen muslimischen Kindern Weltanschauungen zum Vorschein, die mit unseren westlichen Werten nicht vereinbar sind. Von ihren Eltern und dem sozialen Umfeld werden diese natürlich auch entsprechend geprägt. Und noch immer verschließen viele Politiker davor die Augen, verabsäumen da die richtigen Maßnahmen zu setzen sind, und der erste Schritt wäre natürlich aus unserer Sicht, ein ausführliches Lagebild über die aktuelle Situation zu schaffen. Um nichts anderes geht es. Im Rahmen einer solchen Studie sollen insbesondere die Ansichten der muslimischen Schüler zu unserer Demokratie, den Grund- und Freiheitsrechten, speziell Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit, die Auslegung des Islams sowie zu ihrem Verständnis zur Republik Österreich abgefragt werden. Daher mein

**Dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge über den Petitionsweg an die Landesregierung herantreten, um die Durchführung einer Studie zur Islamisierung an Grazer Volks- und Mittelschulen zu fordern. Bitte um Annahme, danke.

***Originaltext des Antrages:***

*Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO des Gemeinderats*

*der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge über den Petitionsweg an die Landesregierung herantreten, um die Durchführung einer Studie zur Islamisierung an den Grazer Volks- und Mittelschulen zu fordern.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, wir kommen zu den Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Gemeinderat Huber.

Gemeinderat **Huber**:

Lieber Antragsteller, ich darf das aufgrund der fortgeschrittenen Zeit etwas schneller machen. Ich darf im Namen meiner Fraktion einen

#### **Abänderungsantrag**

Einbringen: Der zuständige Integrationsstadtrat Robert Krotzer wird beauftragt, mit dem ÖIF in Kontakt zu treten und zu prüfen, ob eine Neuauflage der schon einmal durchgeführten gemeinsamen Werte- und Moscheenstudie möglich ist. Dabei soll insbesondere der Schwerpunkt auf die Predigtpraxis in den Moscheen und die Lehrpraxis in den Islamischen Religionsunterricht gelegt werden.

Ich bitte um Annahme.

#### **Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei stelle ich in Abänderung des vorliegenden Dringlichen Antrages der FPÖ „Studie zur Islamisierung an den Grazer Schulen“ folgenden*

#### *Antrag:*

*Der zuständige Integrationsstadtrat Robert Kratzer wird beauftragt mit dem ÖIF in Kontakt zu treten und zu prüfen, ob eine Neuauflage der schon einmal durchgeführten*

*gemeinsamen Werte- und Moscheenstudie möglich ist. Dabei soll insbesondere der Schwerpunkt auf die Predigtpraxis in den Moscheen und die Lehrpraxis im islamischen Religionsunterricht gelegt werden.*

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller, die Dringlichkeit wird von uns selbstverständlich unterstützt. Ich glaube, dass das Problembewusstsein durchaus bei uns gegeben ist, dass das durchaus bei dir gegeben ist, vom Inhalt her. Ich glaube, wenn du da sehr ehrlich zu dir selbst sein würdest, dann würdest du auch einsehen, den Landtag mit einer Studie zu beauftragen, wo die Periode jetzt beim Landtag sowieso endet. Diese ganze Petition landet im Petitionsausschuss, dort wird sie schubladiert und im Endeffekt wird nichts daraus resultieren. Wenn wir uns beide ehrlich sind, dann ist es natürlich eine Bühne, dass du dieses Thema da jetzt für dich aufbereitest. Aber wenn wir wirklich untereinander sprechen würden, würdest du wahrscheinlich genauso zugeben, dass der Antrag für den Uhu ist, wenn man das jetzt so formulieren kann. Auch wenn ich inhaltlich ganz bei dir bin und die Dringlichkeit zumindest erkenne des Problems.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke für den Ausdruck "Uhu", den habe ich lange nicht mehr gehört. Das war jetzt nicht böse gemeint, aber ich finde den Ausdruck entzückend. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Sie bitten, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Wagner**:

Nachdem sich die Zustimmung zur Dringlichkeit hier nicht abzeichnet, werde ich jetzt natürlich die Möglichkeit meiner Schlussworte dann auch nutzen. Wirklich eine sehr

humoristische Einlage. Es ist leider schlimm, dass wir genau solche Themen, die nicht schrecklicher sein könnten, zum Scherzen hernehmen. Ich nehme es nicht persönlich, aber vielleicht dann diese Leute, die direkt davon betroffen sind, vielleicht ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit bei solchen Themen, dann nimmt man dir auch ab, dass du wirklich mitstimmen wolltest. Du kannst natürlich nicht, weil du es nicht selber einbringst. Verstehe ich schon, ist natürlich ein taktisches Kalkül. Darfst du natürlich gerne auch so spielen. Ist ja kein Problem, da bin ich nicht beleidigt. Ich sehe auf jeden Fall in der Reaktion der Abstimmung, dass es eben dann doch wirklich viele Politiker gibt, die davor und zwar vor der Realität die Augen verschließen. Das ist sehr schade, weil es sollte einfach einmal eine Bestandsaufnahme ordentlich da geschehen, dass man einfach die richtigen Schlüsse daraus zieht und um nicht mehr und nicht weniger geht es. Dem kann man offenbar leider nicht nähertreten, soll so sein, trotzdem noch einen schönen Abend.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf um die Abstimmung bitten zur Dringlichkeit. Wer ist dafür?

Gegenprobe: Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).***

Wir sind, das war am Ende der öffentlichen Tagesordnung, weil wir die ordentliche schon durch haben. Ich darf mich bei allen, die noch auf der Galerie sind, schönen Abend wünschen und natürlich bei allen, die uns vielleicht noch zuhören via Livestream verabschieden und Ihnen im Namen des gesamten Gemeinderates einen schönen Sommer wünschen. Alles Gute, bleiben Sie gesund.

***Ende der öffentlichen Tagesordnung 21.40 Uhr***